

NEUE ZEIT

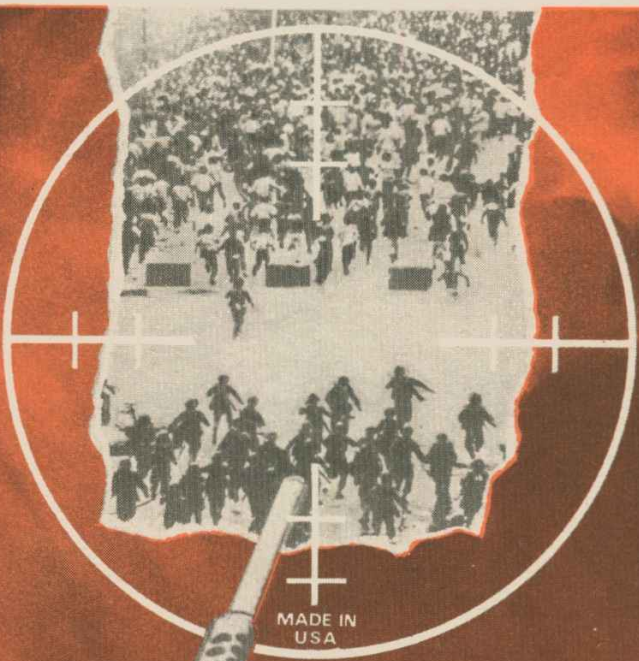
24

Abgeschrieben
aus dem Bestand der Bibliothek

WOCHENSCHRIFT FÜR POLITIK

Datum _____ Unterschrift des Leiters _____

**SÜDKOREA:
DEMOKRATIE
AUF AMERIKANISCH**



14159=24 123 678 190
BIBLIOTHEK-BBZ
7500-7101
PSF-77



Der Newski-Prospekt,
die Magistrale der Stadt



80 Restaurants und
Cafés werden mit
einem abwechs-
lungsreichen
Speisezettel für das
leibliche Wohl der
Olympiadegäste
sorgen

Fotos: TASS

Das Hotel
„Leningrad“, wo
Gäste der
Olympiade wohnen
werden



SOVJETUNION IM BILD

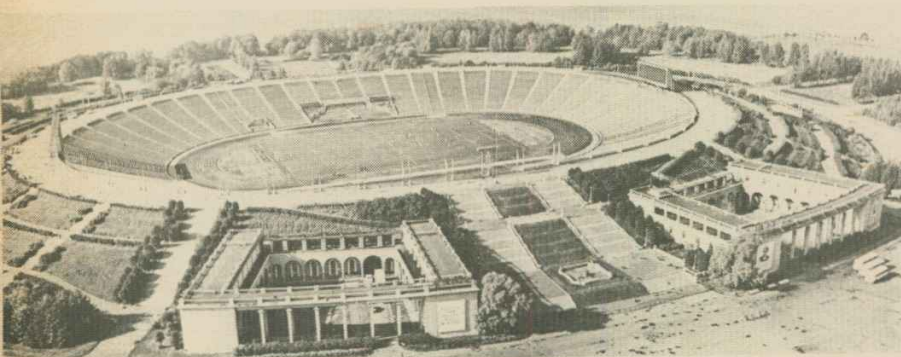
Fünf verschiedenfarbige Schiffchen sind das Symbol des olympischen Leningrad, ein Symbol, dem die Teilnehmer und Gäste der Olympiade überall begegnen werden.

St. Petersburg, Petrograd, Leningrad — hier war die Wiege der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, hier wirkte der Führer des Proletariats, Wladimir Lenin.

Programmgemäß werden in der Stadt an der Newa eben-

hen ihnen viele erstklassige Stadien, Radrenn- und Motorradrennbahnen, Jachtklubs, Tennisplätze, Schwimmbassins sowie Hunderte Sporthallen zur Verfügung. Leningrad hat Landes-, Europa- und Weltmeister sowie Olympioniken in den verschiedensten Sportarten hervorgebracht.

Während ihres Aufenthalts in Leningrad können Teilnehmer und Gäste der Olympiade die großartigen Zeugen der Geschichte und der Architektur bewundern, können weltberühmte Museen und Theater besuchen. Ein vielseitiges, interessantes Kulturprogramm erwartet die Gäste der Newa-Stadt.



so wie in der ukrainischen Metropole Kiew und in der belorussischen Hauptstadt Minsk die Vorrunden des olympischen Fußballturniers stattfinden.

Leningrad wurde zu Recht zu einem Austragungsort der Olympiade. Sport war hier schon immer sehr beliebt. Jetzt treiben fast eine Million Leningrader regelmäßig Sport. Dabei ste-

Im Leningrader Kirov-Stadion

In Sonderkursen wurden Studenten zu Reiseführern ausgebildet. Während der Olympiade werden 10 500 Dolmetscher im Einsatz sein



Parfüms aus
Leningrad für die
Olympiade

DAS GESPENST DER KRISE

Der amerikanische Wirtschaftswissenschaftler John Kenneth Galbraith konstatierte in einem seiner Werke, daß sich die Bourgeoisie bis in die 20er Jahre nicht gescheut hat, einen marxistischen Terminus — die zyklische Krise — zu benutzen. Dann wurde dieser Begriff, wie sich Galbraith ausdrückte, durch einen „milderen“, die „Depression“ ersetzt. Nach der „Großen Depression“ der 30er Jahre begann man die Krisen als „Rezession“ zu bezeichnen. Doch in den Nachkriegsjahren sagte auch dieser, wie man meinen könnte, überaus „milde“ Begriff den bürgerlichen Wirtschaftswissenschaftlern nicht mehr zu. Statt dessen zogen sie es vor, von „Flauten“, „Verlangsamung“ und „Korrektur des Wirtschaftswachstums“ zu sprechen. Und wenn Präsident Carter auf dem Höhepunkt des Wahlkampfes eingestand, daß in den USA eine „ernste Rezession“ eingesetzt hat, dürfte der Zustand der amerikanischen Wirtschaft jetzt wirklich alles andere als rosig sein.

Tatsächlich fiel der Index der wichtigsten wirtschaftlichen Kennziffern im April um 4,8% und setzte auch im Mai seine Talfahrt fort. Deshalb hat man sich im Weißen Haus auch ein weiteres Eingeständnis abgerungen: „Die Rezession ist schneller ... gekommen als erwartet“. Man hatte erwartet und versprochen, die Arbeitslosigkeit werde 1980 7,2%, d. h. 7,5 Millionen nicht übersteigen. Doch jetzt gibt es in den USA bereits 8 Millionen Erwerbslose; einigen Schätzungen zufolge können es bald mehr als 12 Millionen sein — spürbar mehr als in der Krise der Jahre 1974/75.

Heute haben die westlichen Prognostiker keinen Zweifel: Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten werden nach den USA bald auf alle kapitalistischen Industrieländer übergreifen. Selbst in der BRD, wo bislang eine relativ gemäßigte Inflation und Arbeitslosigkeit zu verzeichnen war (im Mai d. J. gab es dort „nur“ 847 000 Arbeitsuchende), wird für die kommenden 6 Monate ein Produktionsrückgang in den führenden Industriezweigen erwartet.

Jedes weitere Prozent Arbeitslosigkeit kostet die USA 70 Md. Dollar. Welch große Vergeudung von Produktivkräften! Doch nicht in Geld lassen sich die Leiden der Millionen Menschen messen, die tagaus, tagein die Arbeitsämter bestürmen, nach Arbeitslosengeld oder nach Lebensmittelgutscheinen anstehen. Wie kann man wiedergutmachen, daß man ihre Hoffnungen auf ein „Stück des Kuchens“ in der berüchtig-

ten „Great Society“ so schmachlich betrogen hat?

Doch für die amerikanischen Werktätigen, deren Lebensstandard sich 1979 durch die hemmungslose Inflation um 7 Prozent verschlechtert hat, ist es kein Trost, sondern empörend, daß z. B. ein Spitzenmanager des Rüstungskonzerns General Dynamics im gleichen Jahr an die zwei Mio Dollar „verdient“ hat. Haben ja die Werktätigen über ihre Steuern diese Millionen zahlen „dürfen“. Den Amerikanern werden im Jahresdurchschnitt mehr als 500 Dollar, den Bundesbürgern umgerechnet über 400 Dollar, Franzosen, Belgiern und Norwegern mehr als 300 Dollar für die forcierte Aufrüstung abgezogen.

Wenn die Falken und ihre Presse auch die Bürger der westlichen Länder davon überzeugen möchten, all diese Opfer seien notwendig angesichts der „sowjetischen Bedrohung“, bahnt die Wahrheit sich doch eine Gasse. Und die Wahrheit ist, daß die Werktätigen im Westen nicht von außen her gefährdet werden, sondern von innen, vom System des staatsmonopolistischen Kapitalismus.

Ein System, in dem Millionen Menschen — während man große Reden über gleiche Möglichkeiten für alle schwingt — die Möglichkeit vorenthalten wird, sich durch eigene Arbeit zu ernähren. Ein System, in dem astronomische Summen für neue Raketen, für militärische Präsenz in entfernten Bereichen von „Lebensinteressen“ vergeudet werden, doch am Wohnungsbau, an Schulen und Krankenhäusern gespart wird. Ein System, dessen führende Vertreter, die angeblich „im Namen des Volkes und in seinem Interesse“ wirken, alles tun, die Krisenlasten den auch ohnehin benachteiligten Schichten aufzubürden, ein System, unter dem Politiker um ihrer eigennützigen Ziele willen die Interessen des internationalen Handels mißachten, der auch für ihre Länder vorteilhaft ist. All das sind Erscheinungsformen der sich zuspitzenden allgemeinen Krise des Kapitalismus, seiner wirtschaftlichen, sozialen und politischen Institutionen.

Das Wochenmagazin „Business Week“, Sprachrohr der amerikanischen Geschäftswelt, konstatierte das zunehmende Interesse der jungen Amerikaner an der Lehre von Marx und schlug unlängst Alarm: „Die USA stehen vor der schwersten intellektuellen Herausforderung in ihrer gesamten Geschichte... Die Verbreitung des Marxismus in den USA erfolgt nicht von ungefähr gleichzeitig mit der starken Inflation und einer weiteren Rezession.“

„Die wirksamste Methode des Kampfes gegen den Marxismus ist“, spielt die „Business Week“ den Lehrmeister, „mit den wirtschaftlichen Problemen des Landes fertigzuwerden.“ Wie das Magazin dies bewerkstelligen will, wird verschwiegen. Kein Wunder — sind doch Inflation und Rezession aus dem Kapitalismus nicht fortzudenken.

NEUE ZEIT

WOCHENSCHRIFT FÜR POLITIK

Nr. 24 JUNI 1980

Gründungsjahr 1943

Chefredakteur: M. FJODOROW

Redaktionskollegium: L. BESYMENSKI, S. GOLJAKOW (Verantw. Sekretär), V. GUSTSCHIN, W. KUSNEZOW, A. PIN, B. PISTSCHIK (Stellv. Chefredakteur), I. TROFIMOWA, V. TSCHERNJAWSKI (Stellv. Chefredakteur für die fremdsprachigen Ausgaben), D. WOLSKI

Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe: R. KRESTJANINOW

IN DIESEM HEFT:

Das Gespenst der Krise	1
A. Jefimow — Von Helsinki nach Madrid	5
G. Rjabow — Sojus T 2 bewährt sich	7
A. Uswatow — UdSSR—Indien. Größeres Verständnis	8
A. Stepanow — Nahost. Echo der Anschläge am Westufer	8
W. Lawrjonow — Keine schöne Mitgift	9
E. Kowaljow — Portugal. In atlantischen Fesseln	10
W. Kusnezow — Den Bogen überspannt	11
N. Lossinski — Japan. Doppelte Wahlen stehen ins Haus	12
A. Ulanski — Tribunal in Teheran	13
J. Botschkarjow — Uganda. Politisches Kaleidoskop	14
A. Kapikrajan — Namibia helfen	14
Notizen ♦ Glossen	16
I. Kremer — Ihre Antworten, Herr Präsident!	18
J. Dimow — Der Separatismus — eine gefährliche Waffe Pekings	20
J. Olejnitschenko — RSA. Eindeutige Niefe	23
W. Rosen — Ozean, Mafia, Erdöl	24
J. Gudkow — USA. Geht die Rechnung auf!	26
V. Lebedew — Intourist erwartet die Gäste (Interview)	26
I. Derschizki, F. Sinko — Dreimal Port-au-Prince	28
Diskussion mit dem Leser	31
PS	32



Das Volk Südkoreas hat sich gegen die blutige Diktatur der Washingtoner Marionetten erhoben. Es verlangt demokratische Rechte, nationale Unabhängigkeit und die friedliche Wiedervereinigung seiner Heimat. Keinerlei Repressalien, keine Demagogie der Militärjunta werden es dazu bringen, seinen Kampf für die Freiheit, für ein besseres Leben aufzugeben.

Titelbild: A. Garanin

Gestaltung: A. Garanin

Verlag der Zeitung „Trud“, Moskau

Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, polnischer, tschechischer und arabischer Sprache

UNSERE ANSCHRIFT: Moskau K-6, 103782, GSP, Puschkinskaja Plostschadi

Printed in the Union of Soviet Socialist Republics

■ Auf Erlass des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR vom 3. Juni wurde Forschungskosmonaut Bertalan Farkas, Bürger der Ungarischen Volksrepublik, der Titel Held der Sowjetunion zuerkannt mit Überreichung des Lenin-Ordens und der Medaille „Goldener Stern“, und Fliegerkosmonaut der UdSSR Waleri Kubassow, zweifacher Held der Sowjetunion, wurde mit dem Lenin-Orden ausgezeichnet. Am 10. Juni überreichte Leonid Breschnew im Kreml die hohen Auszeichnungen an Waleri Kubassow und Bertalan Farkas, wünschte ihnen Gesundheit, Glück und weitere Erfolge.

■ Am 5. Juni wurde in der Sowjetunion das Raumschiff Sojus T 2 gestartet. Besatzung: Raumschiffkommandant Oberstleutnant Juri Malyschew und Bordingenieur Wladimir Axjonow, Held der Sowjetunion, Fliegerkosmonaut der UdSSR. Sojus T 2 ist ein vervollkommenes Transportraumschiff der Serie Sojus T, das erstmals bemannt auf eine erdnahe Umlaufbahn gebracht wurde. Am 6. Juni koppelte Sojus T 2 an den Orbitalkomplex Salut 6—Sojus 36 an. Nach erfolgreichem Abschluß des Flugprogramms kehrten die Kosmonauten Malyschew und Axjonow am 9. Juni zur Erde zurück (siehe S. 7).

■ Vom 6. bis 8. Juni tagte der XXVII. Parteitag der KP der Niederlande. Das ZK der KPdSU richtete an den Parteitag eine Grußbotschaft, in der es Solidarität mit dem Kampf der KP der Niederlande für die Sache der Arbeiterklasse, gegen die Versuche der Monopole bekundete, den Werktätigen die Krisenfolgen aufzubürden, gegen die Arbeitslosigkeit, die zunehmende Teuerung und die anderen Übel des Kapitalismus, für einen breiten Zusammenschluß aller demokratischen Kräfte des Landes, die für den sozialen Fortschritt eintreten. Der Parteitag ging mit der Wahl der Führungsorgane der Partei zu Ende. Als Vorsitzender des ZK der KP der Niederlande wurde Henk Hoekstra wiedergewählt.

■ Das ZK der KPdSU richtete einen Glückwunsch an FKP-Generalsekretär Georges Marchais zu seinem 60. Geburtstag.

■ Am 5. und 6. Juni fand in Moskau die 26. Tagung der Paritätischen Regierungskommission für ökonomische und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und der DDR statt. Die sowjetische Delegation wurde von Nikolai Tichonow geleitet, die Delegation der DDR von Gerhard Schürer, Kandidat des Politbüros des ZK der SED und Stellvertreter des Vor-



Vom 3. bis 7. Juni stattete der indische Außenminister Narasimho Rao der Sowjetunion einen offiziellen Freundschaftsbesuch ab. Am 6. Juni empfing Leonid Breschnew Narasimho Rao und hatte mit ihm ein Gespräch, an dem auch Andrej Gromyko teilnahm. TASS-Foto: Vor Beginn des Gesprächs

sitzenden des Ministerrats der DDR. Auf der Tagung wurden die Hauptrichtungen für die Spezialisierung und die Kooperation in einigen Industriezweigen gebilligt. Ein Abkommen über Zusammenarbeit im Schiffbau sowie über gegenseitige Lieferungen von Schiffen und Schiffsausrüstungen für die Jahre 1981—1985 wurde geschlossen.

Am 6. Juni trafen im ZK der KPdSU Boris Ponomarew und Karen Brudenz, stellvertretender Leiter der Internationalen Abteilung des ZK der KPdSU, mit einer Delegation der Bolivianischen KP zusammen — dem Ersten Sekretär des ZK der Partei, Jorge Kalle, und dem Mitglied des Politischen Ausschusses und des Sekretariats des ZK der Partei, Simon Reges, statt. Die Vertreter der KPdSU und der Bolivianischen KP bekundeten ihre feste Solidarität mit den Völkern Lateinamerikas und der Länder, die für soziale und nationale Befreiung kämpfen.

Vom 3. bis 7. Juni stattete eine Partei- und Staatsdelegation Bulgariens unter dem Ersten Sekretär des ZK der BKP und Vorsitzenden des Staatsrates der VR Bulgariens, Todor Shiwkow, Rumänien einen offiziellen Freundschaftsbesuch ab. Nicolae Ceaușescu, Generalsekretär der RKP und Präsident der SR Rumänien, und Todor Shiwkow un-

terzeichneten eine gemeinsame rumänisch-bulgarische Erklärung und ein Programm für die gemeinsamen Perspektiven der Entwicklung der wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit zwischen der SR Rumänien und der VR Bulgariens bis 1990, ferner ein Protokoll über die Koordinierung der Volkswirtschaftspläne beider Länder für die Jahre 1981—1985 sowie ein Programm für die kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit.

Am 8. Juni fanden in Ungarn Wahlen zu den Organen der Volksmacht statt. 352 Abgeordnete der Staatsversammlung der Ungarischen Volksrepublik und ca. 60 000 Abgeordnete der örtlichen Volksvertretungen wurden gewählt.

Am 6. Juni wurde in New York die Tagung des UNO-Abrüstungsausschusses abgeschlossen. Der Ausschuss nahm die Friedensinitiativen der Sowjetunion und der anderen Länder der sozialistischen Gemeinschaft in den Entwurf der Deklaration über die Proklamierung der 80er Jahre zur zweiten Dekade der Abrüstung auf. Der Entwurf soll der 35. UNO-Vollversammlung zur Bestätigung vorgelegt werden.

Am 2. Juni wurde in New York die turnusmäßige Tagung des UNO-Sonderausschusses für den Indischen Ozean

eröffnet. Der Ausschuss soll die Vorbereitungsarbeit auf die Konferenz durchführen, die ein internationales Abkommen über die Verwandlung des Indischen Ozeans in eine Zone des Friedens auszuarbeiten hat. Die Einberufung der Konferenz ist für 1981 vorgesehen.

Im Genfer Palais des Nations nahm am 4. Juni die 66. Tagung der Generalkonferenz der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) ihre Arbeit auf. An ihr nehmen Delegationen der 143 ILO-Mitgliedstaaten teil.

Am 2. und 3. Juni stattete Valéry Giscard d'Estaing, Präsident der Französischen Republik, Finnland einen offiziellen Besuch ab. Er führte Gespräche mit Urho Kaleva Kekkonen, dem Präsidenten der Republik Finnland. Beide Staatsoberhäupter widmeten Fragen der Entspannung in Europa, der Festigung des Friedens, der Abrüstung sowie den Perspektiven des KSZE-Nachfolgetreffens in Madrid große Aufmerksamkeit.

Am 2. Juni fand in Lusaka, der Hauptstadt Sambias, ein Gipfeltreffen der Frontstaaten statt. An ihm nahmen die Präsidenten Sambias, Tansanias, Botswanas, Mosambiques und Angolas teil — Kenneth Kaunda, Julius Nyerere, Seretse Khama, Samora Machel und Jose Eduardo dos Santos — sowie der Premierminister von Simbabwe, Robert Mugabe, und SWAPO-Präsident Sam Nujoma teil. Auf der Konferenz wurden die Gesamtstrategie zum Beitrag der Frontstaaten zur Befreiung Namibias und andere internationale Fragen erörtert.

Am 9. Juni wurde in Algier eine Konferenz der Erdölminister der OPEC-Staaten eröffnet. Die Vertreter von 13 Ländern werden sich mit einem gemeinsamen Programm der OPEC für die Energiepolitik, mit Fragen der Höhe der Ölförderung und der Ölpreisen befassen.

Am 6. Juni ging in Teheran nach fünf Tagen die Internationale Konferenz zur Untersuchung der Aggressionsakte der USA gegen den Iran in Teheran zu Ende (siehe S. 13).

Am 3. Juni fand in acht US-Bundesstaaten die Schlußrunde der Vorwahlen (Primaries) statt (siehe S. 26).

Am 6. Juni wurde in Peking ein Abkommen über Handel und Zahlungsverkehr zwischen der UdSSR und der VR China für 1980 unterzeichnet.

Der UNO-Sicherheitsrat verabschiedete am 5. Juni mit 14 Stimmen bei einer Enthaltung (USA) eine Resolution, in

der die am 2. Juni verübten Anschläge auf die Bürgermeister der palästinensischen Städte Nablus und Ramallah im Westjordanland ebenso wie Israels gesamte Politik der Repressalien in den besetzten palästinensischen Gebieten sowie die Schaffung israelischer Siedlungen dort verurteilt wurden. In der Resolution heißt es, daß dieser Kurs Israels ein „schwerwiegendes Hindernis auf dem Weg zu einem umfassenden, gerechten und dauerhaften Frieden im Nahen Osten“ ist. Es wird erneut die „eindringliche Notwendigkeit bekräftigt, die andauernde Besetzung arabischer Gebiete, die Israel 1967 annektiert hat, einschließlich Jerusalems, zu beenden“ (siehe S. 8).



Unser Bild: Der schwerverletzte Bürgermeister von Ramallah, K. Khalaf
Foto: AP—TASS

Am 3. und 6. Juni löste ein Computer im Hauptquartier des Oberkommandos der Luftverteidigung Nordamerikas (NORAD) in Colorado Springs zweimal „irrlümlicher Weise“ „Nuklealarm“ aus, wonach Maschinen der strategischen US-Luftwaffe in Bereitschaft gingen, um einen „sowjetischen Raketenangriff“ abzuwehren. Einen ähnlichen Vorfall mit einem Computer hatte es bereits Ende 1979 gegeben.

Richard Holbrooke, stellvertretender US-Außenminister für Angelegenheiten Ostasiens und des Pazifiks, hielt eine Rede im Nationalen Rat zur Förderung des amerikanisch-chinesischen Handels. Wir können und werden China helfen, indem wir den Transfer der entsprechenden Technik und des Know-how erlauben, einschließlich des Verkaufs sorgfältig ausgewählter Arten von Ausrüstungen, erklärte Holbrooke unter anderem. Wir haben damit bereits begonnen. Wir werden auch in Zukunft derartige Abkommen prüfen.

Das State Department gab bekannt: Mit dem Regime des Oman wurde ein Abkommen geschlossen, wonach dem Pentagon Militärstützpunkte überlassen werden. Das Abkommen erlaubt Washington, Einheiten der Luftwaffe und der Kriegsmarine im Oman zu dislozieren.

Am 3. und 4. Juni fand in Bodö (Norwegen) eine Tagung der Nuklearen Planungsgruppe der NATO statt, an der die Verteidigungsminister von 12 Ländern teilnahmen (siehe S. 11).

Am 5. Juni wurden in Frankreich auf Aufruf der Gewerkschaften ein 24stündiger Streik und Massendemonstrationen für die sozialen Errungenschaften der Werktätigen durchgeführt.

Am 6. Juni fand in Rawalpindi ein „unvorhergesehenes“ Treffen zwischen dem Außenminister der VR China, Huang Hua, und dem Präsidenten Pakistans, Zia-ul-Haq, statt. Huang Hua hetzte die pakistanische Führung zur Fortsetzung der bewaffneten Intervention gegen Afghanistan von pakistanischem Territorium aus auf. Von Pakistan aus begab sich Huang Hua zu Besuchen nach Schweden, Norwegen und Dänemark.

Die Clique von General Chon Ou Hwan hat die gesamte Macht in Südkorea endgültig usurpiert. Am 4. Juni nahm Chon weitere 108 Generäle, Offiziere und ihm genehme Zivilisten in den „nationalen Sicherheitsrat“ auf, der alle Regierungsfunktionen ausübt. Im ganzen Lande geht man weiter brutal gegen die Teilnehmer der regierungsfeindlichen Massendemonstrationen vor.

Am 8. und 9. Juni fanden in Italien Wahlen zu den lokalen Selbstverwaltungsorganen von 15 Gebieten, 86 Provinzen, 6575 Städten und Ortschaften statt. Bei den Wahlen zu den Selbstverwaltungsorganen der Gebiete wurden für die IKP 31,5% der Stimmen, für die Christdemokraten 36,7% und für die Sozialisten 12,7% abgegeben.



Die mit Unterstützung der Sowjetunion errichtete Bergingenieur- und Erdöl-schule in der afghanischen Stadt Masari-Scherif bildet Geologen sowie Fachleute für die Verarbeitung von Öl und Gas aus. Neben afghanischen Kollegen unterrichten hier sowjetische Lehrkräfte. Unser Bild: Ignatjew (rechts), Dozent aus Moskau, mit einer Gruppe von Studenten in einem Labor.

Foto: G. Nadeshdin (TASS)

Das spanische Volk, das 1936—1939 gegen den Faschismus gekämpft hat, weiß, was selbstlose internationalistische Hilfe der Sowjetunion bedeutet. Die Sowjetunion hat auch dem afghanischen Volk brüderliche Hilfe geleistet. Als die imperialistische Bedrohung gegen die revolutionären Errungenschaften Afghanistans akut wurde und die afghanische Regierung die UdSSR um Hilfe bat, reagierte die Sowjetregierung unverzüglich. Jene Vertreter der demokratischen Kräfte, die gegen die Hilfsaktion auftraten, spielen objektiv reaktionären Kreisen in die Hand.

Manuel JIMENEZ
Valencia, Spanien

Man hat den Eindruck, daß der US-Imperialismus die Doktrin einer „Europäisierung“ des Krieges verfolgt, indem er Westeuropa neue US-Raketen aufnötigt. Die Gewaltigen des US-Rüstungsbusiness werden daraus Profit schlagen. Doch was werden die Europäer „gewinnen“ — außer der Gefahr eines Gegenschlages? Sollten nicht jene frommen Kleinbürger in Westeuropa endlich aufwachen, die in ihrer Naivität meinen, die Stationierung von Raketen sei durch Sicherheitserwägungen ihrer Länder bedingt?

I. BAZANT
Prag, CSSR

Anfang der 50er Jahre hatte ich die Möglichkeit, das Leben des chinesischen Volkes kennenzulernen. Wir arbeiteten Seite an Seite und hatten ein sehr gutes Verhältnis zueinander. Die chinesischen Werktätigen hatten es damals nicht leicht. Viele hungerten. Doch auch heute ist Pressemeldungen zufolge ihre Lage prekär: Lebensmittelmangel, Arbeitslager... Die von Peking verfolgte Politik der Militarisierung des Landes, sein abenteuerlicher außenpolitischer Kurs stören den Aufbau. Doch das ganze chinesische Volk darf nicht mit der heutigen chinesischen Führung identifiziert werden. Man möchte hoffen, daß die VR China doch noch zu einer Politik des Friedens und der guten Nachbarschaft zurückkehren wird.

A. SAWTSCHENKO
Petroawlowsk-Kamtschatski.
RSFSR

VON HELSINKI NACH MADRID

Andrej JEFIMOW

Obleich sich an der Schwelle der 80er Jahre die internationalen Spannungen stark zugespitzt haben, ist der Prozeß der gesamteuropäischen Zusammenarbeit, der in Helsinki eingeleitet wurde, nicht zum Stillstand gekommen. Trotz der neuen Schwierigkeiten und Hindernisse sind seine Fortschritte nicht zu übersehen.

Die vor fünf Jahren unterzeichnete KSZE-Schlußakte, zu Recht als Charta des Friedens bezeichnet, entspricht den objektiven Interessen Europas und enthält ein noch lange nicht ausgeschöpftes Potential für Sicherheit und Zusammenarbeit auf dem Kontinent. Die Schlußakte ist ausgewogen, ausbalanciert. Sie liegt im Interesse von Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung, ob Bündnissen angeschlossen oder nicht, ob groß oder klein.

Die positive Bilanz der Verwirklichung der Schlußakte sieht in wenigen Worten so aus:

Es wurde ein Strich unter den zweiten Weltkrieg gezogen, die territorialen und politischen Realitäten, wie sie sich nach 1945 herausgebildet haben, wurden anerkannt und das Prinzip der Unverletzlichkeit der Nachkriegsgrenzen völkerrechtlich verankert;

die Prinzipien der Beziehungen zwischen den KSZE-Teilnehmerstaaten, gegründet auf die Idee der friedlichen Koexistenz, wurden formuliert und bestätigt;

der gemeinsame Entspannungskurs wurde auf hoher Ebene bekräftigt;

ein konkreter Kurs der Zusammenarbeit in Politik, Wirtschaft und Kultur wurde erarbeitet — im allseitigen Interesse und ohne Einmischung eines Staates in die inneren Angelegenheiten eines anderen;

die politischen Voraussetzungen für eine militärische Entspannung in Europa wurden geschaffen.

Das Treffen in Belgrad wurde ein Meilenstein der gesamteuropäischen Zusammenarbeit nach Helsinki. Dieses Forum der Vertreter der KSZE-Teilnehmerstaaten (Ende 1977 bis März 1978) erteilte jenen eine lehrreiche Lektion, die die Schlußakte einer Revision unter-

ziehen sowie das Treffen zu einem Schauplatz der Konfrontation und von Attacken gegen die sozialistischen Länder machen wollten. In Belgrad zeichnete sich der außenpolitische Kurs der USA zur künstlichen Schürung der Spannungen bereits deutlich ab, der die vom Pentagon geplante neue Runde des Wettrüstens „rechtfertigen“ soll. Trotz allem hat das Belgrader Forum die Schlußakte als solche bekräftigt, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit darauf gelenkt, daß alle Staaten die Vereinbarungen von Helsinki verwirklichen müssen und den Kurs auf die weitere Vertiefung der Entspannung festgelegt.

In Belgrad fanden Beratungen von Experten statt: zur Vorbereitung des Wissenschaftlichen Forums, zur friedlichen Beilegung von Streitfragen, zur wirtschaftlichen, kulturellen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit. Die Expertengruppen tagten in sachlicher Atmosphäre. Nützliche Ergebnisse wurden dabei erzielt. 1979 fand in Genf die gesamteuropäische Konferenz für Umweltschutz auf hoher Ebene statt. Im Februar 1980 tagte in Hamburg das Wissenschaftliche Forum von Vertretern der KSZE-Teilnehmerstaaten.

Jetzt steht die Vorbereitung auf das KSZE-Nachfolgetreffen von Madrid im Mittelpunkt des politischen Lebens in Europa. Dieses Treffen soll am 11. November 1980 beginnen. In welcher Atmosphäre wird dieses Forum vorbereitet?

In der Erklärung der Warschauer Vertragsstaaten vom Mai wird konstatiert, daß die derzeitige internationale Lage noch komplizierter geworden ist als vor zwei Jahren beim Treffen von Belgrad. Die Bedrohung für Frieden und Entspannung ist viel stärker geworden. Imperialistische und reaktionäre Kräfte gehen daran, ihre Militärausgaben anzuheben, und forcieren

Langzeitrüstungsprogramme. Dadurch entstehen neue Hindernisse bei der Festigung der Sicherheit in Europa, wo nach wie vor kein Fortschritt bei der militärischen Entspannung und Abrüstung zu konstatieren ist. Eine besondere Gefahr für den Frieden ist der NATO-Beschluß für die Produktion und die Stationierung ame-

rikanischer Raketenkernwaffen mittlerer Reichweite in Westeuropa. Bei einer Verwirklichung dieses Programms wird sich die Lage in Europa stark verschlechtern. Die Vergrößerung des Nuklearpotentials Europas wird unweigerlich das politische Klima und die Lebensinteressen der Völker des Kontinents berühren, wird zu weiteren Rüstungsausgaben führen.

Die USA und andere imperialistische Kräfte streben bewußt eine Verschärfung der internationalen Lage an. Das ist ihre Antwort auf die Konsolidierung der Positionen des Sozialismus, auf den Aufschwung der Arbeiter- und der Befreiungsbewegung.

Washington war im Grunde niemals für die Anbahnung und Weiterentwicklung der gesamteuropäischen Zusammenarbeit, besonders in der Frage der Sicherheit. Es erblickte darin eine Gefährdung seiner Interessen in Europa. Daß die USA auch unmittelbar während der KSZE-Konferenz keine weiteren Hindernisse aufgetürmt haben, erklärte sich dadurch, daß Helsinki damals für die Vereinigten Staaten zum Gesamtpaket der Beziehungen zur Sowjetunion gehörte. Washington aber war damals an einer Normalisierung und Entspannung dieser Beziehungen interessiert. Als in den USA klar wurde, daß die gesamteuropäische Zusammenarbeit und die Erfolge der Entspannung die Politik der Militarisierung und Aufrüstung stören, begannen sie, die Entspannungspolitik zu attackieren.

Heute tritt die amerikanische Diplomatie dafür ein, daß das Treffen von Madrid zum geplanten Termin stattfindet. Doch in Washington verhehlt man nicht, daß man in Madrid auch diesmal eine weitere Kampagne gegen die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Staaten entfesseln will. Es heißt, die USA wollten die Frage angeblicher Menschenrechtsverletzungen wiederaufwerfen. Bisweilen wird auch mit dem Gedanken gespielt, eine künstliche Verbindung zwischen den Ereignissen in Afghanistan und europäischen Angelegenheiten herzustellen. Doch offenbar haben die USA ihre endgültige Position noch nicht festgelegt. Man möchte hoffen, daß der gesunde Menschenverstand die Oberhand gewinnt.

Es ist nicht auszuschließen, daß einige westeuropäische Länder bis zu einem gewissen Grad die USA unterstützen werden. Zugleich nehmen sie, da sie größere Vorteile von der Politik der Entspannung und Zusammenarbeit in Europa haben als die Amerikaner, insgesamt eine konstruktivere Position ein. Das Treffen von Madrid darf ihrer Meinung nach auf keinen Fall scheitern, da das nicht nur der Politik der internationalen Entspannung irreparablen Schaden zufügen, sondern auch einen schweren Rückschlag für die sich unter solchen Anstrengungen anbahnende Zusammenarbeit auf dem Kontinent bedeuten würde. Den Standpunkt vertritt zum Beispiel Frankreich, wie die sowjetisch-französischen Kontakte in Paris und Warschau gezeigt haben. Bundeskanzler Helmut Schmidt wandte sich in seiner kürzlichen Rede auf dem SPD-Parteitag entschieden dagegen, daß die sogenannte Afghanistan-Frage auf Europa Auswirkungen haben könnte.

Die neutralen und die nichtpaktgebundenen Länder des Kontinents zeigen großes Interesse am Treffen in Madrid. Sie betonen, daß es besondere Bedeutung für Europa angesichts der derzeitigen Verschärfung der internationalen Spannung erlangt.

Die Sowjetunion steuert in der gesamteuropäischen Zusammenarbeit den Kurs, der in Beschlüssen der Parteitage der KPdSU und in Reden des Generalsekretärs des ZK der KPdSU und Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, Leonid Breschnew, festgelegt wurde: Dieser Kurs wurde gemeinsam auf der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Warschauer Vertragsstaaten in der polnischen Hauptstadt formuliert. Diese fiel zeitlich mit der Tagung des Militärischen Planungsausschusses der NATO in Brüssel zusammen. Eine nähere Betrachtung der Dokumente von Warschau und Brüssel zeigt: Die Warschauer Vertragsstaaten reagieren auf das NATO-Programm zur Militarisierung Westeuropas mit neuen Initiativen zur Festigung der Entspannung, für die europäische Sicherheit. Die Warschauer Vertragsstaaten wollen, daß das Treffen in Madrid in sachlicher und konstruktiver Atmosphäre verläuft, damit es ein weiterer Schritt zur Vertiefung der Détente wird. Doch falls sich jemand in Madrid anschicken sollte, die diesbezüglichen Vereinbarungen zu hintertreiben, bleiben den Warschauer Vertragsstaaten nur Gegenmaßnahmen.

Die Sowjetunion hat die Schlußakte stets als Gesamtdokument und als

langfristiges Programm der Zusammenarbeit betrachtet. Hierbei bemüht sie sich, auf jeder Etappe die aktuellsten Probleme herauszustellen, die für alle Länder von Interesse sind. Aus jedem Abschnitt der Schlußakte hebt sie die Hauptfragen hervor und unternimmt Anstrengungen, um entsprechende Vereinbarungen zu erreichen. Welche Probleme sollten nun in Madrid vorrangig auf die Tagesordnung gesetzt werden?

Heute ist eine militärische Entspannung von allergrößter Bedeutung für die europäische Sicherheit. Die Schlußakte hat das Fundament der politischen Sicherheit gelegt und Impulse für eine militärische Entspannung gegeben. Eine militärische Entspannung umfaßt, wie es in der Deklaration der Warschauer Vertragsstaaten heißt, die Festigung und Ausweitung der vertrauensbildenden Maßnahmen, den Verzicht auf die Anwendung oder Androhung von Gewalt, die Beschränkung der Streitkräfte und Rüstungen jedes Staates oder jeder Staatsengruppe ausschließlich auf die Belange der Verteidigung sowie ein gegenseitiger Verzicht auf Versuche, militärische Überlegenheit zu erreichen.

Um diese Fragen zu erörtern, schlug das Komitee der Außenminister der Warschauer Vertragsstaaten im Mai 1979 die Einberufung einer Konferenz für militärische Entspannung und Abrüstung vor. Einige Länder — Frankreich, Schweden und Finnland — legten ihre Erwägungen für eine solche Konferenz, für die Ausarbeitung eines europäischen Abrüstungsprogramms dar. In vielen Punkten sind sie den unseren ähnlich. Es zeichnet sich der gemeinsame Wunsch ab, eine Konferenz zu militärischen Fragen einzuberufen. Es herrscht auch die gemeinsame Vorstellung, die Einberufung eines solchen Forums sollte in Madrid erörtert werden.

Die Warschauer Vertragsstaaten stellen das Treffen von Madrid sowie eine Konferenz zur militärischen Entspannung und Abrüstung keineswegs einander gegenüber. Sie gehen vielmehr davon aus, daß diese Foren einander ergänzen sollten. Die sozialistischen Länder schlugen vor, die Konferenz in zwei Etappen abzuhalten. In der ersten Etappe könnte man sich auf vertrauensbildende Maßnahmen konzentrieren, in der zweiten auf Abrüstungsfragen. Zugleich sollten diese beiden Etappen miteinander verbunden sein. Leonid Breschnew schlug 1979 bezüglich vertrauensbildender Maßnahmen, die eine nicht geringe Rolle bei der Stabilisierung der Lage in Europa spielen, vor, nicht erst Manöver mit 25 000 und mehr Soldaten und Offizieren wie jetzt, sondern be-

reits mit mehr als 20 000 Mann vorher anzukündigen, die Ankündigung von Truppenbewegungen in dem von der KSZE-Schlußakte festgelegten Raum, von Übungen der See- und der Luftstreitkräfte für verbindlich zu erklären und Manöver auf 40 000 bis 50 000 Mann zu begrenzen.

Leonid Breschnew schlug ferner vor, zwischen den KSZE-Teilnehmerstaaten einen Vertrag darüber abzuschließen, nicht als erste atomare wie konventionelle Waffen gegeneinander einzusetzen.

Auf der Konferenz für militärische Entspannung und Abrüstung könnten auch andere Initiativen der Sowjetunion und der anderen Warschauer Vertragsstaaten sowie konstruktive Vorschläge anderer Länder geprüft werden. Einige vertrauensbildende Maßnahmen, die sich unmittelbar aus der Schlußakte von Helsinki ergeben und über die weitgehende Einigkeit herrscht, könnten unmittelbar in Madrid beschlossen werden.

„Korb eins“ enthält natürlich nicht nur Fragen der militärischen Entspannung, sondern vor allem Prinzipien für die Beziehungen zwischen allen KSZE-Teilnehmerstaaten. Diese Prinzipien haben Eingang in die neue sowjetische Verfassung gefunden, sie werden in der Deklaration der Warschauer Vertragsstaaten genannt. Wir treten dafür ein, daß diese Prinzipien so oder anders Niederschlag in der Gesetzgebung aller KSZE-Teilnehmerstaaten finden.

Die Sowjetunion ist bemüht, praktische Beschlüsse auch zum „Korb zwei“ der Schlußakte zu fassen, der Fragen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit der europäischen Länder behandelt. Die UdSSR setzt sich für die baldige Einberufung von Konferenzen zu Fragen der Energiewirtschaft und des Verkehrswesens ein. In unserem Interesse liegt auch die weitere Entwicklung der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit. Fragen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit interessieren auch den Westen. So haben die EG-Staaten beim Treffen in Belgrad an die 20 Vorschläge für Kontakte im Wirtschaftsbereich gemacht.

Auch bei der humanitären Zusammenarbeit kann in Madrid viel erreicht werden, wenn man dabei von praktischen Erfordernissen ausgeht und danach strebt, daß sich die Völker kulturell näher kommen.

Die Ideen von Helsinki bleiben also auch weiterhin ein wichtiger Faktor des Friedens. Und für das Treffen von Madrid sind alle Voraussetzungen dafür gegeben, daß es eine neue Etappe der Konsolidierung von Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa einleitet.

SOJUS T 2 BEWÄHRT SICH

In der Chronik der sowjetischen Raumfahrt wurde ein neues Kapitel aufgeschlagen — der Flug des bemannten Transportraumschiffes Sojus T 2. Drei Tage waren Leonid Popow, Waleri Rjumin, Juri Malyschew und Wladimir Axjonow im wissenschaftlichen Orbitalkomplex Salut 6—Sojus 36—Sojus T 2 tätig.

Für den Raumschiffkommandanten von Sojus T 2, Juri Malyschew, ist es der erste Flug. 1941 wurde er in Nikolajewsk an der Wolga in einer Arbeiterfamilie geboren. Sein Vater, Veteran des Großen Vaterländischen Krieges, ist Rentner.

Schon als Junge wollte Juri Flieger werden. Nach Schulabschluß nahm er ein Studium an der Fliegerschule von Katscha auf, dann wurde er Student an der Hochschule der Luftstreitkräfte in Charkow, die er 1963 absolvierte. Während seines Armeedienstes sammelte er Erfahrungen als Pilot eines Jagdbombers.

Juri Gagarins Flug hatte Juri Malyschew fasziniert. Doch zunächst wollte Malyschew weitere Flugerfahrungen sammeln. 1967, nach Bestehen der Aufnahmetests, wurde er in die Gruppe der Kosmonauten aufgenommen. Ein intensives Training, die unmittelbare Vorbereitung auf den Raumflug begann. Auch als Flieger vervollkommnete sich Malyschew. 1977 schloß er ein Fernstudium an der Gagarin-Akademie der Luftstreitkräfte ab.

Juri Malyschew absolvierte das volle Vorbereitungstraining nach dem Programm des bemannten Sojus-Raumschiffes und der Salut-Station. Er wirkte bei der Leitung von Flügen kosmischer Sonden mit. 1976 war er das Double Waleri Bykowskis beim Experiment „Raduga“ („Regenbogen“). Im Training lernte er Wladimir Axjonow, den Bordingenieur von Sojus 22, näher kennen. Und nun gehörten sie zur gleichen Besatzung!

Bei jedem neuen Raumflug gehört der Besatzung neben einem Neuling meist ein Kosmonaut mit Kosmoserfahrung an. Bordingenieur Axjonow flog zum zweiten Mal in den Weltraum.

Axjonow wurde 1935 geboren. Kindheit und Jugend verlebte er an der Oka im Dorf Gibilzy, Gebiet Rjasan. Sein Vater fiel im Krieg.

Nach der Siebenklassenschule kam Wladimir an die Industriefachschule in Kassimow. Dann schloß er die Maschinenbauhochschule von Mytistschi ab. Seit 1957 war er im Konstruktionsbüro von Sergej Koroljow tätig und studierte im Fernstudium an der Polytechnischen Unionshochschule. Er brachte es zum Laborleiter. Wladimir Axjonow wirkte bei der Schaffung vieler komplizierter Geräte und Systeme für verschiedene kosmische Sonden mit.

1973 wurde Axjonow in die Kosmonautenabteilung aufgenommen, und drei Jahre später unternahm er seinen ersten Raumflug — zusammen mit Waleri Bykowski im Raumschiff Sojus 22.

Sojus T führte seine ersten Flugtests im unbemannten automatischen Regime durch. Entwickelt aus dem bemannten Sojus-Raumschiff hat Sojus T alle positiven Eigenschaften seines Vorläufers übernommen. Das Grundsatzschaltbild hat sich ausgezeichnet bewährt, doch wurde beschlossen, neue Ideen in seinen Systemen zu berücksichtigen.

Das Grundsatz-, das Anordnungs- und das Konstruktionsschaltbild blieben fast unverändert. Doch die Konstrukteure verbesserten die Haltbarkeit und Zuverlässigkeit des Raumschiffs, gestalteten es komfortabler. Die Triebwerke der Landekapsel haben eine größere Zugkraft als beim Sojus-Modell, was eine weichere Landung ermöglicht. In Sojus T ist ebenso wie in der Salut-6-Station eine gemeinsame Triebwerksanlage installiert. Jetzt werden alle Triebwerke des Raumschiffs von einem gemeinsamen Brennstoffsystem versorgt, was es ermöglicht, den Brennstoff rationeller zu nutzen und die Manövrierfähigkeit des Raumschiffs zu vergrößern. Auch die Betriebscharakteristika des Raumschiffs wurden spürbar verbessert.

Die größten Veränderungen wurden bei den Bordsystemen vorgenommen, in denen die neuesten Errungenschaften der Funkelektronik-Industrie realisiert wurden. So gewährleisten die neuen Funksysteme eine zuverlässigere und klarere Verbindung mit dem Flugleitzentrum, mit Meßstationen auf dem Festland und den Weltmeeren. Das ist eine besonders wichtige Voraussetzung, damit die Kosmonauten gute

Arbeit leisten können. Verbesserungen wurden auch am Orientierungssystem vorgenommen.

Zu den Vorzügen von Sojus T gehört auch der Bordcomputer. Mit seinen Integralschaltungen verfügt er über ein umfangreiches elektronisches Gedächtnis und eine sehr schnelle Reaktion (die Rechenanlage führt Hunderttausende Operationen in der Sekunde aus). So bearbeitet der EDV-Komplex bei der Annäherung an die Station nicht nur die Informationen aus den Kopplungssystemen, sondern gibt auch die entsprechenden Impulse an die Triebwerksanlage. Der Komplex analysiert in Sekundenschnelle die Situation im Orbit und findet eine optimale Lösung.

Bei der Entwicklung des Bordcomputers wurden die gesamten Erfahrungen der Arbeit im Weltraum berücksichtigt. Die Konstrukteure wollten, daß die Anlage so zuverlässig und strapazierfähig ist wie irgend möglich. Die Fachleute konstatierten einmal bei Tests auf der Erde mehrere Störungen auf einzelnen Kanälen, der Komplex aber funktionierte weiter.

Der Rechenkomplex ermöglichte eine qualitative Veränderung der Steuerung des Raumschiffs. Jetzt braucht es nicht mehr ständig von der Erde aus betreut zu werden. Bislang gelangten Informationen zum Annäherungsmanöver über telemetrische Kanäle aus dem Orbit zu den Rechenzentren auf der Erde und wurden nach Bearbeitung als Zahlenreihen auf die Bildschirme der Dispatcherpulte der Analysegruppe im Flugleitzentrum überspielt. Einige Informationen wurden an das Raumschiff übermittelt. Die Kosmonauten mußten sich nicht nur viele Informationen einprägen, sondern diese auch analysieren. Jetzt übernimmt der Bordcomputer die Bearbeitung der Parameter. Danach werden die wichtigsten Informationen über die Tätigkeit der Raumschiffsysteme auf einem kleinen Bildschirm am Steuerpult des Raumschiffs angezeigt. Gleichzeitig gehen diese Informationen an das Flugleitzentrum. Dadurch wurde es möglich, die Lage im Orbit operativer zu analysieren und schneller zu reagieren.

Malyschew und Axjonow flogen in neuen Raumanzügen. Auch das Lebenserhaltungssystem und die Wärmeregulierung wurden vervollkommen.

Das Raumschiff Sojus T ist für Transportoperationen bestimmt.

Jetzt, da Malyschew und Axjonow zur Erde zurückgekehrt sind, können wir konstatieren: Sojus T 2 hat sich bewährt.

G. RJABOW

Unser Bild: Start des Raumschiffs Sojus T 2

Foto: A. Puschkarjow und W. Kusmin (TASS)



GRÖßERES VERSTÄNDNIS

Die UdSSR und Indien haben ihr gegenseitiges Verständnis vertieft und ihre Freundschaftskontakte gefestigt: Das ist das Fazit des offiziellen UdSSR-Besuches des indischen Außenministers P.V. Narasimha Rao Anfang Juni d. J. Seine Gespräche in Moskau zeigten erneut, daß sich die sowjetisch-indischen Beziehungen erfolgreich im Geiste des Vertrags über Frieden, Freundschaft und Zusammenarbeit von 1971 entwickeln. Sie sind von großer Bedeutung für Frieden und Stabilität in Asien und der ganzen Welt.

Besonders wichtig sind diese bilateralen Kontakte in der heutigen internationalen Situation. Sie hat sich durch Verschulden der imperialistischen USA-Kreise und der Pekinger Hegemonisten merklich verschlech-

tert, denen die Aussicht auf Entspannung und ein besseres Weltklima nicht paßt.

Die Imperialisten und ihre Handlanger wollen einen Spannungsherd in unmittelbarer Nähe der sowjetischen und der indischen Grenze schaffen. Gemeint ist die Aggression gegen die Demokratische Republik Afghanistan. Dieser Fragenkreis muß auf politischem Wege, durch Verhandlungen geregelt werden. Für eine solche politische Regelung, die jeder Einmischung in die inneren Angelegenheiten Afghanistans einen Riegel vorschoben würde, setzt sich die UdSSR ein. Das betonte Leonid Breschnew bei seinem Treffen mit dem indischen Minister. Eine gute Basis dafür bietet das konstruktive Programm, das die DRA-Regierung im Mai unterbreitete.

Wie es in der Gemeinsamen Mitteilung nach dem Besuch heißt, habe der Meinungsaustausch zur Genugtuung beider Seiten die Gemeinsamkeit in vielen weltpolitischen Fragen gezeigt. Moskau und Delhi haben sich erneut dafür ausgesprochen, daß die Entspannung weltweit werden muß. Sie bekundeten ihre feste Absicht, weiterhin für die Einstellung des Wettrüstens, gegen Imperialismus, Neokolonialismus, Rassismus und alle Unterdrückungsformen zu kämpfen. Es wurde vereinbart, auch künftig die erforderlichen Kontakte und den Meinungsaustausch zu pflegen.

Narasimha Rao sagte, daß die indisch-sowjetische Zusammenarbeit reif und stabil geworden sei. Ihre guten Ergebnisse sind allgemein bekannt. Zweifellos werden beide friedliebenden Großmächte, die UdSSR und Indien, auch künftig ihre Bemühungen um das Wohlergehen ihrer Völker, um den Frieden und die internationale Sicherheit koordinieren.

A. USWATOW

NAHOST

ECHO DER EXPLOSIONEN AM WESTUFER

„Die Bewohner des westlichen Jordansufers sind nur einen Schritt von einem allgemeinen Bürgeraufstand entfernt“, gab ein Korrespondent der amerikanischen TV-Gesellschaft ABC am 6. Juni durch. Der Anstoß war eine neue Schandtat im gepeinigten Gebiet der Palästinenser. Am 2. Juni wurden unter den Autos zweier prominenter Palästinenser in den von Israel besetzten arabischen Gebieten — des Bürgermeisters von Nablus, Bassam Chakaa, und des Bürgermeisters von Ramallah, Karim Khalaf — Bomben gelegt. Der eine verlor beide Beine, der andere einen Fuß, Terrorakte gegen Palästinenser wurden außerdem in anderen Städten verübt.

Auf diese Terrorakte hin rief die arabische Bevölkerung den Generalstreik aus. Das Verbrechen wird von der demokratischen Weltöffentlichkeit empört verurteilt. Der UNO-Sicherheitsrat hat mit 14 Stimmen bei einer Stimmenthaltung (USA) die Attentate auf die Bürgermeister und die widerrechtliche Kolonisierung der besetzten Gebiete durch Israel verurteilt.

Obwohl Ministerpräsident Begin sein Bedauern über die Attentate ausgesprochen hat, ist ganz klar, daß die ganze antipalästinensische Politik Tel Avivs schuld daran ist.

Chakaa und Khalaf sind, gemeinsam mit den unlängst von Israel ohne jedes

Verfahren ausgewiesenen Bürgermeistern von El Khalil (Hebron) und Khalkhul — Kawasmi und Milhem — gegen das von den USA, von Ägypten und Israel aufgestellte Projekt einer kümmerlichen „Verwaltungsautonomie“ für die Palästinenser aufgetreten, einer Autonomie, die eigentlich die israelische Okkupation zur bleibenden Erscheinung machen soll.

Im Rahmen der Abmachung von Camp David baut man am Westufer immer neue israelische Wehrdörfer. Um den Widerstand der Palästinenser gegen die herausfordernde Politik der Okkupanten zu brechen, hat der israelische Landwirtschaftsminister Sharon, der zugleich die Obliegenheiten eines „Ministers für Siedlungen“ wahrnimmt und schon lange mit der rechtsextremistischen israelischen Organisation Gush Emonim verbunden ist, unlängst vorgeschlagen, „ungewöhnliche Mittel“ anzuwenden. Das ist jetzt geschehen.

Wie der Knessetabgeordnete Ouri Avneri, der die demokratischen Kräfte vertritt, annimmt, ist der Terrorakt gegen die Bürgermeister direkt von einer Art „israelischer OAS“ (einem Abklatsch der OAS der französischen Ultras, die gegen die Entkolonisierung Algeriens vorging) verübt worden. Die Pariser Zeitschrift „Israël et Palestine“ teilte in ihrem Maiheft mit, daß die

„ultrareligiösen“ Einwohner der israelischen Siedlungen in den besetzten Gebieten und israelische Militärs kürzlich eine neue illegale chauvinistische Organisation aufgezogen haben, die mit Gush Emonim und der nicht unbekannten Liga zum Schutz der Juden — einer von Rabbiner Meir Kahane geführten extremen Bewegung — liiert ist. Die neue Organisation, die unverhohlen terroristisch ist, habe viel Waffen und Sprengstoff aus Armeedepots entwendet. Sie gehe dank ihren Verbindungen mit den Geheimdiensten und an der Spitze des Verwaltungsapparats fast immer straflos aus. Ihre Aufgabe sei es, die angesehnen Palästinenserführer umzubringen und am Westufer Massenunruhen zu stiften, um in Israel eine Regierungskrise auszulösen. Nach Ansicht der Extremisten könnten dann Militärs zur Macht kommen, und was weiter geschehen soll, ist nicht schwer zu erraten: Die besetzten Gebiete sollen völlig annektiert und die arabische Stammbevölkerung soll vertrieben werden.

Obwohl Begin Bedauern geäußert hat, steckt er eigentlich hinter den Rechtsextremisten. Die Aktionen der faschistoiden Elemente erinnern an die terroristischen „Heldentaten“, die Begin selbst in seiner Jugend vollbrachte.

Die logischen Folgen von Camp David sind die Faschisierung des politischen Lebens in Israel, die Intensivierung des Terrors und der Repressalien gegen die Araber.

A. STEPANOW

KEINE SCHÖNE MITGIFT

Wladimir LAWJRJONOW

Als der türkische Außenminister im Februar erklärte, sein Land werde Ende 1980 die EG um die Aufnahme angehen, verweigerte der amtliche Sprecher der EG-Kommission jeden Kommentar. Er sagte nur, die EG-Leitung werde die Bitte der türkischen Regierung prüfen, weil der Vertrag von Rom sie dazu verpflichtete.

Etwas später forderte der Vizepräsident der Kommission Wilhelm Haferkamp seine Kollegen in der Kommission auf, der Türkei den Beitritt auszusprechen. Er schlug sogar vor, sich von ihr loszukaufen. Nun werden dem Staat eine größere Finanzhilfe und der zollfreie Warenzugang zu den EG-Ländern versprochen — nur soll die Türkei ja nicht in die EG wollen.

Warum? Vor kurzem noch wurde jede neue Kandidatur in Brüssel umschmeichelt.

Die Motive sind wirtschaftlicher Art. Zwar ist Brüssel politisch an einer Erweiterung der EG durch die Türkei interessiert, aber die Befürchtung, daß ein weiteres wirtschaftlich schwaches Land beitrifft, überwiegt. Ebenso wie Griechenland, Portugal und Spanien könnte die Türkei eine weitere Last für die Brüsseler Integratoren werden.

Als 1975 Griechenland um den EG-Beitritt bat, erklärte ein westdeutscher Politiker ohne Umschweife: Das „passiert nur über meine Leiche“. Diese Stimmung herrschte nicht nur in Bonn, sondern auch in den Hauptstädten der anderen EG-Länder. Anfang 1976 bereitete die EG-Kommission einen vertraulichen Bericht vor, in dem es direkt hieß, die griechische Wirtschaft sei für einen Beitritt zum Gemeinsamen Markt noch nicht reif. Die Neuen würden dann zusätzliche Finanzlasten übernehmen müssen; allein aus dem Agrar- und dem Sozialfonds müßte Griechenland bis zu 7 Md. Mark im Jahr erhalten. In Brüssel äußerte man die Befürchtung, ein Beitritt Griechenlands würde die Gefahr einer EG-Spaltung in arme und reiche Länder erhöhen. Das würde das Angleichen der wirt-

schaftlichen Entwicklungsniveaus der neun EG-Länder erschweren und eine gemeinsame Wirtschafts- und Währungspolitik unmöglich machen.

Und doch setzte sich Griechenland im Mai v. J. durch; ab Januar 1981 wird es das zehnte EG-Mitglied. Nach Abwägen von Für und Wider zog man in Brüssel damals den Schluß, die politischen Vorzüge des Beitritts Griechenlands seien doch größer als die wirtschaftlichen Verluste. Nicht unwichtig war die Haltung Washingtons, dem es darum geht, Griechenland in die NATO-Militärorganisation zurückzuführen, und sei es nicht durch den Paradezug, sondern durch das Hintertürchen der Integration mit der EG. Die griechische Regierung hat auch nachgeholfen. Wie der Generalsekretär des ZK der KP Griechenlands Florakis sagte, gab sie ihre frühere Absicht auf, „endgültig aus der NATO-Militärorganisation auszutreten, und hielt sich an die politische Maxime „Wir gehören zum Westen“.

Noch wird über die Beitrittsbedingungen für Portugal und Spanien gefeilscht, und Brüssel will ihnen möglichst viele wirtschaftliche Zugeständnisse abpressen, während die Anwärterländer nach Griechenlands Beispiel den Akzent mehr aufs Politische setzen. Beim jüngsten Italienbesuch sagte der portugiesische Präsident klipp und klar: „Der Preis, den die entwickelten EG-Länder den schwächeren Mitgliedern für die europäische Integration, ob militärisch, politisch, wirtschaftlich oder sozial, zahlen müssen, ist kleiner als der Schaden, der bei der Bedrohung der Demokratie in Südeuropa angerichtet werden könnte.“ Also müssen die Leute in Brüssel jetzt erneut zwischen Politik und Wirtschaft wählen, wenn sie eine EG-Erweiterung in Erwägung ziehen. Doch im Unterschied zu den früheren Jahren läßt die verschlechterte Wirtschaftskontunktur in Westeuropa immer häufiger ökonomische Motive in den Vordergrund treten.

Laut amtlichen Angaben der EG-Kommission wird die industrielle Wachstumsrate in der EG

1980 durchschnittlich nur 1,2% gegenüber den erwarteten 2% ausmachen, die Inflation 11,3% erreichen, die Arbeitslosigkeit von 5,6 auf 6,4% anwachsen und das Außenhandelsdefizit sich fast verdreifachen. Auch die entfernteren Aussichten stimmen nicht gerade optimistisch: Nach Schätzungen mehrerer Ökonomen wird die EG 1985 etwa 10 Millionen Arbeitslose (gegenüber heute mehr als 6 Millionen) zählen.

Angesichts dieser düsteren Perspektiven ist Griechenland für die Integratoren aus Brüssel nicht eben das Wahre: Dort erreicht die Inflation 30% im Jahr, und das Außenhandelsdefizit belief sich 1979 auf 6,5 Md. Dollar. Überdies ist man in Brüssel über die wachsenden sozialen Spannungen in Griechenland beunruhigt. Breite Schichten der griechischen Bevölkerung in Stadt und Land sind unzufrieden. In diesem Frühjahr stellten 600 000 griechische Bauern wirtschaftliche Forderungen.

Die sozialökonomische Lage auf der Pyrenäenhalbinsel ist ebenfalls nicht rosig. Die Wirtschaft Spaniens steckt seit Jahren in einer Krise, die Arbeitslosigkeit erreicht 9% und nimmt weiterhin zu, das Inflations-tempo beträgt 16–17% im Jahr. Nicht besser sieht es in Portugal aus.

Die EG hat Scherereien genug mit den ungelösten Integrationsfragen und will sich das Leben durch die Aufnahme neuer Mitglieder nicht noch erschweren. Davon zeugt u. a. eine Erklärung Giscard d'Estaings, der vor kurzem mit einem Seitenblick auf Großbritannien erklärte: „Die Integration einiger neuer Mitglieder ist noch nicht vollständig, da sie fordern, sie von einigen Verpflichtungen zu befreien.“ Deshalb müsse man „zunächst die bestehenden Probleme lösen, bevor man an den weiteren Ausbau der EG geht“.

Der Gemeinsame Markt hat jetzt wirklich anderes zu tun, als sich um die Türkei zu kümmern, die nicht einmal die bescheidene Mitgift besitzt, die Griechenland, Portugal und Spanien der EG mitzubringen versprechen. Die Unterbelastung der türkischen Industrie macht 55% aus, das Land hat einen akuten Mangel an Rohstoffen und Energieträgern. Die Arbeitslosigkeit in der Türkei ist weit größer als in jedem anderen westeuropäischen Land, das Inflations-tempo betrug im vorigen Jahr 80%.

Kein Wunder, daß man sich in Brüssel von Ankara loskaufen will. An der Schwelle einer Krise werden die politischen Ambitionen durch die Formel „Jeder ist sich selbst der nächste“ verdrängt.

IN ATLANTISCHEN FESSELN

Eduard KOWALJOW

Laut westlichen Pressestimmen soll bald eine offizielle Pentagondelegation Portugal besuchen, um an Ort und Stelle zu prüfen, ob in der tiefen Bucht von Lissabon oder an einem anderen dafür geeigneten Ort ein ständiger Stützpunkt für die amerikanischen Träger und U-Boote angelegt werden kann. Nach denselben Meldungen will die Regierung mehrere Häfen zur Wahl anbieten.

Wie die Wochenschrift der Rechtskräfte „Tempo“ untertänig erläutert, brauche Washington neue Häfen für USA-Kriegsschiffe, um „die Lage im Nahen Osten und am Persischen Golf kontrollieren zu können“. Ein hochgestellter Politiker legte den amtlichen Standpunkt dar: „Die Regierung Portugals ist nicht der Meinung, daß USA-Träger in den portugiesischen Gewässern eine politische Gefahr darstellen oder die internationale Sicherheit bedrohen.“

In den etwas mehr als fünf Monaten, die die Regierung Sá Carneiro an der Macht ist, ist das nicht das einzige Zugeständnis an die NATO-Militärs: Die rechtszentristischen Politiker unterstützen vorbehaltlos die Stationierung neuer USA-Mittelstreckenraketen in Westeuropa, haben die Militärausgaben auf 4% des Haushalts erhöht und rüsten die Armee um.

Im Prinzip wurde beschlossen, auf den portugiesischen Werften zwei neue U-Boot-Abwehrschiffe zu bauen und ein weiteres im Ausland zu kaufen. Die Ausgaben werden gering sein, wie Verteidigungsminister da Costa behauptete: „nur“ 100–200 Mio Dollar. Allerdings soll die NATO helfen. Eine solche Hilfe wurde auch den Luftstreitkräften und der motomechanisierten Spezialbrigade in Santa Margarida versprochen. Doch schwieg sich der Minister darüber aus, welchen Preis die Portugiesen für die „uneigennützig“ NATO-Hilfe zahlen müssen.

Ein Teil des Preises wird wohl die Erlaubnis für USA-Träger sein, in einem der portugiesischen Häfen zu liegen.

Der proatlantische Kurs der Regierung Sá Carneiro findet Gefallen in Übersee. Bei einem Essen im Amerikanischen Klub stellte USA-Botschafter Bloomfeld mit Genugtuung fest: „Die derzeitige portugiesische

Regierung hat mit ihrem Wirken bewiesen, daß sie die Prinzipien der gegenwärtigen USA-Außenpolitik versteht und unterstützt.“ Der Botschafter gab zu verstehen, daß alle westeuropäischen USA-Verbündeten diese Position beziehen sollten.

Beim bevorstehenden Lissabon-Besuch Carters werden wahrscheinlich auch andere Möglichkeiten zur Sprache kommen, den „Beitrag“ Portugals zur Politik des Atlantismus zu vergrößern.

Die völlige Revision der Außenpolitik, die Ministerpräsident Sá Carneiro und Außenminister do Amaral von Anfang an bekanntgaben, äußert sich in einer ostentativen proatlantischen Ausrichtung und im Antisowjetismus. In dieser ganzen Zeit bewiesen die Führer der rechtszentristischen Regierung wiederholt mit Wort und Tat ihre bedingungslose Solidarität auch mit den abenteuerlichsten Schritten des Weißen Hauses. Sá Carneiro selbst sagt, das heiße, „strikte und eindeutige Positionen zu beziehen und zur Konsolidierung des Bündnisses zwischen den westlichen Ländern beizutragen“. Der Regierungschef ruft immer wieder dazu auf, gegenüber der UdSSR und den anderen sozialistischen Ländern „Festigkeit an den Tag zu legen“. Die Versuche, Portugal in die Zeit des kalten Krieges zurückzusetzen, laufen natürlich unter der Losung „Treue zum NATO-Bündnis“.

In der Tat ist Portugal seit mehr als 30 Jahren Mitglied dieses Militärblocks. Das ist eine politische und militärische Gegebenheit. Aber die patriotischen Kreise des Landes sind mit Recht der Ansicht, daß die Zugehörigkeit zur NATO den selbständigen Charakter der Außenpolitik nicht beschränken darf.

Gleich nach der antifaschistischen Revolution vom 25. April 1974 steuerte das neue, demokratische Portugal seinen außenpolitischen Kurs zwar mit Abweichungen, aber alles in allem mit genügender Konsequenz gemäß den Prinzipien der Verfassung von 1976. Er richtete sich darauf, die Beziehungen von Frieden und Zusammenarbeit zu allen Ländern und Völkern, gleich welchen sozialen und politischen Systems, auszubauen.

Die gegenwärtige rechtszentristi-



Im Zentrum von Lissabon

Foto: A. Schpikalow

sche Regierung der „demokratischen Allianz“ hat diese Verfassungsprinzipien demonstrativ aufgegeben. In der Außenpolitik unternahm sie mehrere Schritte, die Mißachtung der elementaren Normen der zwischenstaatlichen Beziehungen, der Vereinbarungen mit anderen Ländern bedeuten. Dazu einige Beispiele.

Ohne die Ergebnisse der multilateralen Konsultationen der westeuropäischen Länder abzuwarten, unterstützte Lissabon als erster unter den Verbündeten Washingtons die Wirtschaftssanktionen gegen Iran. Schon im vorigen Dezember erlaubte Portugal den USA, die Militärstützpunkte auf den Azoren gegen Teheran zu benutzen. Solche Schritte wurden in den iranischen Regierungskreisen als „Handlangerdienste für Carter“ bezeichnet. Die Lissabonner Presse schrieb, das sei kaum ein vernünftiger Schritt, er könne Portugal teuer zu stehen kommen, außerdem waren auch die Geschäftskreise darüber beunruhigt. Gegenwärtig muß das Land nach Möglichkeiten suchen, etwa 10% von Erdöl und Erdölprodukten, die es im laufenden Jahr braucht, aus anderen Quellen zu beziehen. Die Hoffnung auf Lieferungen aus dem Persischen Golf wird kaum in Erfüllung gehen. Die „gemäßigten“ arabischen Länder haben Portugal die kalte Schulter gezeigt, u. a. weigerten sich die Vereinigten Arabischen Emirate, seinen Außenminister zu empfangen.

Die Regierung kam den Wünschen der USA-Administration entgegen und „empfahl“ dem NOK, die Sommerolympiade 1980 zu boykottieren. Aber mit Rücksicht auf den einmütigen Willen der Sportler wies das portugiesische NOK das Ansinnen der Regierung Sá Carneiro zurück und faßte den Beschluß, eine Delegation nach Moskau zu entsenden. Zweifellos hat das die selbstsicheren rechtszentristischen Politiker empfindlich getroffen.

Auch die antisowjetischen Aktivitäten des Kabinetts, für die laute Reklame gemacht wurde, fanden bei den Portugiesen keinen Anklang. Das Leben zeigte, daß solche Aktivitäten völlig unrealistisch sind und nicht im Interesse des Volkes liegen.

Die Visenpolitik, mit der die rechtszentristische Regierung Kontakte zwischen Portugiesen und Sowjetbürgern verhindern wollte, indem sie allen sowjetischen Touristen, Journalisten, Kulturschaffenden und Wissenschaftlern die Einreise verweigerte, ist nicht aufrechtzuerhalten. Der Vorstand der Gesellschaft „Portugal—UdSSR“ stellte vor kurzem fest: „Eine solche Politik macht das Kulturleben unseres Volkes ärmer und bringt Portugal in eine internationale Isolierung.“ Die Proteste der Öffentlichkeit zwingen die Regierung zu einigen Kursänderungen. Außenminister do Amaral mußte seine Niederlage im „Visenkrieg“ zugeben; vor kurzem erklärte er, die Einschränkung der Einreise von Sowjetbürgern nach Portugal sei nicht generell, sondern „selektiv“.

Der außenpolitische Rechtsruck findet im Lande keine nennenswerte Unterstützung. Die Versuche, das Land noch fester vor den atlantischen Wagen zu spannen, und die Aktivitäten im Geiste des kalten Krieges werden weder von den weiten Kreisen der patriotischen Öffentlichkeit noch von den linken Parteien, vom Präsidenten der Republik oder von den mit der Revolution von 1974 verbundenen hohen Militärs gebilligt.

Melo Antunes, Vorsitzender der Verfassungskommission und Mitglied des Revolutionsrates, nannte die Außenpolitik des rechtszentristischen Kabinetts reaktionär. In einem Interview für die Pariser Wochenschrift „Témoignage Chrétien“ betonte er: Die führenden Vertreter der Regierung Sá Carneiro kopierten in ihren Reden offenbar Margaret Thatcher und Franz Josef Strauß. Das sei extremer Atlantismus aus der Zeit des kalten Krieges, „ein Aufruf zur Konfrontation mit dem Ostblock“, ein „schmachvolles Nachahmen“ der USA.

Die Linkskräfte kritisieren heftig die Außenpolitik der „demokrati-

schen Allianz“. Das Sekretariat der Sozialistischen Partei nannte sie ein „Muster politischen Pharisäertums“. Die Abteilung Information und Propaganda im ZK der Portugiesischen KP bezeichnete die Versuche der Regierung, sich außenpolitisch als Beispiel für die anderen westlichen Länder hinzustellen als „lachhaft“.

In Portugal bricht sich die Einsicht Bahn, daß die Zugehörigkeit zur NATO nicht unbedingt bedeutet, daß man den abenteuerlichen Kurs der derzeitigen Washingtoner Administration und der militaristischen NATO-Kreise blind zu befolgen habe, einem Kurs, der den Zweck hat, die internationalen Spannungen zu steigern, die Entspannung zu untergraben und die Kontakte zu den sozialistischen Ländern einzuschränken.

Die Öffentlichkeit widersetzt sich dem Druck der proatlantischen Kräfte. Die realistisch denkenden politischen Kreise in Lissabon verweisen auf andere westeuropäische Führer, die die gegenwärtige internationale Situation nüchtern beurteilen. In ihrem Kommentar zum Warschauer Treffen Breshnew—Giscard d'Estaing betonte die „Portugal Hoje“: Der französische Präsident habe Sá Carneiro und do Amaral ein gutes Beispiel gegeben, indem er bewies, daß die Politik seines Landes nicht in Washington oder London, sondern in Paris bestimmt wird. Die fortschrittliche Presse stellt direkt die Erfolge der französischen Diplomatie den andauernden außenpolitischen Schlappen der portugiesischen rechtszentristischen Regierung gegenüber, die im Fahrwasser Washingtons segelt.

Der Präsident Portugals, Ramalho Eanes, äußerte, daß der Vorschlag des Politischen Beratenden Ausschusses der Warschauer Vertragsstaaten, eine Weltkonferenz einzuberufen, um die Wege zur Überwindung der heutigen internationalen Spannungen zu erörtern, sehr wichtig sei. Wie er hinzufügte, ist „der Dialog der sicherste Weg zum Frieden“. Hoffentlich wird diese Meinung des Präsidenten auch für die Außenpolitik seines Landes bestimmend sein.

NZ

KOMMENTAR

DEN BOGEN ÜBERSPANNT

Jeder Tag bringt neue Nachrichten über den sich entfaltenden Kampf der europäischen Öffentlichkeit gegen die Umwandlung Westeuropas in die Startrampe für die „Pershings“ und „Tomahawks“ des Pentagon. Beschleicht vielleicht ein leiser Zweifel die führenden politischen Kreise in Westeuropa, ob die NATO mit ihrem Beschluß über die Stationierung der neuen USA-Kernraketen nicht doch den Bogen überspannt hat?

Das mißfällt Washington sehr und es beeilt sich, seine Partner in die Zange zu nehmen, damit sie es sich ja nicht überlegen und den Forderungen ihrer Völker nachgeben.

Die Tagung der Nuklearen Planungsgruppe der NATO, die diesmal in Bodø (Norwegen) stattfand, zeigte: Das Pentagon versucht, die letzten Widerstandsherde — in Belgien und den Niederlanden — zu unterdrücken. Die Regierungskreise dieser beiden Länder haben noch nicht endgültig der Stationierung von USA-Raketen zugestimmt. Die Öffentlichkeit wird inzwischen beschuldigt: Bis 1983, da die Raketen nach Westeuropa verlegt werden, sei noch viel Zeit, die NATO-Führer würden sie nicht vergeuden und die leidige Raketenfrage durch Verhandlungen mit Moskau lösen.

In der Tat verliert die NATO keine Zeit. Während die atlantischen Politiker versichern, keinen größeren Wunsch zu haben, als möglichst bald mit der UdSSR über eine Einschränkung der Kernstreitkräfte in Europa zu verhandeln, wird die Raketenstationierung mit Volldampf vorbereitet. Auch in Bodø wurde sozusagen in einem Aufwasch sowohl zu Verhandlungen mit Moskau als auch dazu aufgerufen, schon in den nächsten Monaten über die Standortverteilung der Kernraketenwaffen in Großbritannien und Italien zu entscheiden.

Man fühlt sich an die Taktik Tel Avivs erinnert, das seine Absicht kundtut, eine friedliche Regelung mit den Arabern zu erzielen, mittlerweile aber die okkupierten arabischen Gebiete weiterhin kolonisiert.

Eine solche Handlungsweise ist undenkbar, wenn man wirklich einen ehrlichen Kompromiß auf der Grundlage einer für alle Seiten annehmbaren Vereinbarung erreichen will. Aber der NATO ist nicht gerade der Wunsch nachzusagen, die militärische Gefahr in Europa zu mindern, denn es wird erneut von einem „Nachrüsten“ durch die Neuronenbombe und die C-Waffen geredet.

Zeit ist noch, wenn auch nicht allzuviel. Aber wer den Bogen überspannt hat, soll ihn auch zurechtbiegen.

W. KUSNEZOW

DOPPELTE WAHLEN STEHEN INS HAUS

Nikolai LOSSINSKI

In den Straßen der japanischen Städte sieht man in diesen Tagen viele mit bunten Transparenten behängte Mikrobusse. Aus den Lautsprechern auf ihren Dächern kommen flote Musik und Losungen. Die Busse fahren durch die belebtesten Bezirke. Oft halten sie, dann sehen die versammelten Männer und (seltener) Frauen, Kandidaten für das Parlament.

Die Wahlkampagne hat ihren Höhepunkt erreicht. Genauer gesagt sind es zwei Kampagnen gleichzeitig, denn zuerst wird die Hälfte der Oberhausabgeordneten gewählt, deren 6jährige Amtszeit in diesem Sommer abläuft, und erst acht Monate nach den allgemeinen Wahlen ziehen die neuen Vertreter in das Repräsentantenhaus ein. Diese doppelten Wahlen finden am 22. Juni statt.

Noch vor einem Monat deutete nichts auf einen Sturm am politischen Horizont. Nach den Wahlen im Oktober, als die regierende Liberal-Demokratische Partei mit Mühe und Not, nur dank der Unterstützung seitens „unabhängiger“ konservativer Abgeordneter, eine kleine Mehrheit im Unterhaus behalten konnte, trat eine relative Stabilität ein. Die führenden Parteien sammelten ihre Kräfte. Die Regierung Ohira (er blieb Ministerpräsident nach einem langwierigen Kampf zwischen den LDP-Fraktionen) war bestrebt, das verblaßte Prestige von Kabinett und Partei aufzupolieren.

Mitte Mai erstattete Ohira im Parlament einen Bericht über seine Reise in die USA, nach Mexiko, Kanada, Jugoslawien und in die BRD. Die Regierung erhoffte sich von dieser Reise einiges für die Wahlen zum Oberhaus im Juni.

Doch verlief die Parlamentsdebatte nicht so glatt, wie die Regierungspartei es gern gehabt hätte. Die Opposition kritisierte scharf die Außenpolitik der Regierung, u. a. ihre Bereitschaft, dem Druck des Weißen Hauses nachzugeben und die Militärausgaben wesentlich zu erhöhen. Empört war die Öffentlichkeit auch über weitere Korruptionsaffären, in die hochgestellte LDP-Politiker verwickelt waren, sowie über die Versuche der Regierung, jedesmal den Skandal zu vertuschen.

Die größte Oppositionspartei, die Sozialistische, brachte im Unterhaus das Mißtrauensvotum ein. Der Anlaß war, daß die Regierung es dem ehemaligen LDP-Abgeordneten Hamada untersagt hatte, vor einer Parlamentskommission über seine schwindelerregenden Verluste in Las Vegas (es wurde von über 1,5 Mio Dollar gemunkelt) und über seine Beziehung zu einer lauten Korruptionsaffäre in der Telegrafien- und Telefongesellschaft Kokusai Denshin Denwa auszusagen.

Man glaubte, die Abstimmung würde wie so oft früher eine reine Formalität bleiben, verfügte doch die LDP im Unterhaus über 257 von 511 Sitzen.

„Ein Blitz aus heiterem Himmel“: So formulierte die Agentur Kyodo Tsushin die Abstimmungsergebnisse. Das Mißtrauensvotum wurde mit 243 gegen 187 angenommen. Den Ausschlag gab, daß 69 Abgeordnete, die nicht der (den Ministerpräsidenten stellenden) Hauptfraktion angehören, der Unterhaussitzung ferngeblieben waren. Erstmals seit 27 Jahren stimmte das Parlament gegen die Regierung. Das war eine Krise.

Einige Beobachter betrachten das als ein unvorhergesehenes Wechselspiel, das Ergebnis einer „Rebellion“ eines Teils von Liberaldemokraten gegen Ohira und seine Anhänger. In der „Asahi“ liest man: „Der Hader in der LDP-Führung, der nach den vorjährigen allgemeinen Wahlen und bei der Wahl des Ministerpräsidenten im November klar zutage trat, hat auch nach der Ernennung von Vertretern der Fraktionen, die neben der Hauptfraktion die Regierungspartei bilden, auf Posten in Regierung und LDP-Führung nicht nachgelassen.“

Gewiß, die Differenzen in der LDP-Führung muß man in Betracht ziehen, aber nicht sie gaben den Ausschlag. Die heutigen Ereignisse wurden durch die gesamte innenpolitische Entwicklung vorbereitet. Bei den allgemeinen Wahlen im Oktober v. J. stand die Regierungspartei dicht vor einer Niederlage. Eine Umfrage, die die „Tokyo Shimbun“ auf dem Höhepunkt der Regierungskrise durchführte, ergab: 64,2% der Wahlberechtigten waren gegen das heutige Kabinett Ohira.

Die „Rebellion“ in der LDP ist übrigens auch nicht nur auf die Machtkämpfe zurückzuführen. Sie widerspiegelt eine tiefe Krise der Regierungspartei, die von Jahr zu Jahr mehr die Unterstützung der Bevölkerung verliert. Die LDP ist außerstande, die wirtschaftlichen Probleme — Produktionsrückgang, Inflation, zunehmende Arbeitslosigkeit — zu lösen. Ihr fehlt ein selbständiger, prinzipienfester Kurs in der Außenpolitik. Das waren die Hauptgründe der Krise.

Die LDP entstand im Herbst 1955 durch Zusammenschluß zweier konservativer Parteien, der Liberalen und der Demokratischen. Jenes Jahr brachte Wichtiges für die Entwicklung einer wirklich demokratischen Bewegung im Lande. Die KP Japans nahm an Einfluß zu, die rechten und linken Sozialisten vereinigten sich, und die Sozialistische Partei Japans erstand neu.

Die Arbeiterbewegung erlebte eine qualitativ neue Etappe: Unter Führung des Generalrats der Gewerkschaften entfalteten sich die „Frühjahrs-offensiven“ der werktätigen Massen. Unter diesen Umständen verlangte der führende Verband der Monopolherren, die Föderation der Wirtschaftsorganisationen (Keydannen), von den bürgerlichen Parteien, eine „einflußreiche und mächtige politische Kraft“ zu gründen. So wurde die LDP ins Leben gerufen.

Sie erhielt eine absolute Mehrheit im Parlament und sicherte sich die Alleinherrschaft für das nächste Vierteljahrhundert. Die Konservativen waren bemüht, aus der stürmischen wirtschaftlichen Entwicklung Japans in den 50er/60er Jahren (gerade damals machte es den Durchbruch und belegte später den dritten Platz unter den Industrienächten der Welt) maximalen politischen Nutzen zu ziehen. Aber je deutlicher die Diskrepanz zwischen dem hohen wirtschaftlichen Entwicklungsniveau und der rückständigen sozialen Struktur wurde, desto schwerer fiel es der LDP, ihr Image als Schöpfer eines „Wirtschaftswunders“ aufrechtzuerhalten. Die Partei verlor rasch an Popularität.

Die endlosen Streitereien in der Partei selbst und die Geldgier der konservativen Politiker waren dem Ansehen der LDP alles andere denn zuträglich. Selbst die bürgerliche Presse nannte die LDP eine Partei der Geldsackanbeter.

Übrigens war die LDP nie eine Partei im wahren Sinne des Wortes. Erst in den letzten Jahren, da der Einfluß der Partei bedrohlich zu sinken begann, wurde ein Versuch unternommen, ihr eine Massenbasis zu

geben. Ihrem Wesen nach ist die LDP eine Eliteorganisation von Berufspolitikern, eine Vereinigung von Fraktionen, denen in politischen Intrigen versierte Leute vorstehen. Alle zusammen dienen sie eifrig dem Monopolkapital, und jeder einzelne denkt an die eigene Bereicherung. Daher die unzähligen Skandale um Schmiergelder. Hier nur ein paar Tatsachen aus den letzten Jahren.

1974. Finanzmachenschaften Ministerpräsident Tanakas kommen ans Licht, und er muß gehen.

1976. Lockheed-Affäre. Gegen Tanaka wird eine Untersuchung eingeleitet. Das hindert ihn übrigens nicht, auch weiter einer der größten Fraktionen vorzustehen, die sich für Ohira einsetzt, und sich regelmäßig von „seinem“ Wahlkreis ins Parlament wählen zu lassen.

1979. Die Korruptionsaffäre in der Kokusai Denshin Denwa, in die viele LDP-Politiker und hochgestellte Beamte verwickelt sind.

Die Demoralisierung der Regierungspartei hat ein solches Maß erreicht, daß nun auch schon die herrschenden Kreise offen ihre Unzufriedenheit bekunden. Der Keidanren-Präsident Inayama, einer der größten Industriellen des Landes, nannte die Lage in der LDP vor kurzem „politische Zersetzung“.

Die reale Gefahr, daß die LDP ihre ausschließliche politische Rolle verlieren könnte, zwingt die herrschende Klasse, nach einer für sie annehmbaren Lösung zu suchen. Bereits 1976 traten einige junge Konservative unter Y. Kono aus der LDP aus. Mit Unterstützung von Unternehmergruppen schufen sie einen „Neuen Liberalen Klub“ und verkündeten eine „Läuterung“ des Konservatismus als ihr Ziel. In der LDP selbst aktivierten sich Gruppen, die gegen den Block Ohira-Tanaka auftraten. Sie bestehen auf einschneidenden Reformen, die die Atmosphäre in der Partei reinigen und diese selbst anziehender machen würden. Schon nach der Auflösung des Parlaments gaben sie die Gründung eines „Rates für die Wiedergeburt der Partei“ bekannt. Als ersten Schritt fordern diese Kreise den Rücktritt Ohiras. Er aber ist fest entschlossen, an der Macht zu bleiben: „Ich will mir Mühe geben, die politische Stabilität nach einer Feuertaupe wie den Wahlen wiederherzustellen.“

Infolgedessen schließen Beobachter nicht aus, daß die LDP sich spaltet und im Lande erneut zwei konservative Parteien wirken könnten.

Ferner wird die Möglichkeit erörtert, zur „Etappe einer Koalitionsregierung“ („Asahi“) überzugehen. Betrachtet werden zwei Varianten: eine Spaltung der Regierungspartei

oder der Verlust der Parlamentsmehrheit durch die LDP. Der herrschenden Klasse geht es um eine Variante, die ihre eigenen Interessen am besten absichern würde.

Eine öffentliche Befragung von Ende v. J., die ein „Hirntest“ der Geschäftskreise, die „Assoziation für Modernisierung“, anstellte, zeigte: 40% der einflußreichen Unternehmer meinen, in den nächsten 10 Jahren werde das Land erhebliche politische Wandlungen erleben, durch welche die LDP ihre Alleinherrschaft verlieren werde. Sie machen sich auf mögliche Veränderungen gefaßt. Der schon erwähnte Inayama formulierte die Haltung der Geschäftskreise: „Die Rede ist nicht von einer Regierungspartei als Gegenstück zur Opposition, sondern von einer liberalistischen“ (d. h. bürgerlichen) „Regierung als Gegenstück zu einer Sozialistenregierung.“ Für den Fall, daß die LDP bei den Wahlen schlecht abschneidet, prüfen die herrschenden Kreise die Möglichkeit einer von Konservativen geführten Koalition (der „Neue Liberale Klub“, die rechtsreformistische Partei des Demokratischen Sozialismus und die Komeito, die sich auf die große Buddhistengesellschaft Soka gakkai orientiert).

Doch in erster Linie knüpfen die Monopole ihre Hoffnungen doch an die LDP, die sie in all diesen 25 Jahren freigebig stützten.

Die Regierungspartei rechnet damit, daß es die Opposition in der kurzen Zeit seit Oktober v. J. kaum schaffen wird, zum zweitenmal die Mittel für die Wahlkampagnen flüssig zu machen. Auch die Lage im Oppositionslager wird in Betracht gezogen. Man sollte meinen, daß die Opposition der LDP die Aktions Einheit, den gemeinsamen Kampf gegen die konservativen Kandidaten gegenüberstellen könnte. Die Kommunisten haben ein wohlgedachtes Programm dafür. Sie rufen dazu auf, den abenteuerlichen außenpolitischen Kurs der USA-Administration nicht blind zu unterstützen, die Allmacht der Monopole einzuschränken und die Lebensrechte des Volkes im Lande zu schützen. Leider sind die Führer der anderen Oppositionsparteien auf diesem Ohr taub. Sie lehnen eine Zusammenarbeit mit der KPJ ab und wollen einen rechtszentristischen Oppositionsblock PDS-Komeito-SPJ zusammenzimmern. Somit wird die Opposition auch bei den bevorstehenden Wahlen zersplittert sein. Davon, wie sich all diese Faktoren auf die Abstimmung vom 22. Juni auswirken werden, hängen in vieler Hinsicht die Perspektiven der japanischen Politik in den 80er Jahren ab.

NZ

KOMMENTAR

TRIBUNAL IN TEHERAN

„Die USA stehen in Iran vor Gericht.“ Mit diesen Worten kommentierte der amerikanische TV-Moderator W. Cronkite die Internationale Konferenz zur Untersuchung der aggressiven USA-Aktivitäten gegen Iran. Die Konferenz tagte Anfang Juni in Teheran.

Man muß es dem TV-Journalisten lassen: Anders als das amtliche Washington, hat er den Sinn des Forums, an dem viele Delegationen internationaler und nationaler politischer, sozialer und religiöser Organisationen teilnahmen, richtig erfaßt.

Die Konferenzteilnehmer prüften zahlreiche Beweise für die direkte Beteiligung der USA an politischen und wirtschaftlichen Verbrechen gegen das iranische Volk in den letzten Jahrzehnten. Auf der Konferenz wurden Dokumente publik gemacht, darunter ein Telegramm des USA-Generals R. Huyser, der Iran Anfang 1979 besuchte, und das „Brzezinski-Memorandum“ vom August 1979. Beide Dokumente bezeugen: Auch damals konspirierten die USA gegen das iranische Volk, die islamische Republik und ihre Führung.

Im Lichte der veröffentlichten Fakten nehmen sich Versuche einzelner (u. a. iranischer) Konferenzteilnehmer seltsam aus, ihr die antiimperialistische Ausrichtung durch das Gerede von einer „Aufteilung der Welt durch die Supermächte“ und durch Spekulationen um die „afghanische Frage“ zu nehmen. Doch gelang es nicht, die Konferenz in falsche Bahnen zu lenken. Ihre Deklaration verurteilt entschieden die langjährige Einmischung der USA in die inneren Angelegenheiten Irans, den jüngsten Aggressionsakt der USA und die Wirtschaftssanktionen gegen Iran. Die Konferenz erkannte sein Recht an, Kompensation für die enormen Verluste an Menschen und Material, die ihm aus der USA-Politik erwachsen, sowie die Auslieferung des gestürzten Schahs und die Rückkehr der Reichtümer, die die Pehlewi-Dynastie und ihre Handlanger zusammengeraubt hatten, zu verlangen. In der Deklaration heißt es, daß die Konflikte zwischen Iran und den USA mit friedlichen Mitteln beizulegen sind.

Hoffentlich wird der öffentliche Prozeß in Teheran Washington, falls es eine weitere Provokation gegen das republikanische Iran im Schilde führt, zum Nachdenken bewegen.

A. ULANSKI

POLITISCHES KALEIDOSKOP

Juri BOTSCHKARJOW

Die westliche Presse schreibt neuerdings viel über die politische Lage in Uganda, einem ostafrikanischen Äquatorialland, über den kaleidoskopartigen Wechsel auf den höchsten Staatsposten (zwischen April 1979 und Mai 1980 gab es dort drei Präsidenten, heute fungiert eine Präsidenschaftskommission aus drei Politikern als Staatsoberhaupt), über den politischen Kampf und das wirtschaftliche Chaos: Viele Betriebe liegen still, die Währung verliert an Wert, der schwarze Markt, der Schmuggel und die Korruption florieren. Den 2 Millionen Einwohnern der Nordprovinzen, in denen eine Dürre herrscht, droht der Hunger, aber es wird kaum etwas unternommen, um ihn abzuwenden. Zugleich treiben, wie dieselbe Presse behauptet, in verschiedenen Gegenden des Landes und selbst in der Hauptstadt Kampala bewaffnete Banden ihr Unwesen. Bei Anbruch der Dunkelheit wagen sich die Hauptstädter nicht mehr auf die Straße.

Möglich, daß die westlichen Journalisten da schwarzmalen, wird doch die Entwicklung in Uganda von ihnen als eine für den Westen insgesamt unerwünschte eingeschätzt. Es ist noch verfrüht, Prognosen über den Ausgang der politischen Krise anzustellen, doch könnte man inzwischen ein gewisses Fazit ziehen.

Die eigentliche Ursache

Ugandas Unabhängigkeit wurde 1962 verkündet. Die herrschende Partei wurde der Volkskongreß von Uganda (UPC), zu dem sich alle Kämpfer für die nationale Befreiung von der britischen Kolonialherrschaft zusammen geschlossen hatten. Der UPC-Führer Milton Obote war zuerst Ministerpräsident, dann Präsident der Republik. Dem nun unabhängigen Lande boten sich die Möglichkeiten eines wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts.

Doch wurde die normale Entwicklung 1971 durch einen Staatsstreich unterbrochen. Ihn verübten Armeekeise unter General Idi Amin. Er errichtete eine grausame Militärdiktatur und hielt sich hauptsächlich durch Gewalt und

Terror an der Macht. In den 8 Jahren seiner Herrschaft rottete er schätzungsweise über 300 000 Landsleute aus. Seine inkompetente Einmischung in die Wirtschaft verursachte mit der Zeit das Chaos, dessen schwere Folgen sich bis jetzt bemerkbar machen.

Obote, den Amin gestürzt hatte, ging nach Tansania und lebte dort 9 Jahre als politischer Emigrant.

1978 kam es zu einem bewaffneten Konflikt zwischen Uganda und dem benachbarten Tansania. Er endete mit Amins völliger Niederlage. Im April 1979 nahmen die Streitkräfte Tansanias gemeinsam mit der auf seinem Territorium gegründeten Nationalen Befreiungsfront Ugandas (UNLF) Kampala. Der Diktator verließ fluchtartig das Land, seine zerschlagenen Truppen haben sich im ganzen Lande zerstreut; sie sind es,

die die friedliche Bevölkerung plündern und drangsalieren.

Kalifen für eine Stunde

Nach dem Zusammenbruch der Militärdiktatur ging die Macht in Uganda an die UNLF, genauer, an den auf ihrer Grundlage geschaffenen Nationalen Konsultativrat (NCC) über. Die Front ist eine politische Vereinigung der Kräfte, die gegen das Amin-Regime auftraten. Der NCC hat ähnliche Funktionen wie ein Parlament, er übt die legislative Macht im Lande aus. Im April v. J. ernannte der NCC den 68jährigen Prof. Yusuf Lule zum Präsidenten Ugandas. Aber schon im Juni wurde er von Godfrey Binaisa abgelöst.

Der neue Staatschef konnte auf gewisse politische Erfahrungen zurückblicken. Unter Präsident Obote war er Justizminister, trat dann aber aus der Regierung aus, um als Anwalt tätig zu sein. Unter Amin emigrierte Binaisa nach London, von dort zog er in die USA und praktizierte dort ebenfalls als Anwalt. Nach seiner Heimkehr wurde er Präsident des Landes.

Da er von der UNLF eingesetzt worden war, mußte er sich natürlich an ihre programmatischen Ziele halten. Im Manifest der Front vom Oktober 1979 hieß es u. a., daß ihre

NAMIBIA HELFEN

Vom 28. Mai bis zum 1. Juni fand in Algier eine außerordentliche Tagung des UNO-Rates für Namibia statt. Der 1967 auf Beschluß der Vollversammlung geschaffene Rat hat die Aufgabe, Namibia bis zu seiner Unabhängigkeit zu verwalten sowie zur baldigsten Übergabe der Macht an das Volk dieses von der rassistischen RSA rechtswidrig okkupierten Landes beizutragen.

Mit Vorschubleistung der USA und der anderen Westmächte zögert Pretoria die Verhandlungen über dieses Problem hinaus. Es will Zeit gewinnen, um unter dem Mantelchen einer „inneren Regelung“ Namibia ein Marionettenregime aufzuzwingen und die Positionen der SWAPO (Volksorganisation Südwestafrikas), die die UNO als den einzigen legitimen Vertreter des Volkes von Namibia anerkannt hat, zu untergraben. Zu diesem Zweck will die RSA eine ihr hörige „Namibia-Regierung“ bilden und ihr die Exekutivgewalt übergeben.

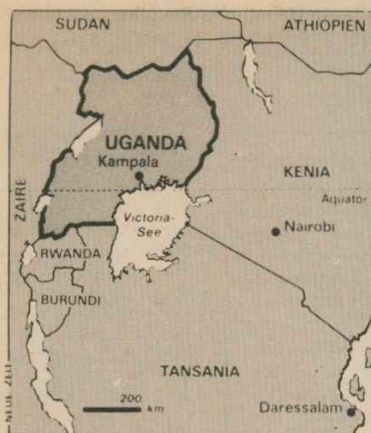
Auf der Tagung wurde darauf hingewiesen, daß in Namibia über 70 000 RSA-Soldaten stehen. Dort werden rasch Militärstützpunkte gebaut.

Die Tagung nahm eine Deklaration und ein Aktionsprogramm an. Beide Dokumente verurteilen entschieden das RSA-Rassistenregime und seine Manöver zur Verankerung der eigenen Herrschaft in Namibia. Die Tagungsteilnehmer äußerten ihre Unterstützung für das heldenhafte namibische Volk, das unter Leitung der SWAPO den bewaffneten Unabhängigkeitskampf führt, und forderten die Weltgemeinschaft auf, ihm auf jede Weise zu helfen. Sie verlangten eine sofortige Einberufung des UNO-Sicherheitsrates zur Erörterung der kritischen Situation, die gegenwärtig in Namibia besteht, und zur Entscheidung über allumfassende und obligatorische Sanktionen gegen die RSA laut Kapitel VII der UNO-Charta.

Die Tagung ist erfolgreich verlaufen, wozu in hohem Maße die Position Algeriens, anderer Entwicklungsstaaten sowie der sozialistischen Länder beigetragen hat.

Algier

A. KAPIKRAJAN
Eigenbericht



Grundprinzipien nationale Einheit, Demokratie, nationale Unabhängigkeit und sozialer Fortschritt sind. Der soziale Fortschritt bedeute die Aufhebung aller ungerechten Steuern, garantiertes Recht auf Arbeit und Arbeitsentlohnung für alle sozialen Gruppen sowie das Recht der Arbeiter, Bauern und der anderen werktätigen Schichten darauf, demokratische Vereinigungen zu gründen, um ihre sozialen und wirtschaftlichen Interessen zu vertreten. Zwecks Festigung der nationalen Einheit forderte die Front dazu auf, mit dem religiösen und dem Stammeshader Schluß zu machen. Auf wirtschaftlichem Gebiet sollten die Interessen des Landes vor den Anschlägen der Monopole geschützt, aber zugleich ausländische Kapitalien herangezogen werden. Das Manifest verkündete die Treue zur Nichtpaktgebundenheit und zur Zusammenarbeit mit allen Ländern.

Dieses Programm entsprach den nationalen Interessen Ugandas und hätte eine positive Grundlage für die Tätigkeit seiner Regierung abgegeben. Doch zeigte Binaisa, der vor allem auf eine Zusammenarbeit Ugandas mit dem Westen bedacht war, daß er das Programm der Front nicht strikt zu befolgen gedachte. Diese Politik stieß auf Widerstand in der UNLF, namentlich in der einflußreichen Partei „Volkskongreß Ugandas“.

Binaisa wußte vom wachsenden Einfluß des Volkskongresses im Lande, er begann mit Repressalien gegen die Anhänger Obotes und die anderen Gegner der eigenen Politik. Im Februar setzte er den Innenmini-

ster Paul Mwanga ab. Noch früher tat er das mit Verteidigungsminister Museveni. Durch diese Beschlüsse, die ohne Hinzuziehung der NCC gefaßt wurden, brachte er die Oppositionsgruppen noch mehr gegen sich auf. Sie waren auch damit unzufrieden, daß der Staatschef in den 11 Monaten seines Amtierens nichts unternommen hatte, um ein normales Wirtschaftsleben in die Wege zu leiten. Außerdem wurden er und sein nächster Anhang der Korruption beschuldigt.

Im März wurde bekannt, daß Tansanias Präsident Nyerere beabsichtigte, seine Streitkräfte aus Uganda abziehen, die dort nach dem Zusammenbruch des Amin-Regimes verblieben, um die Sicherheit im Lande zu gewährleisten, da die kleine und schlecht organisierte Nationale Befreiungsarmee Ugandas allein damals dieser Aufgabe nicht gewachsen war. Als Binaisa von dieser Absicht erfuhr, stattete er einen Blitzbesuch in Nairobi ab, wo er, wie die dortige Presse meldete, über die Möglichkeit verhandelte, die tansanischen Truppen durch Truppen anderer afrikanischer Commonwealth-Länder zu ersetzen. Doch er kam unverrichteterdinge zurück. Anfang April zogen 10 000 Soldaten Tansanias, d. h. die Hälfte seines Kontingents in Uganda, aus diesem Land ab.

Präsidentensturz

Im April spitzte sich die politische Lage noch mehr zu. Verhängnisvoll für Binaisa war sein Beschluß vom 10. Mai, General Ojok vom Posten des Generalstabschefs der Befreiungsarmee abzusetzen. Der Vorsitzende des Militärausschusses der Front Mwanga, der Oberbefehlshaber der Armee von Uganda, General Okello, und andere Mitglieder des Ausschusses waren mit diesem Beschluß nicht einverstanden. Binaisa sah sich schließlich politisch völlig isoliert.

Am 12. Mai gab Radio Uganda durch, daß der UNLF-Militärausschuß Binaisa der Vollmachten des Staatsoberhauptes enthoben und seine Funktionen übernommen hatte. Dem Ausschuß gehören neben dem Vorsitzenden Mwanga und Ge-

neral Okello noch Museveni als Stellvertreter des Vorsitzenden, General Ojok und zwei Oberste an. In der Regierung, die der Ausschuß bildete, gelten 14 von 24 Ministern als Anhänger Obotes. Doch dieser gab bekannt, daß er mit den Ereignissen in Kampala in keinem Zusammenhang stehe.

Regierungschef wurde Paul Mwanga, und die Funktionen des Staatsoberhauptes erfüllt, wie schon gesagt, eine eigens dazu gebildete Präsidentenchaftskommission aus drei Zivilpersonen.

Am 27. Mai kam Milton Obote nach seinem 9jährigen Exil in Uganda an. Seine Maschine landete nicht in der Hauptstadt, sondern 170 Meilen vor ihr. Dort wurde der Ex-Präsident von namhaften Funktionären seiner Partei, darunter von 7 Vertretern der neuen Regierung, empfangen. In seiner Ansprache dort bekräftigte Obote seine Absicht, bei den Präsidentenwahlen vom Volkskongreß zu kandidieren und, falls er gewählt wird, dem Lande „Frieden und Wiedergeburt“ zu geben.

Laut westlicher Presse hat Binaisa, der in seiner Vorortsvilla unter Hausarrest sitzt, einen „Hilferuf“ an Präsident Carter und an die Ministerpräsidentin Margaret Thatcher gerichtet.

London reagierte prompt. Wie die France Presse durchgab, haben die Ereignisse in Uganda „eine gewisse Besorgnis“ der Regierung hervorgerufen. Merkwürdig: Solange Lule und Binaisa im Präsidentensessel saßen und die politische Situation in Uganda gelinde gesagt wenig stabil war, rief das in der Downing Street keine Besorgnis hervor. Die britische Presse verhehlte z. B. nicht ihre Genugtuung, als Binaisa Präsident wurde, denn er war als pro-westlich orientiert bekannt.

Natürlich braucht das Volk Ugandas Frieden, politische Stabilität, wirtschaftlichen Wiederaufbau und auch die Überwindung der Stammesfehden, die sich unter Amin, Lule und Binaisa verstärkt haben. Seine Führer können mit der Lösung dieser komplizierten Probleme nur dann beginnen, wenn sich im Lande ein demokratisches Regime behauptet.

Papa Carlo, sein Sohn Marco

[Drama in sechs Akten]

1. Akt. Am 8. Februar 1980 bringt die „Neue Zeit“ einen Beitrag des italienischen Publizisten Luca Pavolini über die heutigen Probleme Italiens, insbesondere über die Frage des Terrorismus, mit der die Democrazia Cristiana (DC) die Kommunisten von der Regierung fernhalten will.

2. Akt. Dieses Heft gelangt in die Redaktion des „Popolo“, des offiziellen DC-Organs. Das Blatt schlägt Alarm: Pavolini bezichtigt die Christdemokraten, sie stünden hinter den Terroristen. Der „Popolo“ gibt wütend zu verstehen, dies sei eine Lüge und die DC werde sich nie Verbindungen mit Verbrechern zuschulden kommen lassen.

3. Akt. Carlo Donat-Cattin tritt als stellvertretender politischer Sekretär der DC zurück. Grund: Sein Sohn Marco gehört der Untergrundgruppe „Prima Linea“ an, auf deren Konto diverse politische Morde gehen.



4. Akt. Der zwanzigköpfige parlamentarische Untersuchungsausschuß bezichtigt Regierungschef Cossiga, dem Sohn von Papa Carlo, Marco, bei dessen Flucht geholfen zu haben. Der Premier soll den DC-Vizesekretär vor der Verhaftung seines Sohnes gewarnt und jenem geraten haben, sich schleunigst ins Ausland abzusetzen.

5. Akt. Die italienische

Presse verlangt von der DC eine Erklärung für die Versuche, ihre Führer von der Beschuldigung weißzuwaschen, Terroristen Handlangerdienste zu leisten und diesen ganzen Skandal zu vertuschen.

6. Akt. ... (Aus politischen Gründen wurde in dem Drama eine Pause verkündet. Doch das Publikum



kann auf den Plätzen bleiben. Die Vorstellung wird weitergehen, wenn es den DC-Bossen nicht gelingt, das Stück in der Versenkung verschwinden zu lassen.)

L. NIKOLAJEW

Fotos aus „Unità“ (Italien)

DESINFORMAN

In einer Informationschule des Pentagon, in Fort Benjamin Harris (US-Staat Indiana), wird eine Einführungsvorlesung gehalten. Die Hörer, künftige Presseoffiziere des Pentagon, sollen das ABC der Desinformation lernen.

„Die Regierung darf lügen“ — diese Äußerung von Arthur Sylvester, früher PR-Assistent des US-Verteidigungsministers, hat auch heute nichts von ihrer Aktualität verloren.

„Denken wir einmal an die Tonking-Resolution, die den Luftkrieg der USA gegen die DRV sanktionierte. Als sie vom Kongreß gebilligt werden sollte, verbargen wir erfolgreich manche Fakten vor in solchen Dingen zu empfindsamen Kongreßabgeordneten. Ergebnis: Friede, Freude, Eierkuchen...“

In euren Lehrbüchern heißt es: „einen günstigen Eindruck zu bewirken, ist die Grundlage dafür, daß das Pentagon erfolgreich seine Aufgaben verwirklichen kann“



Washington spielt Patience

Zeichnung: I. Gapotschka

ENTEN UND FLUGZEUGE

Die Kairoer Wochenschrift „Akher Saa“ berichtete unter Hinweis auf westliche Spionagedienste, zwischen Teheran und Damaskus gäbe es ein Geheimabkommen über militärische Zusammenarbeit „angesichts der irakischen Bedrohung“. Zwischen beiden Ländern, fährt das Blatt fort, sei eine Luftbrücke eingerichtet worden, über die von „russischen Fliegern“ gesteuerte Maschinen sowjetische Rüstungsgüter und Eliteeinheiten der syrischen Armee aus Syrien in den Iran transportieren. Anschließend erklärte der ägyptische Ex-Premier Khalil, Ägypten werde Saudi-Arabien oder jedem anderen Land der Region, das von der UdSSR bedroht werde, Hilfe leisten.

Was mit der Falschmeldung der „Akher Saa“ ebenso wie mit der verantwortungslosen Äußerung des Ex-Premiers bezweckt werden soll, liegt auf der Hand.

Das in der arabischen Welt isolierte ägyptische Regime will die Araber um jeden Preis gegeneinander aufhetzen, sie mit der Islamischen Republik Iran und mit der Sowjetunion verfeinden und zugleich die Aufmerksamkeit von den Kontakten Kairo mit dem Pentagon ablenken. Hat sich ja Ägypten in letzter Zeit der US-Militärpräsenz weit geöffnet. Von seinem Territorium aus starten nicht nur Propagandaanten, sondern auch US-Kriegsflugzeuge, die eine reale Gefahr für die Länder der Region darstellen — wie z. B. die sechs C-130-Maschinen, die an dem kürzlichen Überfall auf den Iran teilnahmen.

A. SEMJONOW

AM WERK

und so habt ihr Presen gegenüber aufen. Ich empfehle schreiben. Wir ha- in besonderes Zim- zur Information der alisten. An der hängt dort das tz über die Frei- der Information'. verleitet natürlich Sprechen. Wenn Sie aufgabe haben, in- nelle Kanäle zu be- n, dann laden Sie oder mehrere ältig ausgewählte alisten ein und n Sie dafür, daß ötügen Informatio- durchsickern'. Zwi- Ihnen und der e soll sich ein aus- chnetes gegenseiti- verständnis über die en entwickeln, die berühren uner- cht sind — wie die iehung von Aus- für militärische amme, die Tätig- der US-Armeeespio- im Lande selbst, hgiftsucht, Rassis- Vorfälle mit ABC- n, Fälle von Kor- on in der Armee. vielen klugen alisten finden wir l eine gemeinsame he. Doch es gibt solche, die nicht en, daß das „Ge- über die Freiheit nformation“ nicht t, es gäbe keine rrole über die In- tion. Doch mit sol- Leuten werden wir fertigt.“

n legte der Refe- eine Pause ein — zur Freude der gen Desinforman-

amerikanische Öff- chkeit hat besagte utionen“ empört ommen. Diese llungen stammen rgen Heises Buch enig wie möglich Wie das Penta- e Information ma- ert“.

G. SIDOROWA
„NEUE ZEIT“

Ehrenwerter Mr. White

Mit der Tätigkeit des US-Botschafters in El Salvador, Mr. White, ist man in Washington sehr zufrieden. Der stellvertretende US-Außenminister Bowdler, der kürzlich vor dem Unterausschuß für interamerikanische Angelegenheiten des Repräsentantenhauses erklärte, die USA würden auch in Zukunft das derzeitige Regime in El Salvador unterstützen, lobte den Botschafter. Was für Verdienste hat sich Mr. White erworben! Offenbar hat er die traditionellen Funktionen eines Diplomaten vergessen und agiert statt dessen als Vermittler zwischen rivalisierenden Rechtsgruppen (damit „die eigenen Leute“ einander nicht gegenseitig abknallen) und als Berater des Oberkommandos der Armee von El Salvador bei der Ausarbeitung

von Plänen zur Bekämpfung der revolutionären Kräfte.

In El Salvador halten die Massenrepressalien an, deren Opfer vor allem Aktivisten der Volksorganisationen, Arbeiter- und Bauernführer sind. Ruben Zamora, ehemaliger salvadorianischer Minister, sagte auf einer Pressekonferenz in Rom, in seinem Land sei ein tragischer Rekord aufgestellt worden — an einem Tag kommen dreißig Menschen ums Leben, durch die Hand jener, für die der US-Botschafter den „Berater“ spielt.

Die Mordbuben in Armeeuniform führen im ganzen Land „Strafoperationen“ durch, bei denen Hubschrauber und andere Kampftechnik zum Einsatz kommen, und löschen bei der Suche nach „subversiven Elementen“ ganze Ortschaften aus. Am Ufer des Sumpul liquidierten die Schergen fast alle Einwohner eines Dorfes — mehr als 100 Menschen, vor allem Frauen, Kinder und alte Leute.

In ihrer Repressionspolitik stützt sich die Junta, so Zamora, auf die USA, die großzügige Finanz- und Militärhilfe gewähren. US-Berater instruieren die Mörder. Die USA haben 36 Spezialisten für „Guerillabekämpfung“ nach El Salvador entsandt, die gruppenweise die Leitung der drei regionalen Kommandos übernommen haben.

Neben den „Sicherheitskräften“ sind die Terroristen am Werk. Ausländischen Presseberichten zufolge haben sich sieben Terroristenbanden (mit drohenden Namen wie „Union Weißer Kämpfer“, „Todesschwadron“ und „Weiße Hand“) zu einer „einheitlichen antikommunistischen Geheimarmee“ zusammengeschlossen, um noch eifriger Treibjagd auf progressive Politiker machen zu können.

In El Salvador fließt Blut. Washington kann mit seinem Botschafter zufrieden sein.

W. DOLGOW



Gesucht: Mischka

Amerika hat etwas für Bären übrig. Bisweilen stilisiert man Meister Petz sogar hoch, wie seinerzeit den kleinen Smoky, einen Bewohner des Washingtoner Zoos. Smoky hatte man 1950 bei einem Waldbrand im US-Staat New Mexico gerettet, und seitdem wird er als Talisman zur Verhütung von Waldbränden bemüht.

Übrigens zeigte sich vor nicht allzu langer Zeit, daß die Bärenliebe der Amerikaner ganz von den Sympathien der Administration abhängt. Als man im Weißen Haus beschloß, die Olympischen Spiele in Moskau zu boykottieren, wurde der olympische Mischka geradezu verhaßt. Die Amerikaner dürfen Sympathien für Grizzly-Bären, Eisbären und Koala-Bären empfinden, doch nicht für den olympischen Mischka — das gilt als unpatriotisch. Man darf T-Shirts mit Sprüchen gegen die Olympiade tragen, doch keinen Kaugummi an die Sowjetunion liefern.

Dieses Plakat von Oliver Harrington aus der US-Zeitung „Daily World“ zeigt den olympischen Mischka wie man ihn in Washington gern sähe: „Gesucht! Lebend oder tot. Mischka alias Iwan der Schreckliche.“ Als Belohnung wird eine große Summe — trotz oder gerade wegen der Inflation... —

G. VIKTOROW

SCHLECHTER KÖDER

Bei seinem Flirt mit Tokio hat Peking stets von seinem Erdölköder Gebrauch gemacht. Man suchte den Partner durch die Möglichkeiten des chinesischen Öls in Versuchung zu führen. Optimistische Bilder riesiger Lager des billigen Rohstoffs, wo man nur zuzulangen brauche, wurden gezeichnet.

In Tokio biß man an. Angesichts der akuten Energiekrise und der vollständigen Abhängigkeit vom Ölimport war die Aussicht, zuverlässige Ölquellen in unmittelbarer Nachbarschaft zu erschließen, einfach zu verlockend. Und auch eine Beteiligung an der Erkundung der neuen Vorkommen versprach, wie es schien, nicht geringe Gewinne.

In Wirklichkeit aber war die von China gepriesene „Ölfülle“ so mager, daß sie kaum den Weg bis

nach Japan fand — einerseits weil der eigene Konsum im „Reich der Mitte“ selbst zunimmt, andererseits weil man kaum Fortschritte bei der Erschließung neuer Vorkommen machte.

Zudem wurde das chinesische Öl alles andere als billig. Allein 1980 hat Peking zweimal den Ölpreis angehoben: Jetzt beträgt er 33,20 Dollar pro Barrel — ebenso viel wie das Nahostöl, doch bei unvergleichlich schlechterer Qualität.

In Tokio ließ man den Kopf hängen. Dort meinte man, die Chinesen hätten „wenig Chancen für eine spürbare Steigerung des Ölexports“. Überdies haben sich der Agentur Kyodo Tsushin zufolge „Anzeichen bemerkbar gemacht, daß die chinesischen Öllieferungen 1981/82 bedeutend zurückgehen werden“. Ein schlechter Köder war das!

N. LOBANOW

IHRE ANTWORTEN, HERR PRÄSIDENT?

Prof. Dr. Ilja KREMER

Die Politik der jetzigen US-Regierung wird, dem namhaften amerikanischen Wissenschaftler Arthur Schlesinger zufolge, durch „häufige Wutausbrüche sowie Anfälle der Heuchelei und Eitelkeit“ gekennzeichnet. Sie entwickelt sich zu einer wahren Katastrophe für das Volk der USA selbst und für die Völker der Regionen, die im Bannkreis der besonderen Aufmerksamkeit Washingtons liegen, insbesondere der nah- und mittelöstlichen Ölländer, wo „Lebensinteressen“ der USA liegen sollen. Nicht wegen der 53 amerikanischen Geiseln, sondern wegen des verlockenden Ölgeruchs sind dort die vielen US-Kriegsschiffe mit Atomraketen und Jagdbombern aufgekruzt. Und nicht die vorgebliche sowjetische Bedrohung, sondern die Absicht, die Völker dieser Region einzuschüchtern und zu unterjochen, veranlaßt die US-Regierung, mit den Waffen zu rasseln.

Das Cowboystück der amerikanischen „Kommandos“ im Iran war keine Zufallserscheinung. Obwohl nur begrenzte Kräfte zum Einsatz kamen, ließ die Provokation die bedauerliche Tatsache erkennen, daß die Kräfte der Reaktion und des Militarismus letztlich wieder Oberwasser bekommen. Davon zeugen vor allem einige bekannte Schritte der US-Regierung im militärischen und politischen Bereich.

Zugleich unterwerfen die herrschenden Kreise die Bevölkerung der USA einer moralischen und psychologischen Bearbeitung und malen ihr einen Kernkrieg immer öfter als eine eventuelle und nicht gar so katastrophale Entwicklungsperspektive der Weltpolitik aus. Carters Sicherheitsberater Brzezinski beruhigt sie z. B. damit, daß in einem solchen Krieg „nur“ 10% oder „irgendwelche“ 400 Millionen Menschen zugrunde gehen würden.

Wer schießt zuerst!

Schon zu Beginn dieses Jahrhunderts erklärten die Marxisten mit Recht, im Imperialismus, bei den zunehmenden Gegensätzen zwischen den von ihm hervorgebrachten „Allianzen“, sei es unwichtig, wer als erster schießt. Schuld am Kriege sei auf jeden Fall die Bourgeoisie aller Länder.

Anders heute. Die sozialistischen Länder und die meisten jungen Entwicklungsländer, die einen großen Teil der Welt einnehmen, treten energisch gegen die Vorbereitung eines Aggressionskrieges auf. Sie brauchen keinen. Ihnen ist es zu verdanken, daß die 70er Jahre Jahre der Entspannung waren, daß in diesen Jahren das System von Verträgen, das System einer wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und technischen Zusammenarbeit zustande kam und sogar gut zu funktionieren begann. Ja daß das Fundament auch für eine militärische Entspannung gelegt wurde. Nur die imperialistischen Staaten halten den Frieden und die internationale Entspannung noch immer im Visier. Mehr noch, wie jüngste Geschehnisse erkennen lassen, hat sich Washington schon mehrmals auf die Entspannung und folglich auf die Friedenspolitik eingeschossen.

Wie immer in der Geschichte, geschieht das hinter einem dichten Propagandanebel. Da macht man ausgiebig Gebrauch von Slogans wie der „sowjetischen Bedrohung“ und manipuliert — auf Vergeßlichkeit der Menschheit rechnend — das Zeitgeschehen so, daß die UdSSR als die Schuldige an der gestörten Entspannung, am „ersten Schuß“ auf sie hingestellt wird, womit die Verlegung des begrenzten sowjetischen Truppenkontingents nach Afghanistan gemeint ist. Dabei sind solche Behauptungen grundfalsch und widersprechen der geschichtlichen Wahrheit.

Der begrenzte sowjetische Truppenkontingent wurde Ende 1979 auf Ersuchen der afghanischen Regierung nach Afghanistan verlegt, um ihr die Anschläge von außen abzuwehren zu helfen. Eine solche Hilfe kann den Frieden nicht gefährden.

Und wann beschloß die NATO, daß ihre Mitglieder ihre militärischen Aufwendungen Jahr für Jahr erhöhen sollen, was tatsächlich eine neue Phase der forcierten materiellen Kriegsvorbereitung war? Im Mai 1978. Wann wurde die Absicht publik gemacht, in Westeuropa ca. 600 Pershing-2-Raketen und Cruise Missiles zu stationieren, die jeden Punkt im europäischen Teil der UdSSR

erreichen können? Anfang 1979. Wann lief die massierte Militarisierung des Nordwestindik an? Kurz nach dem Sieg der iranischen Revolution (Februar 1979). Wann beschloß der Nationale Sicherheitsrat, in Nah- und Mittelost und im Ostindik neue Stützpunkte für die US Army ausfindig zu machen? Laut „Washington Post“ am 4. Dezember 1979, drei Wochen, bevor der sowjetische Truppenkontingent Afghanistan zu Hilfe kam. Folglich ist an der jetzigen weltpolitischen Situation einzig die US-Regierung schuld.

Am folgenschwersten für den Frieden kann die Weigerung der USA sein, den SALT-II-Vertrag zu ratifizieren. Er ließ die Völker aller Länder auf eine Begrenzung des Wetrüsts und danach auf eine wirkliche Einschränkung des enormen Bestandes an tödlichen Waffen hoffen. Die Handlungsweise der US-Regierung hat diese Hoffnung schwer erschüttert.

Warum ging dann Carter im vorigen Sommer nach Wien und unterzeichnete gemeinsam mit Leonid Breschnew den höchst wichtigen Vertrag über die Begrenzung der strategischen Rüstungen? Er konnte nicht anders. Er stand unter solchem Druck der amerikanischen und der Weltöffentlichkeit, daß eine Weigerung, den SALT-II-Vertrag zu unterzeichnen, seine politische Stellung und den Erfolg im bevorstehenden Wahlkampf in Frage gestellt hätte. Der Vertrag konnte erst nach einer gründlichen Vorbereitung torpediert werden.

Diese zog man in zwei Richtungen auf. Zunächst half die Regierung Carter tüchtig beim Schüren der antisowjetischen Hysterie in den USA. Die Behauptung Carters und seiner Mitarbeiter, eine „sowjetische Kampfbrigade auf Kuba“ bedrohe die Sicherheit der USA, ist in die Geschichte der internationalen Beziehungen als Schulbeispiel bössartiger Unterstellung und als eine von den US-Politikern in stiller Klausur ausgeheckte Pseudokrise eingegangen.

Der Angriff auf SALT II wurde noch von anderen Stellungen aus eingeleitet. Für die amerikanischen Falken innerhalb und außerhalb des Weißen Hauses wäre es ideal gewesen, wenn sie die andere Seite, die UdSSR, zur Kündigung des Vertrags hätten nötigen können. Insofern legen die Manöver Carters und seiner Regierung mit den Mittelstreckenraketen einschließlich des Termins für die Beschlußfassung über ihre Stationierung in Westeuropa den Gedanken nahe, daß sie sich von der „Operation“ nicht zuletzt versprechen, Moskau werde höchst negativ

darauf reagieren und sogar vom SALT-II-Vertrag zurücktreten. Das geschah aber nicht. Da benutzte Carter die Vorgänge in Afghanistan, die doch nichts mit dem Problem der strategischen Waffen zu tun haben, als Vorwand, um die Ratifizierung des Vertrags selbst von der Tagesordnung des Kongresses abzusetzen.

Etwas Geschichte

Dem Historiker, der sich mit den internationalen Beziehungen beschäftigt, fällt es nicht weiter schwer, ähnliche Verhaltensweisen wie die der jetzigen US-Spitzenpolitiker zu finden.

Im Mai 1935 unterzeichnete der französische Außenminister Laval, obwohl ihm die UdSSR verhaßt war, einen Beistandsvertrag mit ihr. Er konnte nicht anders, denn das französische Volk war über das schnelle Erstarken Hitlerdeutschlands besorgt und forderte eine Annäherung an die UdSSR und ein Bündnis mit ihr. Nachdem er den Vertrag in Paris unterzeichnet hatte, reiste er nach Moskau und versicherte die sowjetische Führung seiner Bündnistreue. Auf der Rückreise nach Paris hatte er aber in Polen eine lange geheime Zusammenkunft mit Göring und versicherte ihm, er sehe seinen Lebenszweck vor allem in einer Annäherung an Deutschland. Nachdem Laval Regierungschef geworden war, wies er den französischen Generalstab an, wegen einer gemeinsamen Verteidigung keinen Kontakt zum sowjetischen Oberkommando aufzunehmen. Die tragischen Folgen dieser doppelzüngigen Politik sind hinreichend bekannt.

Ein weltpolitisches Doppelspiel führte auch Chamberlain. Schon nach Aufnahme der Moskauer Verhandlungen von 1939 über eine gemeinsame Abwehr des Aggressors sagte er im engen Kreise: „Ich habe die Hoffnung noch nicht aufgegeben, daß es mir gelingen wird, diesem unglückseligen Paktschluß aus dem Wege zu gehen.“ Das hat er wirklich getan, dafür aber den Krieg mit Hitler eingehandelt, der England an den Rand des Verderbens brachte.

Der bekannte amerikanische Historiker Frederick Schuman gab über das Verhalten der Spitzenpolitiker Englands und Frankreichs in den 30er Jahren folgendes Urteil ab: „In der ganzen aufgezeichneten Geschichte menschlicher Dummheit und Schwäche und der von Menschen verübten Verbrechen findet sich nichts, was man mit der Dummheit und Treubrückigkeit vergleichen könnte, die die verantwortlichen Vertreter der demokratischen Völ-

ker am Vorabend des zweiten Weltkriegs an den Tag legten.“

Es sieht ganz danach aus, als könne die jetzige Führung der USA ihren englischen und französischen Vorgängern die Palme entreißen, denn sie begeht Heuchelei und Treubruch in einer viel gefährlicheren Situation, in der der Fortbestand der Menschheit auf dem Spiel steht.

Nicht von ungefähr beobachten sogar die Bündnispartner der USA mit



„... und jetzt muß der Osten endlich guten Willen zeigen.“

Zeichnung aus „Horizont“ (DDR)

täglich zunehmender Besorgnis das unstete Gehaben Washingtons. Über den mißglückten amerikanischen „Western“ in Mittelost schrieb die Londoner „Times“: „Zweifellos sind die Regierungen der mit den USA verbündeten Länder bestürzt über die Unstabilität der amerikanischen Politik und über die Schwierigkeit zu erkennen, was der nächste Schritt Washingtons sein wird.“

An dessen politischem Verhalten fällt noch etwas auf: die Taubheit der Herren im Weißen Haus, ihr Widerstreben, den Standpunkt des anderen zu verstehen, ihre feste Überzeugung, daß man an das Tun der USA und an das der UdSSR verschiedene Maßstäbe anlegen darf: auf der einen Seite jeden außenpolitischen Schritt der Sowjetregierung a priori verurteilen und entstellen, auf der anderen Seite die Maßnahmen Washingtons in Bausch und Bogen rechtfertigen und weißwaschen. Man braucht da nur Carters Erklärung über seine Absicht, auf „Bitten unserer Verbündeten und

Freunde“ mit Eingreiftruppen zu reagieren, damit zu vergleichen, wie Washington auf die Hilfe der UdSSR an Afghanistan reagiert hat.

Und so ist es bei allen Aspekten der Weltpolitik. Um das bis zu Ende klarzustellen, wollen wir uns gestatten, ein paar Fragen an Carter zu richten.

Fünf Fragen an den Präsidenten

— Was würde der Herr Präsident sagen, wenn sowjetische Atomraketen in Kanada oder Mexiko stationiert werden würden? Und wenn er wüßte, daß sie die wichtigsten Zentren der USA in ungefähr 4 Minuten erreichen könnten, daß die USA also kaum Zeit zu den nötigen Abwehrmaßnahmen hätten?

In diese Lage wird ja die UdSSR durch den Plan gebracht, amerikanische Atomraketen in Westeuropa zu stationieren.

— Wie wäre dem Herrn Präsidenten zumute, wenn er einen Vertrag geschlossen hätte, der die Zahl der Raketenrampen und Flugzeuge der beiden Länder mit — sagen wir 2250 — limitiert, aber plötzlich entdecken müßte, daß der Partner noch etwa 600 Einheiten hinzufügt? Und wenn er wüßte, daß diese neuen Kriegsmittel einen großen Teil der USA verheeren könnten? Diesen Aspekt haben ja die Beschlüsse über die Stationierung amerikanischer Raketen in Westeuropa auch.

— Was würde der Herr Präsident von einem Partner sagen, der, weil ihm Aspekte der Politik der USA nicht zusagen oder ihn ärgern (z. B. in Nahost, wo Washington entgegen der sowjetisch-amerikanischen Erklärung vom 1. Oktober 1977 eine Separatabmachung getroffen hat, oder im Persischen Golf, wo eine enorme Streitmacht der USA zusammengezogen ist), alle früher unterzeichneten Abkommen und Kontrakte zerreißen, seine Unterschrift unter dem höchstwichtigen Vertrag über die Begrenzung der nuklearen Rüstungen annullieren, zum Boykott wissenschaftlicher, sportlicher und anderer Verbindungen mit den USA aufrufen und seine Bündnispartner durch stärksten Druck zwingen würde, sich diesen Schritten anzuschließen?

— Und jetzt wollen wir uns einmal folgende hypothetische Situation vorstellen, Herr Präsident. In einem an die USA grenzenden Land habe eine Bevölkerungsexplosion eingesetzt, und seine Einwohnerzahl würde mit der Zeit ein Vielfaches derjenigen der USA ausmachen. Es würde Kernwaffen und Beförderungsmittel für sie entwickeln. Aber wenn wir

schon einen Modellfall nehmen, dann soll er möglichst genau sein. Also: Dieses Land würde den USA gegenüber eine feindselige Politik betreiben und sogar eine Grenzverlegung und 2—3 Bundesstaaten der USA verlangen.

Und nun würden die UdSSR und ihre Partner vom Warschauer Vertrag eindeutig erklären, dieses Land sei ihr Verbündeter, würden ihm Heeresgut liefern und der Welt mitteilen, sie hätten „gemeinsame strategische Interessen“ mit ihm.

Eine solche nicht hypothetische, sondern reale Situation besteht heutzutage. Die Verantwortung für ihr Entstehen trägt nicht die UdSSR, sondern Amerika. Unlängst schrieb der amerikanische Journalist Richard Ward in der Zeitschrift „Asie-Afrique“: „Seit mehr als einem Jahr wiederholt die chinesische und die amerikanische Führung, ihre Länder hätten in Asien und sogar in der ganzen Welt gemeinsame strategische Ziele. Diese Erklärungen, die übereinstimmenden diplomatischen Schritte in der UNO und andere Bestätigungen für ihre gemeinsamen Positionen bringen einen auf den Gedanken, daß ein chinesisch-amerikanisches Bündnis — zumindest mündlich — schon geschlossen ist. . . Amerika wird China, sobald sich die Möglichkeit bietet, Waffen liefern.“

Was täte die in Entschlüssen mehr als schnelle und im Überlegen mehr als langsame US-Regierung, wenn eine solche Gefahr den USA drohen würde?

— Und schließlich noch ein Modellfall und noch eine Frage.

Die UdSSR steht bekanntlich zu Kanada, wo sie Futtergetreide ankauft, und zu Ländern Lateinamerikas in Handelsbeziehungen. Stellen Sie sich vor, Herr Präsident, die UdSSR erklärte diese Länder zu einem Gebiet, wo sie Lebensinteressen habe, und würde Militär hinschicken, um dieses Gebiet vor eventuellen Anschlägen der anderen Seite zu schützen. Die Situation ist selbstverständlich rein hypothetisch. Nach Ihrem Reagieren auf die Anwesenheit einer Gruppe sowjetischer Berater auf Kuba zu urteilen, die die kubanische Armee ausbilden hilft, kann man sich leicht vorstellen,

wie die Leidenschaften in Washington bei einer solchen Situation toben würden. Deshalb möchten wir Sie bitten, Herr Präsident, die Ruhe und Selbstherrschaft der UdSSR angesichts der Aktionen zu würdigen, die die USA in den letzten Monaten in verschiedenen Gebieten der Welt unternehmen.

Nicht wahr, die geschilderten Hypothesen scheinen Ihnen pure Hirnspinnerei zu sein? Aber warum eigentlich? Bei der Antwort auf diese Frage will ich Ihnen gern behilflich sein.

Sie kommen Ihnen wie höchst unwahrscheinliche gedankliche Spielereien vor, weil Sie von dem Alleinrecht der USA überzeugt sind, unkontrolliert und willkürlich in der Welt zu schalten und zu walten, zu „belohnen“, wer den Spitzen Ihres Staates zusagt, und zu „bestrafen“, wer ihnen gegen den Strich geht.

Diese Politik, die auf Kraftmeierei, Dünkel und der Unfähigkeit zu nüchterner Einschätzung des Kräfteverhältnisses in der Welt beruht, kann keinen Erfolg zeitigen. Ich meine jetzt nicht einen persönlichen Erfolg für Sie, Herr Präsident, der ist immerhin möglich. Mit Phrasen und einer zur Schau getragenen Festigkeit kann man den irreführenden, durch die reaktionäre Propaganda kopfscheu gemachten Wähler einfangen.

Ob so eine Politik aber dem Frieden förderlich ist? Die Zeitschrift „Time“ hat den Präsidenten vor kurzem aufgefordert, aufmerksam die Geschichte zu studieren, um das amerikanische Volk Gewesenes nicht neuerleben zu lassen — gemeint ist das Vietnamabenteuer der 60er und 70er Jahre. Er müsse begreifen, daß militärische Gewalt, wenn ihr durch Verträge wie SALT keine Grenzen gezogen werden, „leicht die Grenze zwischen einem Paradoxon und einer Tragödie überschreiten kann“.

Man sagt, Sie sind ein gläubiger Mann, Herr Präsident. Ich meine, Sie sollten dafür beten, daß kein Spitzenpolitiker außerhalb der USA die Denk- und Handlungsweise der US-Regierung in der Weltpolitik übernehmen möge, weil den Menschen sonst wenig zu hoffen bliebe.

China gilt nicht zufällig als gefährlicher Nachbar. Die chinesische Führung hat schon mit allen erdenklichen Methoden versucht, asiatische Nachbarstaaten unter ihren Einfluß zu bringen und fremde Gebiete an sich zu reißen. Wir schrieben bereits (in Heft 9/79), daß sie die eigene Armee und auf Peking schwörende bewaffnete Trupps Anschläge auf die Souveränität und territoriale Integrität von Nachbarländern verüben läßt. Aus der sowjetischen und anderen Presse ist auch bekannt, daß Peking Auslandschinesen, die Hoas, als fünfte Kolonne benutzt.

Vorgänge der letzten Monate bringen einen zu dem Schluß, daß es jetzt eine neue gefährliche Waffe in sein Rüstzeug aufgenommen hat: den Separatismus. Mit seiner Hilfe drückt es auf die Regierungen von Nachbarstaaten. Mehr noch, Peking will die Separatisten große Gebiete einiger Nachbarländer lostrennen lassen und sie als Sprungbretter für eine weitere chinesische Expansion benutzen.

Vietnam

Die Bevölkerung der Gebiete zu beiden Seiten der chinesisch-vietnamesischen Grenze ist bunt zusammengewürfelt. Jahrhundertlang wurde die Stammbevölkerung der jetzigen Süd- und Südostprovinzen Chinas immer weiter nach Süden verdrängt. Deshalb leben Bevölkerungsgruppen über riesige Gebiete verstreut, die Miao und Yao z. B. nicht nur in den chinesischen Provinzen Sichuan, Guizhou, Hunan und Yunnan sowie im Autonomen Gebiet Guangxi-Sichuan, sondern auch in Vietnam, Laos und Thailand. Dort nennt man sie Meo und Dao. Sie mußten sich in schwer zugänglichen und unfruchtbaren bergigen Gebieten ansiedeln, haben eine patriarchalische Lebensweise und zum Teil noch Stammes- und Gentilordnung.

Vor dem vorjährigen Überfall auf Vietnam legten es Agenten Pekings darauf an, Auslandschinesen nach China zu locken. Ebenso Angehörige anderer nationaler Minderheiten in Vietnam, die die dortigen Verhältnisse, Bräuche und Sprachen gut kennen. Aus ihnen wurden Spionage- und Sabotagegruppen gebildet. Die Agenten schlichen sich in Dörfern ein, schreckten die einen Bewohner und bestachen oder betrogen die anderen. „Deng Xiaoping ist ein Meo und Hua Guofeng ein Dao“, sagten sie. „Der König der Meo aber ist ein Chinese. Wer nicht im Land seines Königs leben will, hat eine strenge Strafe zu gewärtigen. Wer aber in den nächsten Tagen über die Grenze geht, bekommt eine schöne Nationaltracht und spottbilligen Reis. Geht nach China!“

Noch jetzt wird unter den nationa-

DER SEPARATISMUS— EINE GEFÄHRLICHE WAFFE PEKINGS

Nach der *Auslandspre*se

Juri DIMOW

len Minderheiten Vietnams gewühlt. Aus Hanoi wird gemeldet, daß Agenten Chinas nationale Zwistigkeiten zu stiften und in Gebirgsgegenden einiger Provinzen Brutherde eines bewaffneten Kampfes ins Leben zu rufen suchen. Der englische „Observer“ schrieb vor kurzem, Peking versuche, die „Front für die Befreiung unterdrückter Rassen“, eine antikommunistische Organisation, zu aktivieren, die von der amerikani-

VDR Laos proklamiert worden war, hielt Peking die Zeit für gekommen, alle Hebel in Bewegung zu setzen, um ihr eine Hegemonie Chinas aufzunötigen. Chinesische Diplomaten stifteten Unruhen reaktionärer, mit dem früheren Regime lierter Elemente an. Die Wohnlager der chinesischen Straßenbauer waren eigentlich Nachschubbasen für Meoaufrührer. Bei gefangenen Meo-separatisten wurden MPis mit einer eingestanzten „800“ — dem Symbol des Landes mit 800 Millionen Einwohnern — beschlagnahmt.

Die Wühlakte unter den Gebirgsstämmen hörten auch nicht auf, nachdem die Regierung von Laos im März 1979 die Abberufung sämtlicher chinesischer militärischer Baukolonnen gefordert hatte. Jetzt gehen sie von der an Laos grenzenden chinesischen Provinz Yunnan aus. Dort sind aus Separatisten und nach China geflohenen Mitgliedern reaktionärer Organisationen Banden aufgestellt und zur „Lan-na-zusammengefaßt“ worden. Die Banden, zu denen chinesische Militärs der Miao-Nationalität gehören sollen, dringen in die laotischen Provinzen Phongsaly, Luang Nam Tha und Houa Phan ein und verüben dort politische Morde und Sabotageakte.

Was sollen die Umtriebe gegen Laos? Peking hat weitreichende Pläne. Nach vorliegenden Angaben soll nach dem einen Plan von Separatisten und laotischen Reaktionären in den Nordprovinzen der VDR Laos ein „freies Königreich der laotischen Regierung“ aufgezogen werden. Ein anderer Plan hat ein „Meo-Königreich“ zum Ziel, zu dem außer den Nordprovinzen von Laos auch einige Gebiete Vietnams, Thailands und Chinas gehören sollen. Eine Unabhängigkeit dieses Gebildes haben die Spalter natürlich nicht im Sinn. Peking stellt es sich als neuen Bereitstellungsbereich für einen verstärkten „Drang nach Süden“ vor, der über die schon gebauten Chausseen mit China verbunden wäre und

an Thailand sowie an Binnengebiete der SRV, von Laos und Burma grenzen würde.

Burma

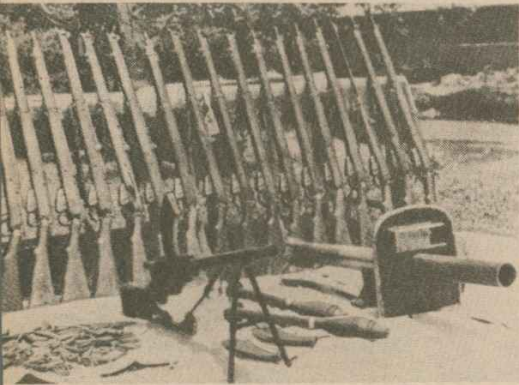
Jahrelang stützte sich die chinesische fünfte Kolonne in Burma hauptsächlich auf promaoistische Trupps, die größtenteils aus Auslandschinesen bestanden. Peking schwebte schon lange deren Zusammenwirken mit bewaffneten Gruppen einiger burmesischer Stämme und Völkerschaften vor, die unter separatistischen Losungen gegen die Regierung Burmas vorgehen. In Peking hoffte man, z. B. ausnutzen zu können, daß die Schan in Burma den Thai in der chinesischen Provinz Yunnan sehr nahestehen und daß die Katschi-Stämme mit den in China lebenden Jingpo verwandt sind.

Vor einigen Jahren konnten die burmesischen Promaoisten gemeinsame Aktionen mit Gruppierungen von Schan- und Katschiseparatisten — mit der „Vereinigten revolutionären Schanarmee“ und der „Unabhängigkeitsarmee der Katschi“ — vereinbaren. Die Zusammenarbeit war aber nicht von Dauer. Angesichts des kränkenden Chauvinismus der Maoisten sprangen die Separatistenführer ab und beschlossen, selbstständig vorzugehen.

Das paßte Peking nicht. Es beschloß, sich energischer um einen Zusammenschluß aller bewaffneten regierungsfeindlichen Gruppen in Burma zu bemühen. Vor allem wollte es sie mit der Lieferung von Waffen und Munition ködern. Die Separatisten, denen die Regierungstruppen in letzter Zeit sehr zugesetzt hatten, bissen an. Der „Observer“ schrieb unlängst, Vertreter von Aufwühlern der Völkerschaften Schan, Chin, Katschi, Naga, Kayah, Mon und der Arakanen hätten eine „Volksfreiheitsliga“ gegründet und Verbindung mit den Maoisten aufgenommen. Dadurch konnten diese ihren Befehlsstand aus China in den Flecken Pansan im Nationalen Gebiet der Schan verlegen.

Auch Kontakt zur „Nationalunion der Karen“ wurde hergestellt. Der *Auslandspre*se zufolge sind deren bewaffnete Trupps 5000 Mann stark und stellen im Kreise Tenasserim sowie im Nationalen Gebiet der Karen eine beachtliche militärische und politische Macht dar.

Besorgnis bei den Behörden Burmas erregt auch die merklich regere Betriebsamkeit der Agenten Pekings in dem an Bangladesh grenzenden Nationalen Gebiet der Arakanen, dessen Bewohner sich zum Islam bekennen. Peking nutzt das religiöse Empfinden und die nationalistischen Vorurteile der separatistischen Arakanen aus und putscht



Waffen, die indische Regierungstruppen bei Separatisten des Naga-Stammes sicherstellten.

Foto: „*Far Eastern Economic Review*“ (Hongkong)

schen CIA während der US-Aggression aus einigen Stämmen des Zentralplateaus aufgezogen wurde.

Laos

Schon in den 60er Jahren suchten Beamte der chinesischen Botschaft in Vientiane Kontakt zu Führern bewaffneter Meo-Trupps, die mit der CIA unter einer Decke steckten. Chinesische Läden in Longcheng und Samthong dienten zu geheimen Zusammenkünften und Unterhandlungen von Abgesandten der Pekinger Geheimdienste mit ihren Agenten. Die Verbindungen wurden enger, nachdem China 1963 mit dem Bau von Chausseen begonnen hatte, die den Süden mit den fünf nördlichen und nordwestlichen Provinzen von Laos verbinden, wo nationale Minderheiten leben. Unter den vielen Tausend chinesischen Straßenbauern in Laos waren zahlreiche Berufsspione und gewiegte Agentenwerber. Nach der Niederlage der reaktionären Gruppierungen und nachdem Ende 1975 die

sie auf. Käme es damit durch, so fände China Zugang zu den Häfen Burmas am Golf von Bengalen, darunter zum größten, Akyab (Sittwe).

Indien

Schon in den 60er Jahren fand man nach den Zusammenstößen der Aufführer vom Naga- und vom Mizostamm mit Regierungstruppen im Nordosten Indiens auf dem Schlachtfeld Waffen mit der Inschrift „Made in China“. Damals schrieb die Presse zum ersten Mal, in China, unweit der tibetischen Hauptstadt Lhasa und in der Provinz Yunnan, seien Zentren entstanden, in denen chinesische Instrukteure junge Naga und Mizo für den Partisanenkrieg ausbilden. Mit Hilfe pro-maoistischer bewaffneter Trupps und des Teils der Nagastämme, der im Nordwesten Burmas lebt, wurde ein von Rangun fast unkontrollierbarer Korridor zwischen dem Bundesstaat Nagaland und dem Bundesgebiet Mizoram einerseits und der chinesischen Provinz Yunnan geschaffen. Aus Indien gingen regelmäßig Rekrutengruppen von den auführerischen Stämmen über Oberburma nach China. Nach der Ausbildung kamen sie durch denselben Korridor mit chinesischen Waffen zurück.

Nachdem die Pekinger Hegemonisten den Fuß in den Türspalt zum Nordosten Indiens gesteckt hatten, beschlossen sie, die Tür ganz aufzureißen. Ihre Agenten weckten mit einer großangelegten Propaganda bei den gewöhnlich delhitreuen Bewohnern von Assam, Manipur, Meghalaya und Tripura separatistische Stimmungen. Am meisten versprach man sich vom Ausschlichten der wirtschaftlichen Schwierigkeiten Indiens und von der angeblichen Verwandtschaft der Bewohner Nordostindiens und Chinas. Wie der „Patriot“ (Delhi) schrieb, sagte man den Assamesen, kulturell seien sie den Tibetanern, den burmesischen Schanstämmen und den Chinesen ähnlich, den Indern aber ganz und gar nicht. Beim Bearbeiten der Bewohner des Bundesgebiets Arunachal-Pradesh, das übrigens 1962 von China okkupiert war, ging man davon aus, daß sie wie die Tibetaner Buddhisten sind und den Dalai Lama verehren.

Wie die Zeitschrift „Probe India“ berichtete, wurden und werden Hunderte Separatisten aus Assam und Manipur in Yunnan, Tibet sowie im gebirgigen Gebiet Chittagong (Bangladesh) unter Leitung chinesischer Instrukteure ausgebildet.

Nachdem der Separatismus erst die relativ kleinen Gebiete Nagaland und Mizoram befallen hatte, griff er in den letzten Jahren auf ganz Nordostindien über. Jetzt zweifelt kaum noch jemand an der Ursache seiner raschen Ausbreitung.

Die chinesischen Strategen haben es aber offenbar darauf abgesehen, Indien die sieben Nordoststaaten und -gebiete zu entreißen.

Anfang April meldete die indische UNI-Agentur die Bildung einer „vereinigten Front“ der politischen Separatistenorganisationen aller sieben Verwaltungseinheiten Nordostindiens. Damals vereinbarten die Auführer von Manipur, Nagaland, Assam, Tripura, Mizoram, Meghalaya und Arunachal-Pradesh eine Verschmelzung ihrer bewaffneten Verbände zur sogenannten 7. vereinigten Befreiungsarmee. In der Meldung darüber schrieb die „Hindustan Times“, man bezwecke damit die Bildung eines „unabhängigen Staates“. In ihren Kommentaren stellt die Presse Indiens fest, daß die chinesische Führung den auf Peking orientierten „unabhängigen Staat“ brauche, um ihren alten Traum von einem Zugang zum Golf von Bengalen zu verwirklichen. Der „Statesman“ brachte Anfang Mai Meldungen des indischen Geheimdienstes, wonach bewaffnete Separatisten von Bangladesh aus Verbindung mit den burmesischen Aufführern aufgenommen haben sollen und die Schaffung eines Pufferstaates aus Teilen von Indien, Burma und Bangladesh planen.

Pakistan

Nach offiziellen Erklärungen chinesischer und pakistanischer Spitzenpolitiker zu urteilen, sind die Beziehungen zwischen den beiden Staaten ungetrübt. Diese Illusion erwecken übrigens nicht allein Worte. China ist neuerdings der größte Waffenlieferant der Armee Pakistans und hilft ihm viel bei der Ausführung seines nuklearen Programms. Chinesische militärische Baukolonnen haben den größten Teil der Bauarbeiten an der strategisch wichtigen Karakorumchaussée geleistet, die durch den von Islamabad kontrollierten Teil Kaschmirs — durch Azad Kaschmir, das sogenannte Freie Kaschmir — verläuft. So nennt man den von Islamabad schon Ende der 40er Jahre besetzten Teil des indischen Bundesstaats Jammu und Kaschmir. Pakistan seinerseits hilft Peking bei den Operationen gegen Afghanistan.

Es liegen aber ganz andere Tatsachen vor. Sie veranlassen einen, an der Aufrichtigkeit der chinesischen Diplomatie zu zweifeln und gründlich über die strategischen Absichten Pekings in Südostasien nachzudenken. Was für Tatsachen? Sie betreffen die Tätigkeit des chinesischen Spionagedienstes in Azad Kaschmir. Leute von den Pekinger Geheimdiensten sind zusammen mit den Arbeitern, die die Karakorum-

chaussée bauen, in hellen Scharen hingekommen und haben Geheimverbindungen zu den dortigen Separatisten aufgenommen, die wollen, daß beide Teile Kaschmirs eine „unabhängige Volksrepublik Kaschmir“ bilden.

Anfang 1979 häuften sich die Überfälle von Auführern auf Posten der pakistanischen Sicherheitskräfte, u. zw. im Norden Kaschmirs. Die Agentur Press Asia International konstatierte: „Es ist typisch, daß sich die meisten Zusammenstöße in der Gegend der von den Chinesen gebauten Karakorumchaussée zwischen dem von Pakistan besetzten Kaschmir und der chinesischen Provinz Xinjiang ereignen.“

Eine zusätzliche Möglichkeit zum Einschleusen von Agenten hat Peking durch den Beschluß Pakistans bekommen, sich an den antiafghanischen Aktionen zu beteiligen. In Kaschmir, Belutschistan und einigen anderen an Afghanistan grenzenden Gebieten schießen Ausbildungszentren für Saboteure wie Pilze aus dem Boden. Der indischen Presse zufolge sind es im okkupierten Teil Kaschmir allein zwölf. Außerdem bestehen dort Spionagezentren, in denen Agenten geschult werden, die in Indien und einigen anderen Staaten eingeschleust werden sollen. In einem in dem Flecken Aliabad trafen vor kurzem noch 250 chinesische Instrukteure ein. Das provokatorische Treiben richtet sich in erster Linie gegen Afghanistan, Indien und andere Länder Asiens. Islamabad kann aber selbst seine „Gastfreundschaft“ zu büßen haben. In Belutschistan und in Kaschmir sind Maoisten merklich aktiver geworden.

Erkennt man in Islamabad vielleicht schon, wie gefährlich Pekings Doppelspiel ist? Die Zeitschrift „Blitz“ (Bombay) schrieb: „In Regierungskreisen Pakistans wächst die Erkenntnis, daß China den Separatisten jetzt jede erdenkliche Hilfe erweist.“ Und an anderer Stelle: „In der regierungstreuen Presse Pakistans ist, ohne daß die Chinesen genannt werden, von einem Komplott kommunistischer und atheistischer Elemente die Rede, dessen Zweck es ist, mit Hilfe gewisser fremder Staaten, von denen manche Pakistan sogar freundschaftlich gesinnt zu sein scheinen, eine unabhängige Republik Freies Kaschmir zu gründen.“ Nach Angaben maßgeblicher Kreise in London hat der pakistanische Spitzenpolitiker Zia-ul-Haq seine „chinesischen Freunde“ persönlich auf die geheimen Machenschaften der aus der VR China eingetroffenen „Experten“ und „Berater“ aufmerksam gemacht.

Diese zaghaften Andeutungen werden Peking kaum aufhalten.

Peking benutzt die in den letzten beiden Jahrzehnten mit separatistischen Hetzereien gesammelten Erfahrungen zu Versuchen, die Stabilität der DR Afghanistan zu erschüttern und die Früchte der Aprilrevolution zunichte zu machen. Das besondere Augenmerk der chinesischen Geheimdienste gilt den in einer Liste verlorener Gebiete geführten Bezirken Ostafghanistans, namentlich der Gebirgsprovinz Badakhshan, die unweit der Karakorumchaussee liegt.

Der chinesische Spionagedienst benutzte die Tatsache, daß die afghanisch-chinesische Grenze fast unbe wacht war, um speziell dafür ausgebildete Agenten in die Dörfer Badakhshans zu schicken, die den dortigen Feudalherren Geschenke machten, die Drachensaat des Separatismus und Maoismus austreuten und bewaffnete Gruppen aufstellten.

Die revolutionären Wandlungen vom April 1978 drohten Pekings Hegemoniepläne gegen Afghanistan zu durchkreuzen. Deshalb fiel Peking so über die DRA her, als bekannt wurde, daß die UdSSR, um der legitimen Regierung Afghanistans zu helfen, ein begrenztes Truppenkontingent hingeschickt hatte. Gegen die afghanische Revolution wurden die mit Peking liierten Separatisten vorgeschickt. Eine 500 Mann starke Bande Chan Rahmankuls begann, die armen Leute zu terrorisieren, aktive revolutionäre Kämpfer zu ermorden und Brücken zu sprengen. Mit chinesischen Waffen ausgerüstet, wollten sie den Osten der Provinz Badakhshan, den „Korridor von Wakhan“, von Afghanistan lostrennen.

Den Untaten der Bande Rahmankuls konnte ein Ende bereitet werden. Die aus Angehörigen einiger nationaler Minderheiten bestehenden Trupps haben aber die Waffen nicht gestreckt. Gerade Badakhshan ist noch immer eins der Gebiete, wo Banditen den afghanischen Truppen Widerstand leisten, die Zivilbevölkerung ausrauben und Gewalt üben.

* * *

Der Separatismus ist an sich gefährlich. Er ist an der Unstabilität in einer Reihe von Staaten schuld. Er ist aber doppelt gefährlich, wenn ihn ein Riesenstaat für seine Expansions- und Hegemoniegeleüste einspannt. Die Länder, gegen die Peking seine neue politische Waffe führt, sind keineswegs wehrlos. Dennoch sei daran erinnert, daß große Gebiete des jetzigen Chinas wie Xinjiang und die Innere Mongolei mit Methoden erobert wurden, die frappant an diejenigen erinnern, die die jetzige Führung Chinas gegen dessen asiatische Nachbarländer gebraucht.

EINDEUTIGE NIETE

Juri OLEJNITSCHENKO

Als die Völker Afrikas und ihre Freunde in aller Welt den Sieg der patriotischen Kräfte Simbabwe feierten, sahen die Rassisten der RSA darin vor allem einen Schlag gegen ihre strategischen Positionen in Afrika. Bevor Simbabwe unabhängig geworden war, waren Pretoria und Salisbury politische Bundesgenossen, sie galten als ein Ganzes. Rhodesien war eine Art Puffer zwischen der RSA und den unabhängigen Ländern Afrikas. Jetzt will die RSA zur „Absicherung“ der Grenze zu der ehemaligen britischen Kolonie eine Art Sperren aufrichten. Ein Führer der südafrikanischen Ultras hat seine Sorge um das Geschick des letzten rassistischen Regimes in Afrika so ausgedrückt: „Unsere Blutsbrüder sind gedemütigt worden. Wir können so etwas in unserem Vaterland nicht auch dulden.“

Mit dem Sieg der Patrioten Simbabwe scheiterte auch der Plan zu einem „Gestirn Südafrikas“ aus etwa zehn Staaten unter Ägide der RSA. Die Attacken des südafrikanischen Militärlängels gegen Angola und Mosambik werden entschlossen abgeschlagen. Hochaktuell ist schließlich die Frage der Unabhängigkeit für Namibia, das von der RSA militärisch okkupiert ist.

Auch außerhalb Afrikas stößt Pretoria auf zunehmende Schwierigkeiten. Der Iran, der die Öllieferungen an die RSA zu 90% bestritt, steht nicht mehr unter dem Schahregime; Länder Arabiens und Afrikas verweigern den Rassisten solche Lieferungen; immer entschiedener verurteilt die Weltöffentlichkeit den Rassismus und die Apartheid. Weder die Anstrengungen der RSA-Propaganda noch die kosmetischen Operationen an der Apartheid können verhindern, daß das schändliche Regime weltweit immer isolierter dasteht.

Auch die innerpolitische Situation in der RSA spitzt sich zu. Davon zeugt der schon fast zweimonatige Boykott der auf Rassentrennung beruhenden Schulen durch die farbigen Schüler, wobei es zu Zusammenstößen zwischen ihnen und der Polizei kommt. Immer wieder finden Massendemonstrationen der Arbeiter statt. Ende Mai wurden in zwei Ölraffinerien sieben Ölbehälter in die Luft gesprengt. Die Massenverhaftungen und die Schüsse der Polizei auf Demonstrationen, wobei zwei Schüler getötet wurden, werden selbst von den Führern einiger Parteien der Weißen verurteilt. Eine Umfrage der Zeitung „Rapport“ unter den Weißen hat ergeben, daß nach der Meinung von 71% der Befragten

ihr Land eine schwere Zeit „von Grenzkriegen, inneren Unruhen und Zwistigkeiten“ durchmacht. Man hat gewichtige Gründe, von einer permanenten, unheilbaren Krise des politischen und sozialen Herrschaftssystems der weißen Minderheit zu sprechen.

Mit diesem Wust äußerer und innerer Probleme ist die letzte Hochburg des Rassismus und Kolonialismus in Afrika in die 80er Jahre getreten. Je deutlicher aber der unausbleibliche Zusammenbruch des Rassismus und der Apartheid zu erkennen ist, desto krasser werden die Versuche der imperialistischen Mächte, vor allem der USA, dieses Regime um jeden Preis zu retten.

In seiner Botschaft „Über die Lage der Nation“ an den Kongreß, in der Carter Anfang dieses Jahres das Programm für eine scharfe außenpolitische Wendung darlegte, sagte er über die weiteren Beziehungen der USA zu den Ländern Afrikas: „Afrika wird aus wirtschaftlichen, politischen und strategischen Gründen für die USA immer wichtiger.“ Es erübrigt sich zu erläutern, daß er



So leben die meisten Afrikaner in der RSA

Foto TASS

mit den „Gründen“ die Interessen des US-Imperialismus in erster Linie im Süden Afrikas gemeint hat. Worin kommen sie konkret zum Ausdruck? Beginnen wir mit den wirtschaftlichen.

Die Direktinvestitionen der US-Monopole in der Wirtschaft Südafrikas reichen insgesamt an 2 Md. Dollar heran. 1978 machten sie ein Drittel aller US-Investitionen in Afrika aus. Die 350 in der RSA engagierten amerikanischen Gesellschaften kontrollieren etwa 16% ihrer Wirtschaft. Weitere 6000 amerikanische Firmen treiben Handel mit der RSA. Der beiderseitige Han-

delsumsatz erreicht 4 Md. Dollar jährlich. Aus der RSA beziehen die USA über ein Drittel des von ihnen importierten Chromerzes, Vanadiums, Platins und Molybdäns.

Einen Persischen Golf an Bodenschätzen hat Daniel Fine, ein Experte vom Technologischen Institut von Massachusetts, Südafrika mitsamt Angola und einem Teil von Zaire genannt. Der Vergleich ist ebenso besorgniserregend für das unabhängige Afrika wie ermutigend für die herrschenden Kreise der RSA, die darauf rechnen, daß Washington sie aus purem Eigennutz in Schutz nehmen wird.

Außerdem baut man auf die RSA als Widerpart der nationalen Freiheitsbewegung in Afrika, mit dem man die dortigen unabhängigen Staaten unter Druck setzen will, und als Sprungbrett für eine Rekolonisierung dieses Kontinents. Die politische Allianz Washington—Pretoria wird durch die „Seelenverwandtschaft“ der Rassisten beider Länder erhärtet. Im Mai floß in Miami

(USA) und in Bloemfontein (RSA) fast gleichzeitig das Blut von Schwarzen. „Hier und dort ist der Rassismus eine Ausgeburt des politischen Systems des Kapitalismus, seine scharfe Waffe“, sagte Mazimba, ein Repräsentant des Afrikanischen Nationalkongresses, einer in der RSA verbotenen politischen Massenorganisation, die konsequent gegen die Apartheid auftritt.

Ihre Verbrechen rechtfertigen die Rassisten der RSA mit der vielstrapazierten Lüge von einer sowjetischen Bedrohung. Sie nennen die RSA eine „Feste der westlichen Zivilisation“ gegen den „Totalangriff des Kommunismus“ in Afrika. Ihr Antikommunismus ist nicht so sehr „für den inneren Gebrauch“ wie dafür da, ihnen die Gunst der imperialistischen Kreise in den USA und anderen Staaten des Westens zu gewinnen. Im Lande selbst nimmt sein Einfluß auf die Stimmungen und politischen Anschauungen (besonders der Farbigen) unauffhaltsam ab. Charakteristisch ist folgender

Ausspruch Bischof Desmond Tutus, des Generalsekretärs des Südafrikanischen Kirchenrats: „...unsere unmittelbare Besorgnis gilt keineswegs dem Kommunismus, wie man ihn auch definieren mag, sondern der schmerzlichen Wirklichkeit der Rassendiskriminierung, die die Afrikaner zu Bürgern dritter Sorte macht.“

Nicht zu vergessen sind auch die strategischen Interessen des Imperialismus. Neben der Verstärkung seiner militärischen Präsenz im Indik und Persischen Golf und der geplanten Anlegung amerikanischer Militärstützpunkte in Oman, Somalia und Kenia sucht das Pentagon die Seewege aus dem Persischen Golf in den Südatlantik unter seine Kontrolle zu bekommen. In diesen Plänen ist der RSA nicht die letzte Rolle angewiesen.

Unter dem Gesichtswinkel der Carter-Doktrin zeichnet sich also das Interesse des Militär- und Industriekomplexes der USA an der RSA noch deutlicher ab. Wa-

BACKGROUND STORY

OZEAN, MAFIA, ERDÖL

Scotland Yard hat eine spezielle Kommission gebildet, die Interpol hat Staaten Europas und Afrikas um Hilfe gebeten, Griechenland, Liberia und Senegal haben selbst Untersuchungen eingeleitet, und Lloyd's, die größte britische Versicherungsgesellschaft, hat ihre Agenten in den meisten Häfen der Welt mobil gemacht.

Es geht um den Supertanker „Salem“ (214 000 t Wasserverdrängung). Mit 194 000 t Erdöl im Werte von rund 70 Mio Dollar, das der Shell International gehört und bei Lloyd's versichert worden ist, kenterte er Mitte Januar unter ungeklärten Umständen. Der Fall reicht bis August v. J. zurück.

Im Hafen Piräus (Griechenland) tauchte ein gewisser Bert Samuel Stein, angeblich aus Frankfurt a. M., auf — später stellte es sich heraus, daß ein solcher dort unbekannt ist. Lloyd's Detektive bekamen heraus, daß er Verbindung zur amerikanischen Mafia hat.

In Piräus kam er mit dem Makler Metakis zusammen, der ganze Besatzungen aus anspruchlosen und ungelernten Leuten vermittelt. Stein heuerte 13 Griechen und 10 Tunesier unter „Kapitän“ Georgoulis an. Kein Matrose hatte Papiere, die ihn als solchen auswiesen. Georgoulis behauptet, fünf

Jahre als Kapitän zur See gefahren zu sein. In seinem Personalausweis, den er beim griechischen Konsulat in Chicago bekam, steht aber „Arbeiter“, und jetzt glaubt man, daß auch seine anderen Papiere gefälscht sind.

Stein reiste nach Zürich, nahm dort Kontakt zu einem Ariel Frey, laut Telefonbuch Kaufmann, auf. An dessen Postkasten stehen die Namen mehrerer Firmen.

Stein in seiner kostspieligen Aufmachung und seinem Zimmer in dem teuren Hotel Excelsior machte auf Frey einen soliden Eindruck, und schon im Oktober erschien an dessen Postkasten noch ein Kärtchen: Firma Shipomex. Frey war natürlich nur ein Strohhalm, der wirkliche Besitzer war Stein. Von da an führte Stein seine ganze Korrespondenz über den Telex von Frey.

Ende November schloß Stein einen Pachtvertrag über die „Salem“, deren Vorgeschichte auch schleierhaft ist. Sie wurde 1969 in Malmö (Schweden) vom Stapel gelassen und hieß „Sea Sovereign“. Nach 10 Jahren kaufte sie unter dem Namen „South Sun“ der Libanese Soudan für 11,6 Mio Dollar bei einer in Liberia eingetragenen Reederei. Soudan ist Staatsbürger der USA.

Er hat in Houston (Texas) ein kleines Versicherungsbüro. Plötzlich wurde er Besitzer der in Liberia eingetragenen Reederei Oxford Shipping, woher er das Geld zu ihrem Kauf hatte, darüber schweigt des Sängers Höflichkeit. Vermutlich aus der RSA, denn die Rechnung wurde über eine Johannesburg Bank beglichen.

Soudan benannte den Tanker in „Salem“ um und versicherte ihn bei Lloyd's auf 24 Mio Dollar. Stein pachtete die „Salem“ bei Soudan und schickte sie in das nächstliche Fürstentum Dubai. Dort entließ er die frühere Besatzung und nahm Georgoulis mit seiner Schar an Bord. In Kuwait wurden die 194 000 t Öl geladen. Sie sollten im Auftrag der schweizerischen Pontoil Trading SA. nach Europa befördert werden. Wie die Firma zu Shipomex kam, ist noch nicht geklärt.

Am 10. Dezember stach die „Salem“ in See, und als sie vier Tage später den Indik erreichte, wurde die Fracht an die Londoner Shell International verkauft. Frey bekam in Zürich durch Fernschreiben Auftrag, den Tanker nach Le Havre zur Shell-Raffinerie zu schicken.

Das Öl kam aber nicht an. Die „Salem“ war verschwunden. Später erfuhr man, daß die Besatzung das Schiff in „Lema“ umgetauft hatte. Einen Tanker dieses Namens hat kein Land. Die

shington heuchelt Ablehnung des rassistischen Regimes, ist aber sein Gönner, weil es in ihm einen zuverlässigen Verbündeten im Kampf gegen die Freiheitsbewegung der Völker sieht.

Die Kehrtwendung Washingtons zur Torpedierung der Entspannung hin paßt den Rassisten der RSA ganz ausgezeichnet. Sie wissen ja, daß die Freiheitsbewegung in Afrika gerade während der Entspannung glänzende Siege davontrug. Begreiflich ist auch, daß die Fortsetzung des Wettrüstens den Rassisten zusagt. Importierte Pretoria von 1967 bis 1977 Waffen für 0,8 Md. Dollar, so stellt es 1980 dafür 2,5 Md. Dollar bereit. Wie „Jeune Afrique“ (Paris) schreibt, hat die RSA neben anderen modernen Waffen Raketen mit 3500 km Reichweite. Nicht die letzte Rolle beim Aufstocken des Militärpotentials der Rassisten spielt mit unverkennbarer Vorschubleistung der USA Israel. Es liefert Pretoria alljährlich Waffen für 20 Mio Dollar. Besonders

unheilvoll wird diese Liaison dadurch, daß unlängst auf dem Meer unweit Südafrikas eine Kernexplosion ausgelöst worden ist.

Die politische, militärische und wirtschaftliche Zusammenarbeit der USA und anderer westlicher Staaten mit der RSA, die sich auch auf Atomwaffen erstreckt, ist das größte Hindernis bei der Aufhebung des von der UNO geächteten Apartheidsystems. Die imperialistischen Kreise mit den USA an der Spitze verstoßen andauernd gegen das Verbot, Pretoria Waffen und Erdöl zu liefern. Sie widersetzen sich auch der baldigsten Befolgung des UNO-Beschlusses über unbegrenzte Wirtschaftssanktionen gegen die RSA, wie sie in Teil 7 der UNO-Charta vorgesehen sind.

Die Notwendigkeit wirtschaftlicher und anderer Sanktionen gegen die RSA ergibt sich aus der Deklaration über die Unabhängigkeit für die Kolonialländer und -völker. Ebenso aus zahlreichen UNO-Resolutionen, z. B. aus der von der 34. Vollversammlung gefaßten Resolution, in der es heißt,

daß jede militärische oder nukleare Zusammenarbeit mit der RSA den Weltfrieden und die internationale Sicherheit gefährdet. Ihr zufolge hat die UNO beschlossen, eine Weltkonferenz über Sanktionen gegen die RSA für 1980 einzuberufen. Die USA und die ihnen politisch hörigen westlichen Länder haben sichtlich keine Eile, zur Ausführung dieses Beschlusses beizusteuern.

Sie haben aber unverkennbar eine Niete gezogen: Das rassistische Regime ist dem Untergang geweiht. Das erkennt jeder, der die Dinge in der geschichtlichen Perspektive sieht.

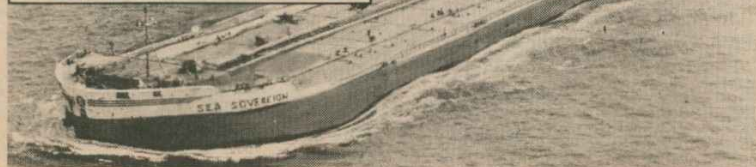
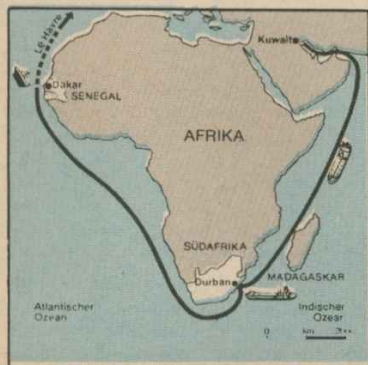
In dem Begrüßungsschreiben Leonid Breschnews an die Regierungen und Völker Afrikas zum Tag der Freiheit Afrikas heißt es, daß der schändlichsten Erscheinung unserer Epoche, der Apartheid in der RSA, bestimmt ein Ende gemacht werden wird.

Wer sie unter seine Fittiche genommen hat, wird sich mit Schmach und Schande bedecken.

„Lema“ lief eines Nachts im südafrikanischen Hafen Durban ein. Das Öl, das Shell gehört, wurde in die Behälter der südafrikanischen Gesellschaft Sasol gepumpt. Wieviel diese dafür bezahlt hat und wem, ist nicht festzustellen. Ein neues Gesetz in der RSA

So sah anfangs die „Sea Sovereign“ aus, die später „South Sun“, noch später „Lema“ hieß und als „Salem“ unterging. Auf der Karte ist ihre Route zu sehen.

Foto aus dem „Stern“ (BRD)



verbietet die Angabe der Herkunft und Benutzung ins Land gelieferten Öls. Darauf stehen fünf Jahre Gefängnis.

Der geleerte Tanker wurde mit Wasser vollgepumpt, und am Bug und Heck erschien wieder die Aufschrift „Salem“. Es kam der letzte Akt der Riesenschiebung. Am 17. Januar sichtete der Tanker „British Trident“ die brennende „Salem“ 150 km von der Küste Senegals entfernt. Aus dem Wasser stak das Heck, verschwand aber auch bald in der Tiefe. Georgoulis und seine Jungen saßen mit ihren gepackten Koffern in Rettungsbooten. Der „Kapitän“ hatte keinerlei Schiffspapiere bei sich, obwohl er doch verpflichtet gewesen war, sie mitzunehmen. Die Geretteten behaupteten, sie hätten am Bug Rauch

gesehen, dann soll im Maschinensaal etwas explodiert sein.

Dem Direktor der senegalesischen Hochseereederei in Dakar, Herrn Boissy, war die Geschichte verdächtig. Die Stelle der angeblichen Explosion befand sich 250 m weit weg von dem angeblichen Brandherd. Gefragt wurde auch, warum die Besatzung keine Löscharbeiten gemacht, sondern lieber 30 Stunden in der Nähe der brennenden „Salem“ in Booten zugebracht hatte. Und vor allem: Warum bildete sich auf dem Meer, wo Windstille herrschte, kein Ölteppich, sondern nur ein kleiner Ölfleck, wahrscheinlich vom Dieseltreibstoff des Schiffs?

Boissy ließ Georgoulis festnehmen, aber was konnte man mit dem schon anfangen? Obwohl die Behörden der RSA bestätigen, das Öl in Durban von der „Salem“ bekommen zu haben, und obwohl sie Anfang April sogar versprochen, Shell einen Teil des Werts zu ersetzen, leugnet er hartnäckig, die „Salem“ angezündet und in die Luft gesprengt zu haben. Man wird ihn wohl schließlich laufen lassen. Shell hat Soudan als angeblichen Besitzer der „Salem“ verklagt. Der schiebt aber die ganze Schuld auf Stein, der ja den Tanker bei ihm pachtete.

Stein aber, der Hauptschuldige an der neuen Sensation mit dem Verschwinden eines Schiffs, ist selbst verschwunden.

W. ROSEN

GEHT DIE RECHNUNG AUF?

Von unserem ständigen Berichterstatter
Juri GUDKOW

Die erste Etappe des Marathonlaufs „Präsidentenwahlen“ ist schon genommen. Offiziell begann diese Etappe — für die Republikaner und Demokraten die Primaries — am 26. Februar in New Hampshire und schloß am 3. Juni mit den Primaries in 8 Bundesstaaten zugleich. In Wirklichkeit startete die Wahlkampagne lange vor dem Februar, und dauert nun seit mehr als einem Jahr. Diese beispiellosen Anstrengungen sollen in der Bestimmung der Wahlkandidaten der beiden Hauptparteien, der Demokratischen und der Republikanischen, gipfeln. Die Kandidaten werden auf den Konventen der Republikaner (14.—18. Juli, Detroit) und der Demokraten (11.—14. August, New York) bestätigt werden. Danach beginnt die dritte, entscheidende Etappe, die in den allgemeinen Wahlen im November gipfeln wird.

Die Sieger der ersten Etappe sind also Präsident Carter und der Ex-gouverneur von Kalifornien Ronald Reagan. Der Sieg wird durch die Zahl der gewonnenen Konventdelegierten bestimmt, und diese Zahl hängt wiederum von der Stimmenzahl bei den Primaries ab. Von den 34 Staaten, in denen die Demokraten ihre Primaries abhalten, war Carter der Spitzenreiter in 24 Staaten und vereinigte 1962 Stimmen auf sich. Das ist viel mehr als erforderlich: 1666 machen schon die absolute Mehrheit von den 3331 demokratischen Konventsdelegierten aus. Auch Reagan hat das erforderliche Minimum von 998 Delegierten weit übertroffen.

Die Rechnung bei den Primaries ruft demnach keinen Zweifel hervor. Werden dann die Konvente nicht zu einer reinen Formalität ausarten? Die Delegierten des Kandidaten müssen ja zumindest bei der ersten Wahlrunde für „ihren“ Kandidaten stimmen. Nach allem zu urteilen, trifft das jedoch nur für Reagan zu, er hat sich schon die öffentliche Unterstützung Ex-Präsident Fords sowie seiner gestrigen Rivalen, darunter Bushs, Bakers und Connallys, gesichert. Die Lage des Präsidenten ist noch nicht ganz so bestimmt.

So konnte sein Gegner Edward

Kennedy die beträchtliche Delegiertenzahl von 1211 für sich buchen. Für einen Sieg auf dem Konvent reicht das eigentlich nicht aus. Aber mit diesem großen Block von Delegierten in seinem Hintergrund erlangt Kennedy ein großes politisches Gewicht im weiteren Wahlkampf. Eine lange Serie von Niederlagen ließ ihn als ersten Präsidentschaftsanwärter schon vor Ende der Primaries ausscheiden. Marvin Stone von der „U.S. News & World Report“ schrieb: Die Wahlen bedeuteten „eine Ablehnung der politischen und ökonomischen Philosophie, die Ted Kennedy vertritt...“

Die Rede ist von Programmen, die Edward Kennedy unterbreitete. In ihnen war die Erhöhung der Regierungsausgaben für medizinische Betreuung, Bildung, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, besonders unter den Jugendlichen, und für die Städte Unterstützung vorgesehen. Wie erinnert, bildeten ähnliche Programme die Grundlage von Carters Wahlkampagne vor vier Jahren. Im Weißen Haus gab er seine Versprechen auf und machte Schluß mit „politischen Chimären“. Ein sichtbarer Beweis für diese Wendung ist die „Philosophie“ des ausgeglichenen Haushalts für das Finanzjahr 1981. Der Ausgleich wird durch Reduzierung der Sozialprogramme erreicht, da der größte Ausgabenposten — die Bewilligungen für das Pentagon — stark erhöht wurde.

Angesichts der in Washington herrschenden Stimmungen hat sich Edward Kennedys „Philosophie“ in der Tat überlebt. Aber für die Wähler bedeutet die Beschneidung der Sozialprogramme, besonders bei der gegenwärtigen Rezession, die sich beispiellos langwierig und intensiv anläßt, daß eine breite Offensive auf ihre ökonomischen Rechte gestartet wird. Der überraschende, überzeugende Sieg Kennedys in Kalifornien sowie im industriellen Nordosten (New Jersey, New York, Pennsylvania und Connecticut) beunruhigte



Die „U.S. News & World Report“, der wir diese Zeichnung entnehmen, hat Edward Kennedy zugeschrieben: Das Ziel wird von James Carter, John Anderson und Ronald Reagan angepeilt.

das Lager des Rivalen: Die Demokratische Partei stützt sich traditionsgemäß auf liberale Schichten, die Gewerkschaften und die Neger, und gerade diese Staaten gelten als Hochburg der Demokraten.

Werden die Demokraten auf dem

**Zunächst möchte ich wissen
welche Art von Service für die
Auslandsgäste vorgesehen ist.**

Intourist hat sich sehr sorgfältig auf ihren Empfang vorbereitet. Wir haben ja schon 50jährige einschlägige Erfahrungen und können uns die Erfahrungen mit der Aufnahme von Touristen bei früheren Olympiaden zunutze machen. Die neuen und alten Hotels sowie die für Auslandsgäste bereitgestellten Studentenwohnheime haben allen Komfort. Den Touristen stehen über 300 Gaststätten zur Verfügung. Beste Köche auch aus anderen sowjetischen Städten und Republiken sind herangezogen worden. Überall, auch in den Studentenheimen, sind Dienstleistungsbüros, Wechselstuben, Frisiersalons, Sanitätsstellen usw. eingerichtet. Den Touristen stehen zahlreiche bequeme Autobusse zur Verfügung.

Die Gäste der Olympiade werden Gelegenheit haben, Veranstaltungen im Rahmen von Kunstfestwochen der Sowjetvölker zu besuchen. Auf dem Programm stehen 600 Theatervorstellungen, 1300 Konzerte und 450 Zirkusvorstellungen.

Außer Rundfahrten durch die Stadt sind Ausflüge in ihre nähere und fernere Umgebung vorgesehen, z. B. nach

Konvent trotz der Primaries-Ergebnisse die Kandidatur Carters aufgeben und Kennedy bzw. eine „dritte Person“ vorziehen? Da ist man auf Vermutungen angewiesen. Doch begann das Lager des Präsidenten schon mit Manövern, die eine solche Gefahr bannen sollen. Zugleich ging das Weiße Haus von der demonstrativen Mißachtung des Rivalen zu Versöhnungsgesten über. Schon am Abend des 3. Juni, als die Ergebnisse der letzten Primaries-Runde feststanden, versuchte der Präsident, Kontakt mit dem Senator herzustellen. Aber die beiden Anrufe aus dem Weißen Haus blieben ohne Antwort. Erst am nächsten Tag wurde ein Treffen vereinbart, das am 5. Juni zustande kam.

„Nicht auf-ge-ben, Ted!“ rief die Menge in der Pennsylvania Avenue vor Kennedys Besuch im Weißen Haus. Nach einem 45minütigen Gespräch mit Carter erklärte er, er wolle die Kampagne als Präsidentschaftskandidat der Demokratischen Partei fortsetzen.

In Kennedys Lager sagt man offen, daß eine solche Haltung von der Hoffnung auf eine — möglicherweise dramatische — Verschlechterung der politischen Lage Carters als Er-

gebnis des natürlichen Laufs der Dinge in den bevorstehenden Monaten eingegeben ist. Eines solcher „Dinge“ ist die rapide Verschlechterung der Wirtschaftslage.

Unter diesen Umständen kann die Weigerung der Regierung, die Hilfe für die vielen Millionen Besitzlosen auch nur rein symbolisch zu erhöhen, wovon die „Philosophie“ des Haushalts beredt zeugt, zu einer direkten Kollision mit den Wählern führen. Der außenpolitische Kurs ruft immer mehr Einwände hervor. Das rührt vom offensichtlichen Abenteuerum Washingtons her. Prof. Roger Fisher von der Harvard University schrieb: „Die Leute im Weißen Haus, die nach einem neuen Triumph bei der Öffentlichkeit suchen, können sehr wohl ein internationales Desaster bewirken.“

Rein rechnerisch gesehen, sind die Ergebnisse der Primaries eindeutig. Nicht eindeutig ist dagegen die Situation im Lande.

Öffentliche Umfragen bezeugen: Über 50% der Wähler sind über eine solche Wahl unbefriedigt. Mehr als 35% der Demokraten halten Carters Kandidatur für unannehmbar; 25 bis 30% der Republikaner haben etwas

gegen Reagan. Die Wähler sind über die Zwei-Parteien-Wippe enttäuscht. Nur 20% von ihnen rechnen sich heute zu den Republikanern und nur 35% zu den Demokraten. Der Beobachter James Wigheart meint: „Bei einer solchen Rate dauert's nicht lange, und schon zählen sich die meisten Amerikaner zu keiner der beiden Hauptparteien.“

Der Beschluß des Republikaners John Anderson, als unabhängiger Kandidat das Rennen weiterhin mitzumachen, zeugt davon, daß ein „Block unabhängiger Wähler“ zu einer politischen Realität wird. Anderson ist seit 1960 Mitglied des Repräsentantenhauses von Illinois und nimmt darin von den Republikanern den dritt wichtigsten Posten ein. Seine politische Laufbahn begann er als Anhänger des erzreaktionären Barry Goldwater. Aber Anfang der 70er Jahre bezog er schon eine merklich andere Position: Er setzte sich für die Gleichberechtigung der Rassen ein, verurteilte den Vietnamkrieg als „den tragischsten diplomatischen und militärischen Fehler“, stimmte für eine Kürzung der Militärausgaben und sprach sich für SALT II und gegen das MX-Raketensystem aus. Zugleich befürwortet er jedoch einen

INTERVIEW

Intourist erwartet die Gäste

In einem Monat beginnt die Moskauer Olympiade. Wie hat sich Intourist auf den Empfang von Gästen aus aller Welt vorbereitet? Darüber hat unser Korrespondent den Intourist-Generaldirektor, Valentin Lebedew, interviewt.



shington unternommenen Ver-
suche, die Olympiade zu boy-
kottieren, auf die Tätigkeit von
Intourist ausgewirkt!

Diese Versuche haben den Urhebern der antisowjetischen Kampagne nicht die erwarteten Resultate gebracht. Touren und Eintrittskarten für die Spiele sind nach den Bestimmungen des Internationalen Olympischen Komitees bis zum festgesetzten Termin, Anfang 1980, gebucht worden.

Trotz der Druckausübung seitens des Weißen Hauses erwarten wir viele Touristen aus den USA, der BRD, Japan, Norwegen und anderen Ländern, deren Olympische Komitees zu dem Beschluß genötigt worden sind, ihre Mannschaften nicht an den Spielen teilnehmen zu lassen.

Im Ausland sind 1,3 Mio Eintrittskarten zu den Spielen, davon 480 000 in den sozialistischen Ländern, 490 000 in Westeuropa, 260 000 in den Ländern Amerikas und 70 000 in Asien, Afrika und Australien verkauft worden.

Zwar kommen aus den USA, aus Japan und der BRD weniger Touristen als anfangs angenommen wurde, das wird aber durch die größere Zahl der Touristen aus Lateinamerika, Indien und anderen Staaten wettgemacht.

Archangelskoje und Susdal; ferner Dampferfahrten auf der Moskwa und auf dem Moskwa-Kanal.

Jede Gruppe bekommt einen Dolmetscher, der zugleich Fremdenführer ist. Außer unseren ständigen Kräften haben wir nicht allein für Moskau, sondern auch für Tallinn, Leningrad, Kiew und Minsk Fremdenführer ausgebildet, die zusammen mehr als 30 Sprachen beherrschen.

Manche Leute im Ausland be-
haupten, die Ausländer würden
sich nur in den Städten der
Spiele aufhalten dürfen. Wie
ist es damit!

Das stimmt nicht. Intourist hat etwa 50 Routen durch den europäischen Landesteil, nach Transkaukasien, Sibirien und sogar nach dem sowjetischen Fer-

nen Osten ausgearbeitet. Touristen können bei Reisebüros im Ausland, die mit Intourist Kontakt haben, ganz nach Wunsch eine Gesellschafts- oder Einzelreise buchen.

Können Auslandstouristen in
eigenen Wagen zu den Spielen
kommen!

Ja. Für sie sind mehrere Autorouten vorbereitet. Die interessantesten sind: Brest—Minsk—Smolensk—Moskau; Wyborg—Leningrad—Moskau; Tschop—Ushgorod—Kiew—Moskau. Auf diesen Autobahnen befinden sich in Abständen von 30—50 km Tankstellen und von 150 km Servicestationen. Auf allen Routen für Autofouristen sind in den Motels und auf den Campingplätzen Plätze reserviert.

Haben sich die von Wa-

Ausbau des Unterwasserraketensystems „Trident“ und die Produktion der Neutronenbombe.

Nach Ansicht eines Republikaners im Kongreß „ist er so weit nach links abgebogen, daß er nicht mehr zu uns gehört“. Aber Anderson hält sich in Fragen der inneren Wirtschaftspolitik strikt an die republikanische Linie. Er ist für einen ausgeglichenen Haushalt, für die Herabsetzung der Mindestlöhne und die Aufhebung der Gasgebührenkontrolle. Infolgedessen hat er eine schmale politische Basis: liberale Kreise der Intelligenz, Studenten und das „Amerika des Mittelstandes“.

Deshalb dürfte es ihm nicht leichtfallen, die Wähler für sich zu gewinnen. Hinzu kommt, daß die Interessen der Republikanischen und der Demokratischen Partei gesetzlich geschützt sind. Um sich z. B. in Kalifornien als unabhängiger Kandidat eintragen zu lassen, muß man über 100 000 Unterschriften unter eine Petition gesammelt haben. In anderen Staaten muß neben jeder solchen Unterschrift die Nummer der SV-Karte stehen. Manchmal dürfen nur die Einwohner des jeweiligen Bundesstaates die Unterschriften sammeln, was den Einsatz einer vorbereiteten Gruppe von Freiwilligen ausschließt. Wie Anderson sagt, „blockieren die Gesetze bewußt die Nominierung eines unabhängigen Kandidaten“.

Die Zeitschrift „Time“ meint, der Wahlkampf Andersons mache die Kampagne 1980 „total unabschätzbar“, vor allem wegen des unabschätzbaren Verhaltens der Wähler. Man glaubt, Anderson sei für Carter gefährlicher als für Reagan, doch niemand würde es wagen, das eventuelle Gegenteil auszuschließen.

Möglich, daß Anderson in mehreren Staaten den Sieg davonträgt und deshalb kein einziger Kandidat die Stimmenmehrheit hat. In diesem Fall haben die Präsidentschaftswahlen laut Verfassung im Repräsentantenhaus stattzufinden.

Die Wahlgleichung ist eben eine Gleichung mit vielen Unbekannten.

New York

DREIMAL PORT-AU-PRINCE

Igor DERSHIZKI, Fjodor SINKO

„Wer will zwei Gourde gewinnen? Einsatz nur 20 Centimes“, rief ein brauner Junge, der vor einem selbstgebastelten Klapptisch voller Münzen auf einer Kiste saß.

Wir wollten nicht spielen, interessierten uns aber für die Münzen. Auf der einen Seite haben sie das Landeswappen, eine Palme in der Mitte eines Fahmentuchs und altmodische Kanonen mit zu Pyramiden gehäuften Kugeln daneben. Ringsum die Worte: „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“. Auf der anderen Seite im Profil der Kopf des Diktators. Das erinnerte uns an einen Reiseprospekt Haitis, wo man „eine moderne, freie Republik im Duft tropischer Blumen, ein Leben in Frohsinn und beschwingten Tanzrhythmen“ sehen könne.

Schwarzes Port-au-Prince

Nicht weit vom Kai steht Kolumbus, die Hand am Degenknäuf. Seine Statur und Kopfhaltung, der Blick zur Bucht, an der langsam die Wellen auslaufen, drücken Stolz aus. Er hat ja ein Land entdeckt, von dem die Alte Welt nichts gewußt hatte.

Das war im Jahre 1492. So empfängt er jeden neuen Tag und weiß nicht, daß Hispaniola, wie er dieses Land nannte, nicht mehr Spanien gehört, daß seine Landsleute die einheimische Bevölkerung ausrotteten und fast 200 Jahre auf den Zuckerrohrplantagen schwarze Sklaven mit der Peitsche in Schach hielten, daß sie von den Franzosen vertrieben wurden, die ihrerseits zu Anfang des 19. Jahrhunderts von aufständischen Sklaven hinausgesetzt wurden, deren langjähriger Kampf am 1. Januar 1804 mit der Ausrufung der ersten Negerrepublik der Welt endete. Sie brachte den Unterdrückten aber keine wirkliche Freiheit, denn das französische und später das amerikanische Kapital schürte den Machtkampf zwischen der Neger- und der Mulattenelite — es suchte sich einen idealen Schützer seiner Interessen in diesem Land. Wenn sich der Morgennebel verzieht, dann sieht man sanft abfallende braungrüne Berge, die hufeisenförmig um die Bucht aufragen. An ihrem Fuße liegt die Hauptstadt von Haiti, Port-au-Prince.

Jede Stadt kann viel von sich erzählen, wenn man sie ohne Eile durchwandert. Man erfährt sogar Dinge, die dem Gast um des guten Eindrucks willen lieber verschwiegen werden. Die Notre-Dame mit

ihren zwei Türmen ist ein Zentrum der katholischen Bevölkerung. Ramponierte Villen im Kolonialstil, Nachtsyle, Kneipen und Speicher in der Altstadt zeugen von den ehrgeizigen Hoffnungen und den Enttäuschungen der weißen Siedler, vom Sklavenhandel und Zuckerboom, von Seuchen, Sklavenaufständen und ihrer Niederwerfung. Die Eisen- und Bronzekanonen auf den Plätzen zeugen von Zusammenstößen Spaniens mit Frankreich, von denen jedes die Insel ausplündern wollte. Ebenerdige und einstöckige Häuser mit geschwärzten Dächern, abgeblätternen Mauern und Fenstern ohne Scheiben, durch die man die armselige Einrichtung sieht — das sind die Behausungen der einfachen Leute. Von den Hütten fließen stinkende Bäche die schmutzigen Gassen hinunter. In Abfällen scharren Hühner und wühlen Schweine.

Von den 5 Millionen Bewohnern Haitis stammen neun Zehntel von afrikanischen Sklaven ab. Zwar ist der Prozentsatz der Mulatten und der Weißen in der Hauptstadt mit ihren 500 000 Einwohnern viel höher als sonst im Land, aber in der Altstadt trifft man kaum weiße.

Am belebtesten in Port-au-Prince ist wohl der Marktplatz mit seinen zwei Markthallen: dem Food Market und dem Iron Market. Die Fahrer kleiner Lieferwagen mit biblischen Szenen an Wänden und Fahrerhäusern bahnen sich mühsam ihren Weg durch die Anfahrtsassen, durch die Menge der Käufer mit Körben, Schachteln und Eimern auf den Köpfen, unter die sich viele Gaffer gemischt haben.

Der Food Market ist der Schaukasten der einheimischen Landwirtschaft, in der die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung beschäftigt ist. Hier ist fast alles, was Haiti hervorbringt: Kaffee, Reis, Bananen, Mais, angesengtes Zuckerrohr und Agrumen. Die barfußigen Bauern in ausgebleichten und verschwitzten Hemden preisen ihre Waren an und fassen die Vorübergehenden an den Ärmeln. Diese Bauern hier haben die Hoffnung noch nicht aufgegeben, daß ihnen die eigene Parzelle Nahrung und Obdach bieten, daß sie nicht von einem Traktor des benachbarten Plantagenbesitzers umgepflügt werden wird. Mit jedem Jahr nehmen die Chancen der Bauern ab. Jetzt hat fast die Hälfte der erwachsenen Landbevölkerung keinen Grund und Boden und verdingt sich auf den Plantagen einheimischer und zugezogener Großgrundbesitzer. Kaum 1,5% der Lan-

desbewohner machen diese Arbeitgeber aus, sie haben sich aber fast sieben Zehntel der fruchtbarsten Böden angeeignet.

Wenn die Ernte noch nicht reif ist und auf den Plantagen keine Saisonarbeiter gebraucht werden, dann ist etwa die Hälfte der arbeitsfähigen Bevölkerung erwerbslos. In der städtischen Industrie sind rund 100 000 Personen beschäftigt. Wer seine Parzelle verloren und keine Arbeit gefunden hat, muß sich jeden Morgen den Kopf zerbrechen, wo er ein paar Münzen für einen Fladen oder eine Handvoll Reis hernehmen soll.

„Mister, give me five cents, please“, hörte ich hinter mir sagen. An einer Straßenecke stand ein 10- oder 12jähriger Neger in zerschlissenen kurzen Hosen und niedergetretenen Sandalen. „Five cents, please“, wiederholte er, den Wuschelkopf zur Seite geneigt und die rosa Handfläche vorgestreckt.

Eine Frage, wofür er das Geld braucht, erübrigte sich. Die herausstehenden Schlüsselbeine und die durch die Haut sichtbaren Rippen zeugten davon, daß die Kinder Haitis am meisten benachteiligt sind. Fast jeder sechste Säugling stirbt, und nur 20% der Kinder gehen zur Schule.

Ihren Vätern fällt es nicht leicht, sie zu ernähren. Die einen bieten Touristen Halsketten aus Muscheln an, andere stürzen auf jeden haltenden Wagen zu, um den Schlag aufzureißen und Gepäck zu tragen; wieder andere weichen den Ausländern nicht von den Fersen und machen sich erbötig, ihnen die Sehenswürdigkeiten zu zeigen. Noch eine sehr verbreitete Beschäftigung besteht darin, am Kai die Ankunft von Überseeschiffen abzuwarten und, der Gefahr der nahen Schiffsschraube nicht achtend, von Booten aus nach ins Wasser geworfenen Münzen zu tauchen. Wer aber etwas Talent hat, sucht sein Glück auf dem Iron Market.

Der Eisenmarkt heißt wahrscheinlich so seit damals, als hier Hacken, Hakenpflüge, Ketten und Fesseln verkauft wurden. Jetzt werden hier Kunstgewerbeartikel feilgeboten. Man kann den Markt stundenlang durchwandern und kommt aus dem Entzücken nicht heraus. Masken, Statuetten aus Mahagoni, Kästchen mit Einlegearbeit aus Schildpatt und vieles andere.

Auch Bilder. Zu Hunderten, in Öl auf Sackleinwand. Sie bedecken in mehreren Reihen die Marktwände und die Einfriedigung der Grünanlage nebenan. Von den Bildern sehen einen Fischer, Bauern oder Leute bei der Zuckerrohrernte an. Die Farben sind wunderbar saftig und klar und wirken wie ein Protest gegen das trostlose Leben des Volkes.

In den Reiseführern wird den Touristen angeraten, sich solche Bilder zu kaufen: „Das sind Werke einer originellen Kunst, kosten nur ein paar Dollar und können eines Tages vielleicht mehrere Tausend Dollar wert sein.“ Wer weiß? In

einem Kunstsalon der Royal Street in New Orleans sahen wir ein Bild vom Iron Market. Es war mindestens zwanzigmal so teuer ausgezeichnet, wie dem Maler selbst gezahlt worden war. Für ihn sind schon fünf Dollar ein schönes Geld, denn das Pro-Kopf-Einkommen im Land beträgt nicht über 100 Dollar im Jahr.

Der Inhaber des Salons machte ein gutes Geschäft, aber viele seiner Landsleute langen kräftiger zu. Im Jahre 1915 besetzten die USA aus einer angeblichen militärischen Notwendigkeit heraus Haiti und zogen ihre Truppen erst 19 Jahre später zurück, als die Wirtschaft Haitis restlos vom US-Kapital unterjocht und sein politisches Leben unter die Kontrolle Washingtons gestellt worden war.

Weißes Port-au-Prince

Neben der Altstadt gibt es ein anderes Port-au-Prince. Es ist verächtlich von seinem staubigen schwarzen Nachbarn abgerückt unter den Schatten von Palmen, wo Spring-

Weißes Schloß einzog, hatten US-Konzerne fast ganz die Bauxitgewinnung und -ausfuhr, die Zucker- und Sisalanherzeugung in der Hand und kontrollierten die verarbeitende Industrie. In den letzten 20 Jahren sind die Aktiva des Konzerns Gulf and Western, der auf Haiti Zuckerrohr pflanzt und verarbeitet, auf das 600fache gestiegen. Washington hat Haiti unter die Länder eingereiht, denen es militärische Hilfe leistet, und hat dem Diktator regelmäßig eine runde Summe für den Eigenbedarf wie auch für den Unterhalt



brunnen Kühle spenden. Da stehen hypermoderne Bankhäuser, größtenteils amerikanische, die Bürohäuser von Gesellschaften und Betrieben, die ebenfalls den USA gehören, Hotels mit Theraflex-Scheiben, himmelblaue Swimmingpools, Tennisplätze, grüne Wiesen. Für dieses Port-au-Prince wird englisch Reklame gemacht, für dieses werben die Tankstellen von Texaco und Shell und die Limousinen mit Klimaanlage.

Die Amerikaner haben die Naturschätze Haitis nach ihren Begriffen geschätzt. Sie haben Fabriken gebaut, die die billigen Rohstoffe und fast geschenkte Muskelkraft der Einwohner verwenden, haben für Häfen, Flughäfen und Chaussees gesorgt und einen systematischen Raubzug angetreten, wie ihn sich in alten Zeiten die Freibeuter der umliegenden Meeresräume nicht hätten träumen lassen. Zum Schutz ihrer Interessen vor dem Volkszorn haben sie einen korrupten Diktator zum Präsidenten von Haiti gemacht.

Als François Duvalier, diese Kreatur der USA, 1957 als Präsident im

Das Schloß des Diktators
Mit einer Menschenstärke
Hütte im schwarzen Port-au-Prince
Fotos der Verfasser

einer Armee und einer vielköpfigen Leibwache — der Tonton-Macoutes — überwiesen.

Angeblieh hat Haiti seit 1964 eine Verfassung. Wieviel Wert die Machthaber auf sie legen, läßt ein Geschehnis von 1971 erkennen. Als Duvalier merkte, daß seine Gesundheit nachläßt, überlegte er sich, wer sein Nachfolger werden soll. Er entschied sich für den Junior, Jean-Claude, der damals noch nicht 20 Jahre alt war. Laut Verfassung darf ein Präsident aber nicht weniger als 40 Jahre alt sein. Der „Defekt“ wurde behoben: durch einen Zusatz zur Verfassung, und Jean-Claude Duvalier löste im April 1971 den inzwischen verstorbenen Diktator ab.

Der junge Machthaber hat bewiesen, daß er in die Fußtapfen seines Herrn Vaters getreten ist. In Haiti bestehen über 150 neue US-Gesellschaften und -betriebe. In den

letzten fünf Jahren sind die ausländischen Investitionen hier um mehr als 800% angewachsen. Der Auslandspresses zufolge bekommt das Regime Duvaliers als Belobigung 1981 von unter Washingtons Kontrolle stehenden internationalen Banken langfristige Anleihen in Höhe von 600 Mio Dollar. Die Gläubiger gehen dabei ganz sicher. Die Gewinne, die durch eine gewisse Belebung der Wirtschaft zunehmen, wandern in die Tresore von US-Konzernen und in die Taschen der Großbourgeoisie sowie höchster Staatsbeamter. Dagegen wird die Lage des Volkes immer schlechter.

Die UPI meldete Anfang des Jahres, in Florida sei ein Boot mit 69 Flüchtlingen aus Haiti gestrandet, die 21 Tage auf See trieben. Nach vorsichtigen Schätzungen aber sind während Duvaliers Amtsdauer über eine Million Haitianer geflüchtet, um dem Hunger und den Repressalien zu entgehen.

Unbezwungenes Port-au-Prince

Das Weiße Schloß der Diktatoren steht weit fort von den Elendsvierteln. Der hohe Gitterzaun und die bewaffneten Wachen am Tor und am ganzen Zaun entlang scheinen Duvalier nicht genug zu sein. Rechts vom Schloß ist der Sitz des Armeestabs, links das Polizeipräsidium. Hinten ist das Schloß durch Kasernen gedeckt, und auf dem menschenleeren Platz davor patrouillieren Soldaten und Polizisten.

Dem Diktator ist unbehaglich zumute. Während im Kampf des Volkes für seine Rechte ist die 1968 illegal gegründete Vereinigte Partei der Kommunisten Haitis (PUCH). Duvalier sen. verabschiedete bald darauf ein Gesetz, laut dem auf kommunistische Anschauungen oder eine Betätigung, „die als kommunistisch qualifiziert werden kann“, die Todesstrafe steht. Das Gesetz gab den Tonton-Macoutes freie Hand. Sie sind so nach einem Schreckgespenst aus einem afrikanischen Kult benannt, zu dem sich ein Teil der Landesbevölkerung bekennt. Seitdem die Duvaliers an der Macht sind, haben die Repressalien über 30 000 Opfer gefordert. Es waren Patrioten, unter ihnen die führenden Kommunisten Jacques Stéphane Alexis, Gerald Brissou und Raimond Jean-François. Sie kamen nicht vor Gericht, denn es gibt im Lande weder Gerichte noch Berufungsinstanzen. Über Leben und Tod entscheidet Duvaliers Leibwache.

Der Umfang und die Grausamkeit der Repressalien waren sogar den nordamerikanischen Freunden Jean-Claudes zuviel. Gehorsam löste der Diktator die Truppe der Tonton-Macoutes auf, bildete statt ihrer aber Bataillone von „Leoparden“ und „Freiwilligen“ — Schützern der nationalen Sicherheit. Er stattete sie mit den gleichen Straffunktionen aus. Neben der Armee genießen sie Duvaliers besondere Fürsorge. Für ihren

Unterhalt verausgabte er, der Auslandspresses zufolge, 65% des Staats-etats.

Er konnte aber das Volk nicht in die Knie zwingen. Die Bauern protestieren gegen die Raubpolitik der Großgrundbesitzer, die Arbeiter gegen die Not und Arbeitslosigkeit. Studentenverbände werden wieder gegründet. Zwar sind das noch keine Massenaktionen, aber aus ihnen geht eine Front der Volkseinheit hervor. Die Kommunisten leisten unter den Massen eine große Aufklärungsarbeit. Sie geben eine illegale Zeitung mit dem Titel „Boucan“ (Feuer) heraus.

Ende 1978 hatten die Kommunisten Haitis ihren ersten Parteitag. Er

war illegal. Die Delegierten forderten ein Ende der imperialistischen Ausplünderung des Landes, Annullierung des Antikommunistengesetzes von 1969, Freilassung der politischen Häftlinge und eine Generalamnestie. Sie haben bekräftigt, daß sie an den Grundsätzen des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus festhalten, und haben der KPdSU für ihre brüderliche Solidarität mit dem kämpfenden Volk Haitis gedankt.

Als wir abreisten, wußten wir, daß es noch ein Port-au-Prince gibt: eine unbezwungene Stadt, in der das Feuer des Volkszorns lodert.

UNSERE RUSSISCH-SEITE

Lektion 11

WÖRTER UND WORTVERBINDUNGEN

необходимость, продиктованная (чем?)	eine Notwendigkeit, diktiert (durch...)
обмен мнениями	Meinungsaustausch
обратиться с призывом (к кому?)	einen Aufruf richten
отвести острые оружия (от кого?)	eine Waffe abwenden
(от чего?)	
наносить ущерб (кому?) (чему?)	Schaden zufügen
(нанести)	
наносить удар (кому?) (чему?)	einen Schlag versetzen
(нанести)	
толкать (к чему?)	drängen (zu...)
(толкнуть)	
уровень жизни	Lebensstandard
сорвать план, замысел	einen Plan, eine Absicht vereiteln

Übung 1: Übersetzen Sie folgenden Text:

28—29 апреля в Париже состоялась встреча коммунистических и рабочих партий Европы за мир и разоружение. Необходимость этой встречи продиктована всем развитием обстановки в мире. Провести срочные консультации, открытый обмен мнениями, который позволил бы обратиться с призывом к народам Европы, — вот единственная цель делегатов, собравшихся в отеле «Меридиан». Значение и важность коллективных решений по вопросам мира и разоружения подчеркивали все ораторы. Участники встречи считают, что совместные действия коммунистов Европы за мир и разоружение создадут благоприятные условия для диалога о совместных выступлениях с другими политическими, социальными, религиозными силами в каждой стране и в Европе в целом. Цель этих действий очевидна: отвести от Европы острие американского ракетно-ядерного оружия. Выступавшие говорили о том, что гонка вооружений помимо военной опасности наносит огромный экономический ущерб народам континента. Если американскому империализму удастся повернуть Европу к «холодной войне», уровень жизни трудящихся сильно понизится. Мировой экономике вообще, экономике Европы в особенности, будет нанесен тяжелый удар вследствие разрыва или ослабления торгово-экономических связей между капиталистическими и социалистическими странами. Что делать в данных условиях? — задают вопрос все делегаты. И отвечают: действовать, чтобы не допустить саботажа мирного сотрудничества между социалистическими и капиталистическими государствами. Действовать, чтобы разоблачить замыслы врагов мира и разрядки, их милитаристские планы.

Übung 2: Setzen Sie an die Stelle der Punkte die rechts angegebenen Wörter im erforderlichen Fall:

1. Коммунисты обращаются с призывом... народы европейского континента
2. Гонка вооружений наносит ущерб...
3. Политика «холодной войны» наносит удар...
4. Разрядка международной напряженности... экономика Европы
5. Военные планы американского империализма...
6. Повышение военных расходов отражается на...

Übung 3: Prägen Sie sich folgende Wortverbindungen ein:

А) нанести удар	Б) обращаться с призывом
нанести ущерб	обращаться с вопросом
нанести урон	обращаться с просьбой
нанести вред	обращаться с приветствием
	к кому?

In einem Artikel in Heft 16 Ihrer Zeitschrift lassen Sie durch einen italienischen Journalisten die jetzige italienische Regierung, der auch die Sozialisten (PSI) angehören, kritisieren. Ich aber meine, daß die Teilnahme der PSI, die in der Regierung einen Großteil der Arbeiterbewegung vertritt, den demokratischen Kräften Italiens ermöglicht, Reformen durchzuführen, die unser Land so dringend benötigt.

Fabrizio VALENTE
Rom, Italien



Es diskutiert
NZ-Kommentator
Lew
MAKAREWITSCH

Ihr Brief, geehrter Signore Valente, erinnerte an jene Hoffnungen, die die Italiener anfangs der 60er Jahre in die ersten Regierungen des linken Zentrums setzten. Viele meinten damals, die Sozialisten sollten sich doch der Regierung anschließen (so der verstorbene PSI-Führer Nenni), und das werde ausreichen, um den Staat allmählich „aus einem Instrument der Unterdrückung zu einem Instrument der Befreiung des Neuen zu machen, das in der italienischen Gesellschaft entsteht und heranreift“, wie das PSI-Organ „Avanti!“ 1965 schrieb.

Damals, in den ersten Monaten der Regierungsbeteiligung, konnte die PSI einige Reformen durchsetzen. Das Energiewesen wurde verstaatlicht. Die Renten aus dem gemeinsamen Fonds von „Arbeitnehmern“, „Arbeitgebern“ und des Staates wurden um 30% erhöht, die Mindestrenten bei Invalidität wurden angehoben. Ein einheitliches staatliches Schulsystem, die Schulpflicht bis 14 Jahre wurden eingeführt...

Doch diese Maßnahmen kann man keineswegs als Strukturreformen bezeichnen. Um so weniger als die Konzerne ja für die verstaatlichten Betriebe eine gigantische Entschädigung erhielten, die den Staatshaushalt schwer belastete. Die Reform des Bildungssystems aber ist in den Ansätzen stecken geblieben. Die Renten sind auch jetzt noch dürrtig. Und die proklamierten Reformen in der lokalen Selbstverwaltung, in Städtebau, Steuerwesen und vor allem bei der Bodenreform waren nur

ein Tropfen auf den heißen Stein oder blieben ganz auf dem Papier.

Unter den vielen Gründen für das Scheitern der linkszentristischen Regierungen sei besonders die offene Sabotage jeglicher Umgestaltungen durch die Spitzen der Democrazia Cristiana (DC) sowie der hinter ihr stehenden einflußreichen politischen und wirtschaftlichen Kreise genannt. Der Staatsapparat aber wird nach wie vor von der DC kontrolliert.

Eine der Aufgaben, die diese Kräfte dem linken Zentrum zuwiesen, war, mit seiner Hilfe die enge soziale Basis des Regimes zu erweitern, indem jener Teil der Arbeiterklasse, der hinter der PSI steht, zur „Zusammenarbeit“ mit dem bürgerlichen Staat herangezogen werden sollte. In politischer Hinsicht sollte das linke Zentrum also die Arbeiterbewegung spalten und die Kommunisten isolieren, wie das DC-Organ „Popolo“ damals offen zugab.

Ebendeshalb hat die herrschende Klasse einige sozialökonomische Veränderungen zugelassen — doch nur in den für sie „passablen“ Grenzen. Als aber die Forderung nach radikaleren Umgestaltungen mit besonderem Nachdruck immer lauter wurde, ging man dazu über, das Kapital ins Ausland zu transferieren sowie die Investitionen und andere Gelder zu kürzen, was zu wirtschaftlichen Schwierigkeiten führte. Diese Schwierigkeiten sowie die Um-

triebe der Rechtskräfte (erinnert sei an den Lorenzos Komplott von 1964) sollten im Interesse der herrschenden Kreise den überfälligen Umgestaltungen wirksam entgegenwirken. Letztlich wurden die „leuren Programme“ eingeschränkt oder auf unbestimmte Zeit verschoben.

Zitiert sei in diesem Zusammenhang ein bitteres Eingeständnis der besagten „Avanti!“ im Januar 1967. „Uns“ den Sozialisten) „war vor allem theoretisch klar, daß der Staatsapparat Schwäche gegenüber den Starken und Stärke gegenüber den Schwachen zeigt. Doch haben wir im Grunde seine Möglichkeit unterschätzt, jeden Reformversuch zu bremsen, wenn nicht ganz im Keim zu ersticken.“

Die jetzige PSI-Führung setzt ihren Äußerungen zufolge die gleichen Hoffnungen wie ihre Vorgänger in eine Neuauflage einer linkszentristischen Regierung. So erklärte Bianco, Führer einer DC-Gruppe im italienischen Parlament, kurz vor der Bildung des jetzigen linkszentristischen Kabinetts: „Für die Democrazia Cristiana ist das“ (eine linkszentristische Regierung) „der einzig mögliche Ausweg... Denn eine solche Regierung wird keinen Einfluß haben auf die radikalen Entscheidungen der DC in Außenpolitik und Wirtschaft, in den Beziehungen zu den Gewerkschaften und zum Staatsapparat.“ Dem ist wohl wenig hinzuzufügen.



Berichten Sie bitte über den Disco-Stil in der Pop Music.

J. MATWEJEWA
Syktywkar, ASSR der Komi

Der Disco-Stil tauchte Anfang der 70er Jahre auf. Seinen Namen hat er dem englischen Wort „Disc“ („Schallplatte“) zu verdanken. Disco Music wurde besonders für Diskotheken geschrieben, die damals im Westen in Mode kamen.

Disco ist weniger ein Musikstil als vielmehr ein spezielles Arrangement von Songs, wo eine Rhythmusgruppe und Schlaginstrumente im Vordergrund stehen. Zuvor unbetonte Takte werden betont, und die Musik erlangt eine ganz andere Dimension. Gerade das geschah mit dem in der Sowjetunion bekannten Lied „Sinjaja Pjesnja“, dargeboten vom Ensemble „Pojustschije Gitary“. Die englische Gruppe Smcky arrangierte dieses Lied und trat da-

mit unter dem neuen Titel „One way ticket“ auf.

Komponisten vieler Länder schreiben jetzt auch eigene Werke in diesem Stil. Im Westen kümmert man sich meist wenig um die Texte der Disco Songs. Wichtiger ist der Rhythmus und eine einprägsame Melodie, ein „Ohrwurm“.

In der Sowjetunion ist der Disco-Stil durch die zunehmende Zahl von Diskotheken ebenfalls populär geworden. Wir haben in Leningrad die Combo „Disco“. Die sowjetischen Komponisten aber achten mehr auf den Text. Man braucht sich da nur einmal die letzten Schallplattenaufnahmen von Alla Pugatschowa, David Tuchmanow und Alexander Sazepin anzuhören.

Spielend lernen



In den USA gibt es ein neues Spiel „für Erwachsene und Jugendliche“ zu kaufen. Die Schachtel enthält ein Brett, Karten, Würfel, Steine — kurz: alles, was dazu gehört. Und außerdem eine Gebrauchsanweisung, die mit folgenden Worten beginnt: „Die Spielregeln sind der Praxis politischer Schiebungen entlehnt. Es ist erlaubt, dem Gegner ein Bein zu stellen, ihn zu bemogeln, ihm einen Schlag in den Rücken zu versetzen; man darf Stimmen kaufen und verkaufen, in die Staatskasse greifen, die Mitspieler verleumden, bloß um sie zu überrunden. Es kann geschehen, daß man beim Senat vorgeladen wird oder Pleite macht. Aber spielen Sie nur ruhig so weiter, dann kommen Sie wieder auf die Beine und gewinnen vielleicht sogar.“ Bei so einem Spiel kann man „fürs Leben lernen“, denn es ist ein Abklatsch dessen, wie in Amerika viele Leute politische Karriere machen.

Das ist mal offen!

Eine bundesdeutsche Firma, die in Lateinamerika einen Minenbetrieb bauen

will, hat in der „Welt“ folgende Anzeige eingerückt: „Was hindert Sie, reich zu werden? Weitere 5000 Südamerikaner brennen darauf, für Sie zu schuften. Verdienen Sie mit. Sichern Sie sich Ihren Anteil an einem 130-Millionen-DM-Minenobjekt. Zuschriften mit Kapitalnachweis werden bevorzugt und sind zu richten unter...“

Der Bock als Gärtner

Ronald Biggs, der Rädelführer der Bande, die 1963 in England einen Postzug ausraubte, brach bekanntlich aus dem Zuchthaus aus und lebt jetzt in Rio de Janeiro. Dort hat er eine Versicherungsgesellschaft aufgemacht und sich viel von folgendem Werbeslogan versprochen: „Vertrauen Sie einem Dieb, um sich gegen Diebe abzusichern!“ Bisher ist nichts davon zu hören, daß ihm das viele abgekauft hätten.

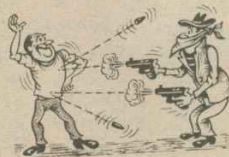
Parlamentarier-sorgen



Wo wird für die Ägypterinnen die Mode kreiert? Wer entscheidet, wie lang die Röcke und Ärmel zu sein haben usw.? Der Wochenschrift „Sabah al-Kheir“ (Kairo) zufolge außer den Modekünstlern auch die Volksversam-

lung, genauer der Kultusausschuß. Vor kurzem trat er zusammen, um zu entscheiden, wie die Kleidung der berufstätigen Frau auszusehen hat und wie lang sie sein darf.

Unentbehrliche Gebrauchsartikel



Im Pariser Vorort Neuilly haben amerikanische Firmen eine Ausstellung unter dem Motto „Sicherheit 80“ veranstaltet. Sie gilt dem im Westen so aktuellen Schutz vor Terroristen und Einbrechern. Da sieht man u. a. ein kugelsicheres T-Shirt aus einem besonders festen Kunstfaserstoff, das allerdings 3 Pfund wiegt, aber vor Kugeln und Messerstichen schützen soll. Weiter sind da Apparate zum Abhören von Telefongesprächen und zum Schutz davor, ja sogar ein „Anwesenheitssimulator“, der in regelmäßigen Zeitabständen eine Tonbandaufnahme von einem lauten Gespräch einschaltet, was Diebe abschrecken soll. Natürlich ist das alles schön teuer.

Armer Mozart!

Mrs. Charlotte Bergen, eine millionenschwere alte Amerikanerin, dirigiert für ihr Leben gern, obwohl sie weder musikalische Bildung noch Talent hat. Jedes Jahr mietet sie für 40 000 Dollar für einen Abend die berühmte New-Yorker Carnegie Hall und das nicht minder berühmte Amerikanische Sinfonieorchester. Neulich tat sie das auch, wie spitze Zungen behaupten,

um Mozart zu „attakieren“. Auf jeden Fall erscheint sie immer in Begleitung einer Krankenschwester.

Mit Recht gekränkt

„In den meisten Vorstädten Englands floriert käuflicher Sex“, schreibt der „Observer“. In vielen Orten bestünden Freudenhäuser mit Aushängen wie „Massagesalon“ oder „Sauna“. Die „gewerbliche Prostitution“ ist in England verboten, und sogar den 2 Millionen Angehörigen des ältesten Gewerbes, die sich „privat“ betätigen, sind gewisse Beschränkungen auferlegt. Diese Damen sind darüber sehr aufgebracht. Eine Vertreterin des Britischen Prostituiertenverbandes hat empört erklärt: „Heute sind sie unsere Kunden, und morgen gehen sie hin und nehmen Gesetze gegen uns an.“

Nicht ganz so schlimmer Computerirrtum



In Porto Alegre (Brasilien) erlegte die Polizei einem Motorradfahrer eine Geldstrafe auf, weil er, wie ein Computer anzeigte, keinen Sicherheitsriemen angelegt hatte. Das soll vor zwei Jahren gewesen sein. Der entrüstete Mann erschien im Polizeirevier und sagte, vor zwei Jahren habe sein Motorrad noch gar nicht existiert und er überhaupt kein Kraftfahrzeug besessen.

Zeichnungen:
W. Tschakiridis

Von Tür zu Tür EXPRESS PER SCHIFF UND BAHN!

Europa—Japan, Hongkong und die Philippinen

Stellen Sie Ihre Container auf die TSCS-Strecke
und vergleichen Sie!

BILLIG

TSCS

SCHNELL

SICHER

Von Yokohama
nach England
nur 16 Tage!

TSCS

Jede andere Route ist ein langer Weg über
Ozeane und Kontinente.

Alle Häfen Nordwesteuropas und des
Mittelmeers sind durch Containerlinien der
Ostsee-, der Asowschen und der Lettischen
Reederei mit dem TRANSSIBIRISCHEN
CONTAINERSERVICE verbunden.

Am anderen Ende besorgt die
Fernost-Reederei den Containerservice mit
neun Häfen Japans sowie mit Hongkong
und den Philippinen.

Tägliche Abfahrt aus Japan!

Die vier Reedereien des Klubs der Seespediteure des TSCS bürgen für
ausgezeichneten Service:

OSTSEEREEDEREI
UdSSR, Leningrad 198035
Meshewoi Kanal 5

Telegrammanschrift:

MORFLOT, LENINGRAD

Telex: 501, 502, 503

ASOWSCHE REEDEREI
UdSSR, Shdanow 341010
Pr. Admirala Lunina 89

Telegrammanschrift:

MORFLOT, SHDANOW

Telex: 254

FERMOST-REEDEREI
UdSSR, Wladiwostok 690019
Ul. 25. Oktjbrja 15

Telegrammanschrift:

MORFLOT, WLADIWOSTOK

Telex: 213135

LETTISCHE REEDEREI
UdSSR, Riga
Boulevard Padomiu 2

Telegrammanschrift:

MORFLOT, RIGA

Telex: 1119, 1170

Hauptkoordinator des TSCS — **V O Sojuswneshtans**

DAS OLYMPISCHE FEUER

In der Antike galten die Olympischen Spiele in Griechenland als eins der bedeutendsten Feste. Während der Spiele wurden ja Kriege und Zwistigkeiten eingestellt, gingen Feinde, nachdem sie ihre Waffen niedergelegt hatten, nach Olympia, um sich miteinander in Kraft und Geschicklichkeit zu messen, niemand durfte diesen geheiligten Brauch antasten. Die Namen der Sieger wurden in Säulen am Ufer des Flusses Alpheios eingemeißelt. Deshalb konnte das Datum der ersten Spiele (776 v. u. Z.) festgelegt werden und ist der erste Olympiasieger bekannt. Es war der Koch Coroebus aus Elis.

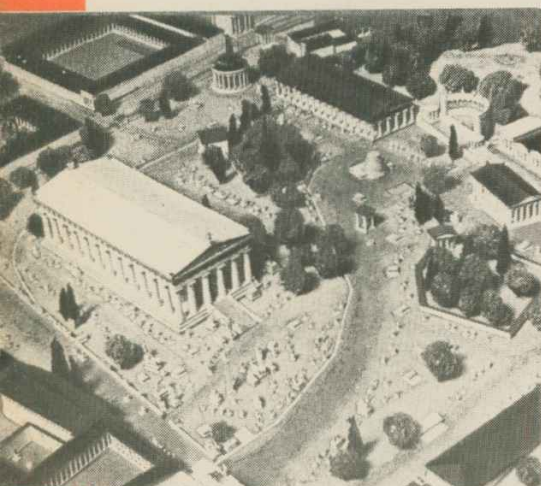
Ihre Wiedergeburt verdankt die olympische Bewegung dem Wirken des Franzosen Pierre de Coubertin. Im Juni 1894 fand auf seine Initiative ein Welttreffen von Befürwortern dieser Be-

wegung statt und wurde das Internationale Olympische Komitee aus Vertretern von 12 Ländern gebildet. Von Rußland wurde der General Alexej Butowski hineingewählt, und seine Bemühungen um die Wiedererweckung der Spiele wurden von de Coubertin hoch anerkannt. Die ersten Olympischen Spiele der Neuzeit wurden 1896 in Athen veranstaltet.

Seit mehr als 80 Jahren schon tragen Läufer das an Sonnenstrahlen angezündete olympische Feuer aus Olympia nach dem Ort der jeweiligen Spiele, dieses Jahr erstmalig nach Moskau, der Hauptstadt des ersten sozialistischen Staates der Welt. Zu den XXII. Olympischen Spielen werden sich Abgesandte aus mehr als 80 Ländern einfinden.



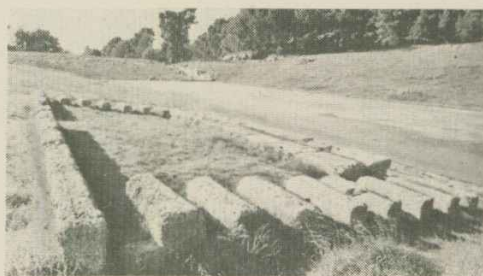
Die sowjetische Sportlerin Olga Axjonowa mit der olympischen Fackel. So werden die Fackelträger der Olympiade 1980 gekleidet sein



Modell des antiken Olympia, des Schauplatzes der ersten Spiele



Die griechische Schauspielerin Moscholiu zündet die Fackel an, wie es die Überlieferung aus der Antike verlangt



Die Reste des antiken Olympia, wo 776 v. u. Z. die Spiele ausgetragen wurden

Durch diesen Gang treten die Läufer mit der Fackel ihren Weg aus dem antiken Stadion an



Das Marmorstadion, der Schauplatz der Olympiade 1896

